

spw

48

12. Jahrgang
August 1989
9,50 DM

**Das neue
Grundsatzprogramm
der
Sozialdemokratischen
Partei Deutschlands.**

**Entwurf
März 1989**

SPD

Kritik am Entwurf

Herausgeber/Herausgeberinnen: Detlev Albers (Bremen), Heinz Albrecht (Berlin-West), Jürgen Egert (Berlin-West), Katrin Fuchs (Verl), Josef Hindels (Wien), Klaus Peter Kisker (Berlin-West), Heinrich Lienker (Bielefeld), Ursula Pausch-Gruber (Kairlindach), Olaf Scholz (Hamburg), Kurt Wand (Hamburg), Klaus-Peter Wolf (Frankfurt/M.), Burkhard Zimmermann (Berlin-West)

Ständige Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen: Burchard Bösche (Frankfurt/M.), Arno Brandt (Hannover), Hillevi Burmester (Berlin-West), Peter Ellinghausen (Berlin-West), Walter Fabian (Köln), Rainer Frank (Bonn), Alfred G. Frei (Singen), Herbert Grimberg (Niedernhausen), Michael Häupl (Wien), Mechtild Jansen (Köln), Mathias Kohler (Mannheim), Monica Lochner (München), Dieter Muth-Kerth (Hamburg), Kurt Neumann (Berlin-West), Norman Paech (Hamburg), Arno Pasternak (Hagen), Peter Pelinka (Wien), Ulrich Schöler (Bonn), Martin Wilke (Ochtrup), Jochen Zimmer (Duisburg)

Redaktion: Jürgen Blume, Joachim Günther, Frank Heidenreich, Sigurd von Ingersleben, Michael Karnatz, Dieter Scholz, Andreas Wehr, Hans Willi Weizen, Andreas Westphal

Werbung: Michael Karnatz

Redaktion und Auslieferung: Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61, Telefon (030) 694 49 42

Verlag: spw-Verlag/Redaktion GmbH, HRB 13699, Graefestraße 71, D-1000 Berlin 61
Geschäftsführer: Michael Karnatz, Andreas Wehr, Andreas Westphal

ISSN 0170-4613

Copyright © spw-Verlag/Redaktion GmbH 1989.

Alle Rechte — auch das der Übersetzung — vorbehalten.

Satz: Barbara Steinhardt, Berlin-Zehlendorf. — Druck: Oktoberdruck, Berlin-Kreuzberg.

Umschlag: Jürgen Holtfreter. — Auflage 1.-3. Tausend August 1989.

Die spw erscheint 1989 in 6 Heften mit einem Jahresumfang von 576 Seiten. Die Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. Der Buchhandelspreis beträgt 9,50 DM, in der Republik Österreich 70,- ÖS, in der Schweiz 9,- sfr. Im Abonnement kostet das Heft 7,50 DM zuzüglich Versand, im Einzelverkauf über sozialdemokratische Organisationen 8,- DM (60,- ÖS)

Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit, übernimmt jedoch keine Haftung für unverlangt eingesandte Beiträge. Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinschrift, einseitig beschrieben und mit einem Rand von 30 Anschlägen versehen sein. Aufsatzbeiträge sollen nicht mehr als 13 Manuskriptseiten umfassen und können auch auf Diskette (MS DOS, Word, 5 1/2- oder 3 1/4-Zoll) mit einem Computer-Ausdruck geliefert werden.

Konten: Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin 111 502 83 00 (BLZ 100 101 11)

Abozahlungen ausschließlich auf das Konto:

Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) Berlin - KtoNr 111 502 83 02 (BLZ 100 101 11)

Postgiroamt Berlin-West 109 974 — 105 (BLZ 100 100 10)

Beilagenhinweis: Diesem Heft liegt ein Prospekt des *Argument*-Verlags bei.

Editorial	291
Bonner Tagebuch	293

SPD Programmdebatte

Uli Schöler	
Abschaffung der Klassenherrschaft in einer Gesellschaft ohne Klassen?	
Zu den Grundlagenkapiteln	296
Mechtild Jansen	
Fortgeschritten und ausgeblendet	
Feministische Kritik	301
Jörg Huffs Schmid	
Reformprogramm ohne Kampfperspektive	
Kritische Bemerkungen zum Wirtschaftskapitel	310
Michael Wendl	
Zwischen Gestaltung und Anpassung	
Kritik des wirtschaftspolitischen Teils	315
Karl A. Otto	
Repräsentative Demokratie und plebiszitäre Demokratisierung	
Zur Forderung nach Volksabstimmungen	322
Hans Willi Weitzen	
Deutschland — Fehlanzeige?	329

Europa

Claus Thomasberger	
Der ungerechtfertigte Preis vermeintlicher Harmonie	
Das Dilemma des EWS aus italienischer Sicht	333
Joachim Schuster	
Für eine friedliche und soziale Weltmacht EG!	343
Andreas Westphal	
Notiz zu Schuster	347

Zur Geschichte der BRD

Andreas Ludwig	
»Historiker-Streit« oder	
Wer hat die geistige Führung der Nation?	350
Frank Heidenreich	
Der Große Konsens über die Geschichte	
Forum der SPD am 2./3. März 1989 in Bonn	357

SHB

- Norbert Mappes-Niediek
Zur Krise des Sozialistischen Hochschulbundes 360

Marxistische Theorie

- Peter Brandt
**Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland
 in der Interpretation des Marxismus**
 Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg«
 Zweiter Teil 367

Besprechungen

- Albrecht, Richard*: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897-1943.
 Eine Biographie (*R.Winkler*) 376
- Steinkühler, Franz, und Siegfried Bleicher (Hrsg.)*:
 Zwischen Aufstieg und Rationalisierung — Die Angestellten (*A.Bach*) 378
- Götz, Christian*: Macher und Methoden. Apparate, Funktionäre, Bürger.
 Ein satirisches Lesebuch (*H.Grimberg*) 380
- Meyer, Gert (Hrsg.)*: Wir brauchen die Wahrheit.
 Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion (*W.Roth*) 383
- Ruck, Michael*: Bollwerk gegen Hitler? Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung
 und die Anfänge des Nationalsozialismus (*R.Winkler*) 383
- Über die Autorinnen und Autoren 385

Editorial

Die Debatte um das neue Grundsatzprogramm der SPD (»Bremer Programm«) geht in die letzte Phase. Die Parteilinke muß jetzt ihre Alternativen zu den verbesserungsbedürftigen Teilen des zweiten Entwurfs formulieren. Hierbei wird sich zeigen, wie aktionsfähig der Frankfurter Kreis letztendlich ist. *Uli Schöler* berichtet im Bonner Tagebuch über recht hoffnungsvoll stimmende Ansätze.

Nachdem Kurt Neumann in *spw* 46 die Entstehungsbedingungen des zweiten Programmentwurfs geschildert hat und Detlev Albers in Heft 47 eine grundlegende Einschätzung vorgenommen hat, wird in diesem Heft der Inhalt einzelner Abschnitte stärker unter die Lupe genommen.

Uli Schöler weist auf zentrale Schwachstellen in den Grundlagenkapiteln hin, insbesondere auf die Widersprüchlichkeit, einerseits jede Klassenherrschaft aufheben zu wollen, andererseits die Existenz von Klassen aber zu leugnen oder zu ignorieren.

Mechtild Jansen hat den Programmentwurf unter feministischem Blickwinkel gelesen. Sie weist auf positive Teilbereiche im Entwurf hin, kritisiert aber, daß die durchgängige Behandlung der Frauenunterdrückung als »roter Faden aller Emanzipationspolitik« fehlt. Das kann allerdings auch kaum verwundern, denn — ich wage die Behauptung — diese Sichtweise ist nicht einmal in der Parteilinken weit verbreitet, worüber auch Fortschritte in der Quotierungsfrage nicht hinwegtäuschen sollten.

Mit den wirtschaftspolitischen Teilen beschäftigen sich *Jörg Huffs Schmid* und *Michael Wendl*. Huffs Schmid kritisiert, daß dem Entwurf die Kampfperspektive fehle, weil einerseits die Mängel und Probleme der existierenden Wirtschaftsordnung benannt werden, andererseits aber (aus politischem Opportunismus?) darauf verzichtet wird, die politische Grundlage zu benennen, auf der Demokratisierung der Wirtschaft nur möglich ist. — Vor allem die fehlerhafte Analyse von Weltmarkt und Technik hebt *Michael Wendl* hervor, die dann auch gleichzeitig fortschrittliche Lösungswege verbaue. Ebenso führe die sozialpolitische Philosophie der SPD, die sich am Grundgedanken einer Verteilung knapper werdender Ressourcen orientiert, in die Irre und müsse revidiert werden.

Zu einiger Brisanz scheint sich in der Programmdiskussion die Frage des Einbaus plebiszitärer Elemente in die repräsentative Demokratie zu entwickeln. *Karl A. Otto* beweist, daß derartige Überlegungen in der klassischen Sozialdemokratie sehr wohl beheimatet waren. Selbst nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von der SPD die von den Gegnern plebiszitärer Elemente immer angeführten »Erfahrungen der Weimarer Demokratie« keineswegs gezogen. Dieses »Argument« entstand erst unter taktischen Gesichtspunkten bei der Diskussion um eine Volksabstimmung über das Grundgesetz.

Hans-Willi Weitzen schließlich kritisiert die sehr schwach ausgefallenen deutschlandpolitischen Passagen des zweiten Programmentwurfs.

Andreas Ludwig untersucht die Selbstverständnisdiskussion in der Bundesrepublik an Hand zahlreicher Publikationen zum »Historiker-Streit«. *Frank Heidenreich* berichtet über eine Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Thema »40 Jahre Alter-

nativen in der Demokratie«, bei der von linken Alternativen allerdings kaum die Rede war.

Die in den Heften 45 und 46 begonnene Europadebatte wird in diesem Heft fortgesetzt. *Thomasberger* behandelt am Beispiel Italiens die Probleme eines Schwachwährungslandes im Europäischen Währungssystem. *Joachim Schuster* kritisiert einige Beiträge in *spw* 46 wegen ihrer fehlenden »vorwärtsweisenden Handlungsorientierungen« und entwickelt Vorstellungen für eine »friedliche und soziale Weltmacht EG«. In einer Replik wirft *Andreas Westphal* Schuster vor, über einer Fixierung auf offizielle Diskurse die Realität aus den Augen verloren zu haben.

Wenig Erfreuliches ist in letzter Zeit aus den Reihen des SHB zu vernehmen. Der Verband befindet sich offensichtlich in einer schweren Krise, deren Entstehungsbedingungen und Ausformungen *Norbert Mappes-Niediek* beleuchtet.

Die in Heft 47 begonnene Revision marxistischer Positionen zur »deutschen Sonderwegs-These« von *Peter Brandt* findet in diesem Heft ihren Abschluß. Brandt resümiert, daß sowohl Gegner als auch Befürworter dieser These sich gegenseitig befruchtende Argumente beibringen, die eine neue differenziertere Sonderwegsdiskussion ermöglichen können.

Michael Karnatz

Bonner Tagebuch

3. Mai 1989. *Vorwärts*-Nachlese I. Als *Vorwärts*-Autor hatte ich einen Solidaritätsbrief an PV und Schatzmeister mitunterschrieben und mich mit anderen Autoren für den Erhalt des Blattes eingesetzt. Nun antwortet mir der Schatzmeister, berichtet mir von der schweren Entscheidung, wie bedrückend das alles war, daß es aber nicht anders ging. Sein Büroleiter (Kalle Maldaner, ehemaliger *Sozialismus*-Redakteur) hat dazu einen umfangreichen Bericht verfaßt, der mir die Einsicht erleichtern soll. Ich werde wohl uneinsichtig bleiben. Entschlackt man diese fünf eng beschriebenen Seiten von allem überflüssigen oder bloß rechtfertigenden Kram, bleiben doch ein paar wichtige Erkenntnisse. Es reichten gut drei Wochen, um mittels einer Allgemeinen Treuhand GmbH (ATH — wahrscheinlich alles eingefleischte Sozialdemokraten) die beiden Alternativkonzepte zur Schließung des Blattes (von Betriebsrat/Redaktionsausschuß bzw. Chefredakteur Verheugen) vom Tisch zu fegen. Der Mehrheit der PV-Mitglieder genügte die Zeit vom 23. bis 27. Februar, um die Modelle inklusive ATH-Bericht zu prüfen und erstere zu verwerfen. Die eingesetzte Arbeitsgruppe ließ sich zwar von externen Beratern aus dem Druck-, Verlags- und Anzeigenbereich unterstützen, Betriebsrat, Redaktionsausschuß und stellvertretender Chefredakteur wurden hingegen nicht hinzugezogen, sondern (anschließend) unterrichtet. Sofort, versteht sich natürlich. Wie sozialdemokratische Medienpolitik aussieht, haben wir nun schriftlich: »Das Vorhalten eines Angebots im Printmedien-Bereich ist für die Partei obsolet (Ausnahme: SM).« Und: »Der Markt für eine sozialdemokratische Publikumszeitschrift (-zeitung) ist nicht vorhanden.« Das ist geradezu dialektisch gedacht! Obsolet meint sowas wie überflüssig. Und die Medien fließen doch schon täglich sozialdemokratisch über. Sollen doch andere vorhalten — wir halten ab jetzt zurück! Im übrigen: Bei diesem Springer-Bertelsmann-Bauer-Kartell noch von Markt zu reden, ist ja nun wirklich blanker Hohn!

17. Mai 1989. *Vorwärts*-Nachlese II. Meine Stimmung steigt wieder ein bißchen. Wir stehen ja doch nicht ganz so ohne da, sondern halten dem/der landläufigen Intellektuellen per Friedrich-Ebert-Stiftung noch eine Zeitschrift vor. Die *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte* (NG/FH) kommt rein. Sie ist in den letzten Jahren wirklich besser und lesenswert geworden. Vorsicht, Leute! Das war beim *Vorwärts* auch der Anfang vom Ende! Peter Glotz kündigt im Editorial eine neue periodische Rubrik »Zeitschriftenforum« an, einen Abgesang auf den *Vorwärts* hat man sich aber hier wie dort erspart. Dafür darf Harry Pross ein »Nachwort zum 'Vorwärts'« schreiben. Er hält sich an die Devise, daß man aus Pietätsgründen so kurz nach dem Absterben auch über die Grabschaufler kein schlechtes Wort verlieren soll. Den Konflikt gab's halt schon immer. Die Sozialdemokratie hat es, so klagt er, nie geschafft, die Auflage ihrer Presse der Zahl ihrer Wähler auch nur anzunähern.

Der wußte das mit dem fehlenden Markt noch nicht. Und auch nicht, daß im Zeitalter der Postmoderne SPD-wählende Metropolitanuppies vor lauter Geldverdienen eh keine Zeit mehr zum Lesen haben. Ist doch eh out! Trotzdem sollten wir die NG/FH nicht links oder rechts liegen lassen. Hätte nicht Klaus Vaters *Vorwärts*-Nachlese in *spw* 47 ausgezeichnet ins Schwerpunktthema des NG/FH-Heftes — »Intellektuelle, Politik und Moral« — gepaßt? Oder etwa nicht?

19. Mai 1989. *Frankfurter Rundschau*. »Flick-Coup«, »rabiater Kapitalismus«, ereifert sich in seinen Schlagzeilen das Blatt mit dem linksliberalen Image. »Der Vorgang offenbart wieder einmal die Wolfsnatur des Kapitalismus.« Was war geschehen? Hatte Flick jetzt die ganze Republik gekauft? Oder massenhaft Arbeiter entlassen? Oder gar einer seiner Manager im Affekt einen Betriebsrat erwürgt? Keine Spur. Friedrich-Christian Flick hatte gerade mal 40 Prozent des Grundkapitals der Gruppe Feldmühl-Nobel zurückgekauft, wo der ganze Laden schließlich seinem Onkel mal allein gehört hatte. Und wenn sich für die Familie und ein paar Großbanken noch ein bißchen dran verdienen ließ, wer wollte da gleich neidisch sein? Profitieren wir nicht alle davon? Die Gewinne von heute ... Naja, der Kommentator der FR hebt den ordnungspolitischen Zeigefinger: »Darf ein florierender Konzern so einfach mit einem Federstrich seine Selbständigkeit verlieren und von einem noch größeren und kapitalkräftigeren geschluckt werden?« Guck mal, Großmutter, der Wolf frißt das Geißlein auf! Der Kerl schreibt vom Kapitalismus und weiß nicht mal, was das ist.

6. Juni 1989. Pressehaus Tulpenfeld. Joschka Fischer, Alt-Sponti, Samtpfotenrevolutionär vom Pflasterstrand und Ex-Minister, hat ein Buch geschrieben und gleich den Stein der Weisen entdeckt (der Öko-Forscher Hubert Kleinert war ihm allerdings bei der Schlüsselerkenntnis um ein paar Monate zuvorgekommen). Der staunenden Presse wird verkündet: Die Umweltprobleme sind am besten in einer »ökologischen Marktwirtschaft« zu bewältigen. Während sich andere noch 'rumplagen, beendet Joschka die Auseinandersetzungen in der Weltgeschichte mit einem Federstrich: »Die Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus ist entschieden.« Unterm Pflaster also doch nur schnöder Sand? Während Fischer den ungläubigen Schreiberlingen seinen Abschied von Utopia verkündet, weiß er wohl nicht, daß nur wenige hundert Kilometer entfernt in nur kurzem zeitlichem Abstand ähnlich epochale Aussagen getroffen wurden. Erstmals nach sieben Jahren Abstinenz — Welch geistiger Doppelpaß — steigt der Weltökonom Helmut Schmidt wieder zum Wahlvolk der SPD herab und verkündet: »Der marxistische Kommunismus gehört ins Museum der großen Irrlehren des 20. Jahrhunderts.« Vielleicht werden wir uns dieses Datum merken müssen, an dem die Synthese zweier großer Gedanken einer rot-grünen Zukunft visionär den Weg wies.

1. Juli 1989. Stadthalle Bad Godesberg. Der schon öfter totgesagte *Frankfurter Kreis* beweist heute eine erstaunliche Lebendigkeit und produktive Arbeitsfähigkeit. In zwei Plenarsitzungen und vier Arbeitskreisen wird einen Tag lang konzentriert an Vorschlägen zur Änderung des Bremer Programmentwurfs gearbeitet. Die Arbeitsgruppe zu den Grundlagenkapiteln verständigt sich darauf, eine zu überarbeitende Alternative zur Zeitanalyse von Detlev Albers (HB) gegen den jetzigen Programmtext zu stellen

und dem Grundwertekapitel voranzustellen. Überarbeitungen zum historischen Teil sollen unter Federführung von Karl Otto (OWL) erfolgen. Bei den Teilen über Frieden und Internationale Entwicklung sind unter Federführung von Katrin Fuchs (OWL) schon bis in Einzelformulierungen hinein Änderungsvorschläge entwickelt worden. Im Bereich Wirtschaftsdemokratie und Zukunft der Arbeit gibt es die Arbeitsgruppe mit der größten Beteiligung. Sigrid Skarpelis-Sperk (SB) und Christoph Zöpel (NRW) sind führend an der Erarbeitung von Alternativen beteiligt, Hannover und Südbayern die Anlaufstellen für weitere Änderungspapiere. Die Debatte über Volksentscheide und/oder Reform der parlamentarischen Institutionen verläuft noch kontrovers in der Arbeitsgruppe Demokratie in Staat und Gesellschaft unter der Leitung von Herta Däubler-Gmelin (BW) und Horst Peter (HN).

Der Bearbeitungsstand ist in den einzelnen Bereichen noch recht unterschiedlich. Es werden jedoch konkrete nächste Schritte vereinbart, so das Verschicken eines Protokolls mit den Tagungsergebnissen und Anlaufadressen, ferner ein nochmaliges Treffen vor dem Programmparteitag, um die erreichten Arbeitsergebnisse und Entscheidungen der Bezirke abzustimmen. Der *Frankfurter Kreis* ist auf dem Weg, von einem Debatte-zirkel mit Kandidatenseilschaft zu einem arbeitenden Forum der SPD-Linken zu werden.

12. Juli 1989. NG/FH. Rückblicke können nützlich und lehrreich sein. Egon Bahr schaut sich anlässlich einer Buchbesprechung Willy Brandts Jugend- und Exiljahre in Norwegen an. Dabei muß er was los werden: »Aber zwei Bemerkungen kann ich nicht unterdrücken, auch wenn die Vergleiche hinken: Gemessen an dem jungen Brandt sind die Jusos ziemlich harmlos, und gemessen am damaligen Norwegen ist die Bundesrepublik ein Weltmeister an Offenheit für Flüchtlinge ...« Bleiben wir bei ersterem, da hat er recht. Brandt befürwortete damals als Mitglied der kleinen linkssozialistischen SAPD eine feste Einheitsfront mit den Kommunisten und hatte gewisse Affinitäten zu deren Auffassung von den organisierten Sozialdemokraten als »Sozialfaschisten«. Daß konservative Politiker da als Klassengegner oder Klassenfeinde galten, versteht sich fast von selbst. Verglichen damit waren die Jusos, die Egon Bahr 1977/78 als Bundesgeschäftsführer der SPD reihenweise aus der Partei schmiß oder schmeißen ließ, wirklich harmlos. Vielleicht schreibt er in einer der nächsten Rezensionen mal was darüber, ob er »gemessen am jungen Brandt« heute die eine oder andere Entscheidung noch immer so treffen würde wie damals.

Uli Schöler (Bonn)

SPD-Programmdebatte

Uli Schöler

Abschaffung der Klassenherrschaft in einer Gesellschaft ohne Klassen?

Zu den Grundlagenkapiteln des Zweiten Entwurfs für ein
neues Grundsatzprogramm der SPD

Gibt es das, daß ein Parteiprogramm für die Abschaffung der Klassenherrschaft eintritt, obwohl bei der Beschreibung der gesellschaftlichen Wirklichkeit heute solche Klassen gar nicht vorkommen? Die SPD scheint sich, bliebe es beim jetzigen Entwurf ohne grundlegende Änderungen, auf diese Variante des politischen Schattenboxens einlassen zu wollen. Damit wäre auch schon der *grundlegende* Mangel benannt, der unseres Erachtens den vorgelegten Entwurf in seinen Grundsatzteilen prägt.

Beginnen wir bei der Struktur des Grundlagenteils. Neu ist das Kapitel »Was wir wollen«, das sowohl die Funktion einer Einführung als auch die einer programmatischen Zusammenfassung erfüllen könnte. Zufriedenstellend ist das unter beiden Gesichtspunkten nicht. Zum einen fehlt eine klare innere Gliederung des aufgelisteten Wollens. Der Bezirk Westliches Westfalen hat dazu eine ernstzunehmende Alternative entwickelt, in der die Ziele »Frieden, Schutz der Natur, Brot und Leben für alle Menschen, Gesellschaft der Freien und Gleichen, Arbeit für alle, mehr Demokratie, Fortschritt« genauer abgegrenzt und gewichtet werden. Darauf soll hier nur verwiesen werden. Zum anderen beinhaltet der Änderungsvorschlag im Detail Formulierungen, die auf Schwächen und Ungenauigkeiten einzelner Programmteile hinweisen. Wir können sie hier aus Platzgründen nur in Frageform problematisieren: Reicht angesichts der Probleme der »Völker des Südens« die Formel, man wolle ihnen eine faire Chance zu eigenständiger Entwicklung durch eine *gerechte* Weltwirtschaftsordnung geben (Ziff. 6), unter der man landläufig allemal nicht mehr als gleiche Austauschbedingungen versteht? Müßte ferner nicht genauer ausgedrückt werden, welche wirtschaftliche Macht hierzulande gebrochen, welche begrenzt und welche demokratisch kontrolliert werden soll, d.h. auf welche Weise die ja nicht überall gleichförmige Demokratie »auch in der Wirtschaft« herzustellen wäre (11)? Reicht die Mitbestimmung der Bürger über die *Gestaltung* der Technik, oder heißt das nicht bereits, daß man Risiken nur noch mindern, aber nicht mehr ausschalten kann (13)? Bedarf nicht der Fortschrittsbegriff einer präziseren Fassung, soll er mehr als eine Floskel sein, in die man einfach alles, was man zuvor als erstrebenswert verkündet hat, hineinpackt (15-17)?

Zur Systematik der Grundlagenkapitel

Am Irseer Entwurf hatten wir kritisiert*, daß er weitgehend beziehungslos zur gesellschaftlichen Wirklichkeit einen »Grundwertehimmel« aufspannte. Grundwerteteil und Zeitanalyse standen beziehungslos nebeneinander. Der »Bremer Entwurf« ist dieser Kritik im Grundwerteteil ein Stück entgegengekommen, verkompliziert das Ganze aber dadurch, daß der Teil, in dem die Zeitanalyse versucht wird, nunmehr hinter die Grundwerte geschoben wurde. Ausgangspunkt unserer Überlegungen war der, daß die Entwicklung der SPD hin zu einer weltanschaulich pluralistisch zusammengesetzten Partei, in der Christen wie Atheisten, ethische wie marxistische Sozialisten zusammenarbeiten, nicht nur auf Grund der geschichtlichen Entwicklung unwiderruflich, sondern auch als ein realer Fortschritt zu werten ist. Dem wird auch in der Ziffer über »Unsere geschichtlichen Wurzeln« (31) Rechnung getragen, wobei die Frage am Rande erlaubt sei, ob die Nennung des Christentums als *erster* geistiger Wurzel der Sozialdemokratie den historischen Tatsachen so ganz gerecht wird. Die Neuerwähnung der Erfahrungen der Frauenbewegung ist allerdings eindeutig positiv zu verbuchen.

Die Frage, die sich nun stellt, ist die, ob somit für jede dieser Wurzeln ein eigener Programmteil zur Herleitung ihres Sozialismusverständnisses zu schreiben ist (diese »Arbeitsteilung« war ein unverkennbares Merkmal von Irsee), oder ob eine synthetische Verknüpfung von Gesellschaftsentwicklung und Zeitanalyse, historischer Einordnung der sozialdemokratischen Bewegung und Grundwerteorientierung gelingen kann. Dies ist mehr als nur eine akademische Frage oder eine solche der Beliebigkeit der Reihenfolge der Programmteile. Anders gefragt: Macht es Sinn, (wie der Bremer Entwurf) danach zu fragen, woher wir kommen, danach abstrakt ein Verständnis von Grundwerten zu entwickeln und dann zu beschreiben, welche (völlig andersartige) Wirklichkeit wir vorfinden? Oder wäre es nicht stimmiger, die Herausbildung unserer Gesellschaftsformation in ihren ökonomischen und sozialen Strukturen und ihre heute bestimmenden Merkmale und Herausforderungen an den Anfang zu stellen, dem die Beschreibung der parallel dazu entstehenden sozialdemokratischen Bewegung folgen zu lassen (wobei gezeigt werden könnte, wie sie sich ihr eigenes Verständnis der in den bürgerlichen Revolutionen entwickelten Grundwerte angeeignet hat) und schließlich zu untersuchen, in welchem Verhältnis Grundwerte und heutige gesellschaftliche Wirklichkeit zueinander stehen? In letzterem Fall ergäbe sich eine direkte Handlungsorientierung, würde feststellbar, an welchen Stellen *und gegen wen* wir die mangelnde Materialisierung der Grundwerte einzuklagen und für ihre Verwirklichung zu kämpfen hätten. Nur dann hätte das Programm eine Antwort darauf, ob das, was der österreichische Sozialdemokrat Max Adler nach der Revolution 1919 dazu schrieb, auch heute noch (oder in veränderter Form) Geltung beanspruchen kann:

* Vgl. Schöler, Uli, Grundsätze: Sozialistische Zielperspektive oder sozialdemokratischer Wertehimmel, in: Albers, Detlev / Neumann, Kurt, (Hrsg.), Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programm-entwurf der SPD, Berlin 1987, S.21ff.

»Die Gleichheit vor dem Gesetz wird bestenfalls zur Gleichheit in der Beherrschung und Ausbeutung durch das Kapital, die Freiheit wird zur Freiheit des Verhungerns für die, welche sich gegen dieses System auflehnen möchten, und die Brüderlichkeit zur Heuchelei und schmachvollen Wohltätigkeitsprotzerei.«

Zeitanalyse?

Wir fahren mit der Kritik an dem Versuch einer Zeitanalyse fort, weil eine solche unseres Erachtens systematisch am Anfang stehen müßte. Aufgabe dieses Programmteils wäre es darzulegen, wie sich der ökonomische und soziale Zustand der Gesellschaft seit der genannten »industriellen Revolution« (63) bis heute gewandelt hat und was seine gegenwärtigen Hauptmerkmale sind. Den Begriff einer systematischen Zeitanalyse verdient der Text zwischen den Ziffern 63 und 76 nicht. Zusammenhanglos werden richtige und falsche Beschreibungen von Wirklichkeit aneinandergereiht. Vom Begreifen einer — wenn auch widersprüchlich sich darstellenden — Gesellschaftsformation kann keine Rede sein. Die im Eingangskapitel verwendeten Begriffe der kapitalistischen Produktionsweise und der Klassen (18/19) sind seltsam anonymen Mächten und dem Bezug auf die Menschen als Gesamtheit gewichen.

Benennen wir nur die größten Ungereimtheiten. Wie ist es angesichts von anhaltender Massenarbeitslosigkeit selbst in den reichsten Industriestaaten des Westens mit der Überwindung von Not und Elend bestellt? Welche Produktionsweise brachte die »industrielle Revolution« hervor, und wer gebietet über die »moderne Technik«(63)? Reicht es, das Fortbestehen »alter Untergerechtigkeiten« im Angesicht der »industriellen Zivilisation« (wer immer sie repräsentiert) zu beklagen? Ist dies nicht eine Formel, die von dem Glauben an das Ausreichen von Reparaturarbeiten am Kapitalismus (bei sorgfältiger Vermeidung des Begriffs) geprägt ist, obwohl es an anderer Stelle als »historische Grunderfahrung« der Sozialdemokratie bezeichnet wird, daß das nicht genügt (19)? Weiter heißt es: »Die Überwindung des Mangels bei uns wurde mit neuen Gefährdungen für Mensch und Natur bezahlt.« (64) Wer gefährdet und wer bezahlt? Macht über Gentechnik und Atomkraft (65) scheint allen Menschen in gleichem Maße gegeben zu sein. Von wirtschaftlicher Macht ist erst in ganz anderem Zusammenhang die Rede (69). »Wir entziehen uns selbst die Lebensgrundlagen.« (67) Lieschen Müller durch Gebrauch und Wegwerfen einer Einwegflasche und VEBA durch den Betrieb eines Kohlekraftwerks ohne Rauchgasentschwefelungsanlage? »Kriege treffen auch unbeteiligte Völker. Wirtschaftliche Krisen oder Erfolge in einem Teil der Erde wirken sich auf alle anderen aus.« (68) Wäre es sinnvoller, Kriege träfen nur die Beteiligten und jeder würde gefälligst mit seinen Krisen und Erfolgen alleine zurechtkommen?

Man mag letztere Lesart für bössartig halten. Sie soll jedoch nur in ihrer bewußten Überspitzung deutlich machen, daß uns floskelhafte Beschreibungen keinen be- und eingreifenden Zugang zur Wirklichkeit verschaffen. Wie dieses Kapitel von Kapitalismus und Klassen nichts weiß, so kennt es in seiner fast liturgisch vorgetragenen Entgegensetzung auf der Seite der Hoffnung nur Menschen, aber keine gesellschaftlichen Kräfte der Veränderung. Was diesem Programm, will es ernsthaft den Anspruch einer

Zeitanalyse erheben, also noch bevorsteht, ist eine analysierende Beschreibung der Entwicklung hin zu den globalen Bedrohungen (atomaren wie ökologischen Zuschnitts), denen wir uns gegenübersehen, deren inneren Zusammenhang sowie deren Verknüpfung mit den regionalen und nationalen Krisenmomenten (Unterentwicklung, Hunger, Massenarbeitslosigkeit, Nationalitätenkonflikte usw.). Erst dann ließe sich auch die Frage beantworten, in welchen Bereichen globale, d.h. klassen- und systemübergreifende sofortige Anstrengungen vonnöten sind, und in welchen die klassenantagonistischen »alten« Problemlagen Auseinandersetzungen auf nationaler Ebene erfordern (selbst wenn sie dort im Sinne eines nationalen Weges zum Sozialismus nicht mehr zu lösen sind). Überlegungen, die in diese Richtung gingen, sind in der Kommission vom Bremer Vertreter Detlev Albers vorgelegt worden, haben aber (von »Spurenelementen« abgesehen) im Text keine Berücksichtigung gefunden.

Grunderfahrungen und historische Wurzeln

Unserer früheren Kritik ist der neue Text insoweit ein Stück entgegengekommen, als jetzt die Postulate der bürgerlichen Revolutionen (Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit) der Wirklichkeit der kapitalistischen Produktionsweise (fast im Sinne Max Adlers) gegenübergestellt werden (18). Dies muß als eindeutiger Fortschritt festgehalten werden. Ein Widerspruch fällt jedoch sofort ins Auge. Mit der Formulierung »erst einmal« wird gerade wieder verschleiert, ob denn diese Diskrepanz von ethischem Anspruch und harter kapitalistischer Wirklichkeit bis heute fortbesteht. Liest man die nächste Ziffer mit, wird es wieder eindeutiger: »Es ist ihre (der Arbeiterbewegung) historische Grunderfahrung, daß Reparaturen am Kapitalismus nicht genügen. Eine neue Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft ist nötig.« (19) Das kann nicht dick genug unterstrichen werden, die folgende Textziffer eingeschlossen, die u.a. die Aufhebung der »Herrschaft des Kapitals über die Menschen« und von »Klassen über Klassen« (20) einfordert. Da haben wir sie also, die Klassenherrschaft. In der »Zeitanalyse« hatte sie sich dagegen spurlos verflüchtigt.

Nimmt man die Meßlatte der zitierten historischen Grunderfahrung, müßten die Programmschreiber selbst ein vernichtendes Urteil über den folgenden historischen Teil fällen. Ziffer 22 betont nochmals, daß Freiheit und Gleichheit erst durch Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft für alle erfahrbar werden. »Dieser Ursprungsidee ist die Sozialdemokratie stets treu geblieben.« Und im direkten Anschluß erfahren wir: »Dennoch ist ihre Geschichte nicht frei von Fehlern und Irrtümern.« Angesichts dieses Kontexts hätte man erwarten können, daß sich die SPD an dieser Stelle kritisch mit ihrer eigenen Geschichte auseinandergesetzt hätte. Statt dessen liefern die Ziffern 23 bis 26 nichts als beschönigende Apologie der eigenen Entwicklung, von einer Benennung von Fehlern und Irrtümern keine Spur. Dabei kann überhaupt keine Rede davon sein, daß die Parteimehrheit und ihre jeweilige Führung in den Umbruchsituationen 1914, 1918/19, 1929/30, 1945/46 und nach 1969 alles darangesetzt hätten, die genannte »historische Grunderfahrung« und die eigene »Ursprungsidee« gegen alle Widerstände in die Tat umzusetzen.

Heißt dies nun, den radikalen Abschied von der eigenen Geschichte, die schonungslose Selbstbezüglichung einklagen zu wollen? Und wer wäre die »Wahrheitsinstanz«, die über Chancen, Spielräume und die Einschätzung subjektiven Wollens zu befinden hätte, wo sich doch die HistorikerInnen über die Einschätzung jedes einzelnen Ereignisses bis heute streiten? Das macht es sicher nicht leichter. Aber obwohl weder ein Ausstieg aus der eigenen Geschichte noch Selbstbezüglichung möglich oder sinnvoll sind, wird der SPD im Angesicht der beginnenden, sich immer mehr ausweitenden und oft schonungslosen historischen Selbstkritik im kommunistischen Teil der Arbeiterbewegung, insbesondere in der Sowjetunion, nichts anderes übrig bleiben, als auch ihren eigenen Weg im Programmtext einer grundlegenden kritischen Überprüfung zu unterziehen. Die Chance liegt darin, daß sie dabei etwas zurückzugewinnen hat — nämlich die sich mehr denn jemals zuvor aus der Geschichte unabweisbar aufdrängende Erfahrung, daß der Weg des Verzichts auf den Sozialismus zugunsten der Demokratie letztere ebenso unvollendet und ungesichert läßt, wie der Weg des »despotischen Sozialismus« (Otto Bauer) ohne Demokratie eine bürokratisierte Gesellschaft der ökonomischen Stagnation gebiert, deren Triebkräfte nur unter gigantischen Anstrengungen und nicht ohne Demokratisierung neu zur Entfaltung gebracht werden können. Will die SPD nicht riskieren, daß sich das Scheitern des zuletzt genannten »Sozialismusmodells« im öffentlichen Bewußtsein als Scheitern *jeglicher* sozialistischer Perspektiven und als Beweis für den endgültigen Sieg des Kapitalismus festsetzt, wird sie sich dieser Herausforderung in ihrer programmatischen Arbeit zu stellen haben.

Historischer Rückblick im Programm heiße in diesem Sinne, unter Verzicht auf das Verteilen von Zensuren diesen *widersprüchlichen* Gesamtprozeß, der im übrigen mehr an Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung umfaßt(e) als reformistische Sozialdemokraten und ihre Parteidiktatur anstrebende Kommunisten (24), zum Zwecke des Lernens aus den gemachten Erfahrungen gerade für die jüngeren Generationen nachvollziehbar werden zu lassen. Konkret: Auch nicht der »Klassenverrat«, sondern die Motive des Bündnisses Eberts mit der alten Generalität zum Zwecke der Verhinderung einer (völlig übersteigerten) bolschewistischen Gefahr wären ein Ausgangspunkt einer Darstellung der Jahre 1918/19, die die unausgereiften Konzepte einer Verbindung von Räten und Parlament auf seiten der USPD ebenso zum Gegenstand hätte wie putschistische Elemente im Vorgehen der jungen KPD, als deren Gesamtergebnis die ökonomische wie politische Herrschaft der alten herrschenden Klassen unangetastet blieb — mit den für 1933 bekannten Folgen. Ein Resultat, das die ganze Fragwürdigkeit und Inhaltslosigkeit einer Geschichtsbetrachtung offenlegt, die nur über die Sozialdemokraten als zuverlässigste Stütze der ersten deutschen Demokratie zu berichten weiß (24).

Grundwerte — abstrakt oder konkret?

Dem eigentlichen Grundwerteteil sind nochmals drei Kapitel über »Unser Bild vom Menschen«, »Menschenrechte« und »Unser Verständnis von Politik« vorgeschaltet worden. Einige phrasenhafte Passagen aus dem Irseer Text sind übernommen worden

(34, 40). Die an sich begrüßenswerte Überlegung, mit dem Konzept des »Bürgerdialogs« der veränderten politischen Kultur, d.h. der Eigenständigkeit sozialer Bewegungen gegenüber Staat und Parteien, gerecht zu werden, bedarf jedoch einer klärenden Überarbeitung, in der auch die Frage des Ausbaus von Elementen direkter Demokratie zu berücksichtigen wäre. Weder ist der Bürgerdialog das Allheilmittel zur Lösung gesellschaftlicher oder gar betrieblicher Fragen (45), noch rechtfertigt er eine abstrakte Entgegensetzung von Demokratie und Staat (46), wo es doch gerade um die Demokratisierung der Strukturen eines eingriffsfähigen Staates geht.

Bezogen auf den Grundwerteteil selbst ist einer Reihe unserer früheren Detailkritikpunkte durch vernünftige Streichungen und Straffungen Rechnung getragen worden. Trotz der eingangs (18/19) zu Recht vorgenommenen Gegenüberstellung der Grundwerte als Idealen der bürgerlichen Revolutionen und des real existierenden Kapitalismus wird dieser Faden — schon wegen der Voranstellung vor die »Zeitanalyse« — nicht wieder aufgenommen. Wäre es nicht auch für die Verfechter eines »Grundwertesozialismus« spannender, ihre abstrakten (und im großen und ganzen zutreffend formulierten) Postulate nicht nur dem Anspruch nach, sondern real als »Kriterium für die Beurteilung der politischen Wirklichkeit« zu gebrauchen? Erhielten die Grundrechte nicht erst dadurch die Funktion der aus dem Programm ablesbaren »Orientierung für das Handeln des einzelnen Sozialdemokraten« (48)?

Nicht alles, was am Irseer Entwurf gestrichen wurde, sollte gleich dem Vergessen anheimfallen. Bremer und Irseer Entwurf gemeinsam bieten Formulierungen, mit denen man den Grundsatzteil so enden lassen könnte (62) — ein programmatischer Fortschritt, der einen Auftrag für politische Praxis bedeuten würde:

»Diese Grundwerte zu verwirklichen und die Demokratie zu vollenden, ist die dauernde Aufgabe des Demokratischen Sozialismus. Die Formen der Demokratisierung sind vielfältig. Ihr Ziel ist das Ende der Klassengesellschaft, die Überwindung aller Klassenprivilegien.«

Mechtild Jansen

Fortgeschritten und ausgeblendet

Feministische Kritik am zweiten Programmentwurf

I

Die sozialdemokratische Partei ist eine *traditionsreiche Partei*, die in der Vergangenheit für Emanzipation der Frau, für »Gleichberechtigung« der Frau vor allem, als einem Abfall- oder Nebenprodukt einer allgemeinen und immerwährenden Aufgabe des männlichen demokratischen Sozialismus eingetreten ist. Sie praktizierte eine pragmatische Reformpolitik, die aber nur möglich wurde, wo andernorts radikale Aufbrüche gewagt wurden und breitenwirksam Bewegung auslösen konnten. Sie ist eine

Partei der Arbeiterbewegung mit zugleich ausgeprägt antifeministischer Tradition. Die Politik ihrer Frauenuntergliederung entsprach, von kleinen Minderheiten abgesehen, diesen Vorzeichen, sie war überwiegend hausbacken, partei- (und männer-)treu, beharrlich sozialorientiert, mit Berührungängsten gegenüber Radikalen, Feministinnen und außerparlamentarischen Bewegungen, die nicht kontrollierbar waren. Das hat sich erst in den letzten Jahren im Zuge des Vordringens der Frauenbewegung und der Feministinnen geändert, die auch den SPD-Frauen die eigene »Betroffenheit« durch patriarchale Unterdrückung bewußt werden ließen und sie sensibler machten. Heute hat die AsF mehr Biß, übt mehr Druck aus, zeigt sich selbstbewußter, in der Bundespolitik »reformerisch-weiblich«, in den Untergliederungen oft stärker »links-feministisch«. Diese Entwicklung hat sich im neuen Grundsatzprogrammwurf, noch einmal in seinem zweiten, niedergeschlagen. Die Veränderungsprozesse sind so offensichtlich wie ihre Grenzen.

II

Die *Ansprüche von Feministinnen* an ein neues Grundsatzprogramm der SPD werden je nach politischem Standort verschieden sein. Meines Erachtens ist die »Frauenfrage« als Emanzipation der Frau von allen Unterdrückungs- und Abhängigkeitsverhältnissen in ihrer Gesamtdimension *roter Faden aller Emanzipationspolitik*. Frauenunterdrückung ist umfassend: angesiedelt in Produktion und Reproduktion, bei der Vereinnahmung ihrer Arbeitskraft und ihres Körpers, ausgeübt durch Kapital und Männer, öffentlich und »privat«. Durch alle Schichten und Gruppen hindurch werden Frauen diskriminiert, darin ist Frauenunterdrückung Zentralachse des Herrschafts- und Spaltungssystems insgesamt. Folgen hat das nicht nur für die Frau, sondern für das gesamte Natur-, Menschen- und Weltverständnis. Der daraus folgende patriarchale und kapitale Umgang mit Natur, Menschen und Welt ist ein zerstörerischer, der zwischenzeitlich auf die Beherrscher der Welt selbst zurückfällt. Es ist die Unterwerfung des Lebens unter den Profit und die männliche Expansion (in Form von »Rationalität«, »Effektivität«, Technokratie u.a.) — beide auf das Engste miteinander verwoben —, die Herrschaft abgespaltener, toter Materie über das Lebendige, die für den heutigen Weltzustand verantwortlich ist. Der Preis für den kapitalen und machistischen »Fortschritt« sind die »globalen Probleme«. Auflösbar ist Frauenunterdrückung nur, wo *alle* Unterdrückungsverhältnisse aufgelöst werden. Für ein Programm der »nächsten« Zeit stehen im Vordergrund das Verständnis von »Arbeit«, von »Familie« (als allgemeiner Lebensform und Erziehungseinheit von Kindern), von »Natur« und »Kultur«. Es interessiert die Frauenpolitik als autonom behandelte, mit der Zielsetzung der Autonomie im kollektiven Kontext für alle, und die Frauenpolitik als Allgemeinpolitik, der verändernden Integration »feministischer Anforderungen« in ein neues Ganzes.

II

Der *zweite Entwurf für ein Grundsatzprogramm* zeigt gegenüber dem ersten in der Frauenfrage einige Unterschiede: Die Selbstkritik an der Arbeiterbewegung ist abgeschwächt. Die Darstellung der Diskriminierungsformen von Frauen ist erweitert. Das

Arbeitskapitel berücksichtigt durchgehender alle Formen von Arbeit, schwächt aber die Betonung der Erwerbsarbeit als Zentrum ab. Das Familien-Kapitel ist deutlich ausgebaut. Gesamtprogramm und Frauenkapitel klaffen nicht mehr ganz so kraß auseinander, der Text ist aber um einiges entfernt von jeder systematischen oder die Summe der Zeiterkenntnisse erfassenden Verarbeitung der feministischen Herausforderung. Es bleibt bei freundlichen Einsprengseln im Gesamtprogramm bzw. in der Allgemeinpolitik, es gibt qualitativ neue Schritte in den »engeren« »frauenrelevanten« Kapiteln (Gleichstellung, Arbeit), kaum aber eine neue Gesamtqualität. Die Abschnitte zu »Gleichstellung« und »Arbeit« sind die fortgeschrittensten, das Kapitel zur »Familie« hat einen sehr konservativen Grundgehalt, die Aussagen zur »Natur«, hier dem Körper der Frau, fallen hinter den Diskussionsstand zurück, die zur »Kultur« sind von Weiblichkeitsmythen nicht frei.

IV

Die *zentralen programmatischen Begriffe* des Programmentwurfs nicht zuletzt im Hinblick auf die Frauenemanzipation lauten: Gleichheit, Gleichwertigkeit aller Formen von Arbeit, Fortschritt, Selbstbestimmung (freilich nur einmal [!] im Abschnitt »Grunderfahrungen und Grundwerte«), gleichberechtigtes und solidarisches Zusammenwirken von Frauen und Männern, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, Gleichstellung aller Menschen und als zentrale Aufgaben dabei die Aufhebung der Spaltung in männlich und weiblich, die Absage an die Zuordnung hochbewerteter Erwerbsarbeit für Männer und unterbewerteter Haus- und Familienarbeit für Frauen und die Absage an eine Erziehung der Männer zur Dominanz und der Frauen zur Unterordnung, statt dessen freie, gleiche und solidarische Erziehung aller und Wirken in allen Bereichen der Gesellschaft nach eigener Wahl.

Die SPD drückt sich darum, das Geschlechterverhältnis als ein strukturelles Herrschaftsverhältnis zu sehen und zu benennen und es in seiner Verwobenheit zu Klassen- und sozialen Schichtungsverhältnissen aufzudecken und — in beidem — auflösen zu wollen. Immer wieder werden Bruch- und Versatzstücke des Problems aufgegriffen, durchgängig fehlt im gesamten Programm aber dieses Kernproblem. Dementsprechend wird Frauenemanzipation nicht zum roten Faden jeder Emanzipationspolitik, sondern nur immer mal wieder zum mehr oder weniger dicken Linienstrich. Es bleibt ungeklärt, was der präzise Inhalt von Gleichheit und Gleichstellung sein soll.

V

Besonders deutlich wird das Manko in der fehlenden (verändernden) *Gesamtintegration* der Frauenfrage in die allgemeinen Programmteile. Frauenpolitik wird folglich immer noch primär als Unterkapitel neben anderen und als Sonderaufgabe verstanden.

Abgesehen von inneren Widersprüchlichkeiten insgesamt (z. B. zwischen Bekenntnis zu Staat/Staatsverständnis und Parlament/Parlamentsverständnis einerseits und Demokratie von unten als allgemeiner Lebensform andererseits; zwischen Kapitalherrschaft und »Interessenausgleich« — Herrschaft ist nicht »auszugleichen«, sondern nur aufzuheben; zwischen Selbstbestimmung und »mehr Mitbestimmung« etc. pp.), abgesehen

von sprachlichem Nichterscheinen von Frauen an all jenen Stellen, wo immer noch nur die männliche Form gebraucht wird (»Bürger«), fallen einige Defizite ins Auge:

Unter »Grundlagen unserer Politik, Grunderfahrungen und Grundwerte« heißt es lapidar, »die Ideen der Frauenbefreiung sind bereits im 19. Jahrhundert von der Arbeiterbewegung aufgenommen und weiterentwickelt worden. Wir haben mehr als 100 Jahre gebraucht, diese Ideen wirksam werden zu lassen.« Von den Verwüstungen des Machismo und der Verantwortung der Männer wird ebenso geschwiegen wie von den konkreten Konsequenzen, die bei Berufung auf die Frauenbewegung zu ziehen wären. Worin, in welchen eventuellen gemeinsamen Interessen ein Zusammengehen von Arbeiter- und Frauenbewegung begründet liegen soll, führt der Entwurf nicht aus. Eine Verpflichtung zur Solidarität als aktivem Abbau von Ungleichheit (»positive Diskriminierung« bis zur Aufhebung von Diskriminierung) gibt es nicht. »Gleichheit« wurde nicht (wie von der AsF einst gewünscht und zunächst anvisiert) als »Grundwert« aufgenommen. Wo »Gleichheit« als politische Zielsetzung die Überschrift ziert, verkommt es in Einzelvorschlägen stets zu »mehr Gleichheit«. Gleichheit oder nicht? »Die Welt, in der wir leben«, ist eine auf Kosten der Frauen geschaffene und nicht lediglich — wie in den letzten Ziffern des Abschnittes beschrieben — eine »männlich bestimmte Gesellschaft«, die Frauen »benachteiligt«. Ökologische Zerstörung, Mensch-Natur-Verhältnis und patriarchalische Unterwerfung des »Stücks weiblicher Natur« werden in ihrem Zusammenhang keiner weiteren Beleuchtung unterzogen. Gleiches gilt für den Zusammenhang zwischen Militarismus und Patriarchat. Von hier aus spannt sich der Bogen zur Definition von Friedenspolitik als »Machtkonflikte entschärfen und Interessen ausgleichen«, ohne hinzuzufügen, daß Ursachen von Gewalt bzw. jene Probleme, die sie auslösen, ebenfalls zu beheben wären. Dem wiederum entspricht, daß Waffen nur noch »zum Schweigen gebracht«, »Dynamik der Abrüstung in Gang gesetzt«, »strukturelle Angriffsunfähigkeit« erzielt, aber nicht mehr *vollständig abgerüstet* werden soll. (Wozu können wir in der Bundesrepublik noch militärische Verteidigung brauchen?)

In den Abschnitten zur Nord-Süd-Problematik, zu Demokratie, Kultur, Jugend, Alter, ausländischen Menschen, Bildung, Wissenschaft, Hochschule und Kunst, Fortschritt und Technik wird die Frauenfrage nicht berücksichtigt, obwohl es in allen Fällen besondere Probleme von Frauen und Auswirkungen auf das Ganze gibt. In der Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung wird unterschlagen, daß zwei Drittel der Arbeit der Welt von Frauen verrichtet wird, sie aber am Reichtum der Welt nicht einmal zu zehn Prozent beteiligt sind, Armut vor allem Frauenarmut ist. Im ureigensten Feld sozialdemokratischer Politik, unter dem Stichwort »soziale Gerechtigkeit« wird kein Gedanke darauf verwendet, daß der Sozialstaat und das Sozialsicherungssystem systematisch patriarchalisch strukturiert und grundsätzlich umzubauen sind. Sie bauen auf den männlichen Familienlohn auf und lassen Frauen kaum eigenständige Existenzsicherungen. Das Gesundheitssystem beispielsweise ist krank wegen seiner patriarchalischen Arbeitsteilungen (Hierarchie zwischen männlichen Ärzten und weiblichen Schwestern, Teilung zwischen Apparatedizin/Geschäft und, verschwindend geringer, humaner Pflege, zwischen Körper und Geist/Seele etc.). Das Programm bleibt

ungerührt vom Prinzip jeweiliger Eigenständigkeit der Individuen und ihrer gesicherten Existenzrechte sowie einer »Ganzheitlichkeit« des Menschen und seiner Lebensweise. Die Fremdheit gegenüber feministischem Gedankengut gilt nicht weniger für das Staats- und Demokratieverständnis. Der Staat als kapitalistisch-patriarchalisches Steuerungsinstrument (und höchst fragwürdiger »Gemeinwohlorientierung«) wird ebensowenig thematisiert wie die Fixierung auf staatliche Steuerung von oben der Vorstellung von Selbstverwaltung und Demokratie von unten fremd bleibt.

VI

Die Aufnahme des Kapitels »Die Gleichstellung aller Menschen in einer solidarischen Gesellschaft« bleibt ein großer Fortschritt im Programmwurf. Die geschlechtsspezifische Rollenverteilung soll überwunden werden. Im Zentrum zukünftiger Lebensweise und Gesellschaftsgestaltung steht (bezahlte) Erwerbsarbeit — als Existenzsicherung und Teil von Selbstverwirklichung. Vorrangiges Ziel ist tägliche Arbeitszeitverkürzung, 6-Stunden-Tag und 5-Tage-Woche sowie gleiche Verteilung von Haus- und Familienarbeit. Bei aller hier auch noch vorhandenen Unklarheit und Widersprüchlichkeit wäre es eine große Errungenschaft für Frauen, würden diese Ziele im nächsten Jahrzehnt verwirklicht.

Von dieser grundsätzlichen Orientierung abgesehen, werden die Geschlechterverhältnisse in ihrer Beschreibung beschönigt, Probleme in ihrer auf der Erscheinungsebene bleibenden Darstellung verharmlost und Lösungen häufig auf einen Wertewandel verkürzt, dem es am systematischen Rückbezug zu gesellschaftlichen Strukturen, Macht- und Herrschaftsverhältnissen fehlt.

So ist im Programmwurf von einer »Spaltung in männliche und weibliche Denk- und Verhaltensweisen«, von unterschiedlich »bewerteter Arbeit«, »Erziehung zur Dominanz«, »männlich geprägter Kultur«, »Benachteiligung der Frauen«, »Zuweisung des privaten Bereichs«, »Unterschlagung der Rolle der Frau in der Geschichte«, »Mißachtung des Rechts auf sexuelle Selbstbestimmung«, von Mann und Frau, die »beide Teile ihrer Wünsche unterdrücken, deformiert sind und leiden« zu lesen. Das ist alles richtig. Es ist aber mehr noch ein handfestes, höchst ungleiches, patriarchalisches Unterdrückungsverhältnis zugunsten des einen und auf Kosten des anderen Geschlechts. Es ist ein strukturell bedingtes und abgesichertes Verhältnis, das zu seiner (Auf-)Lösung *struktureller* Veränderung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche, der Aufhebung aller Abhängigkeitsverhältnisse, in denen Frauen leben, und der Aufgabe von Macht und Privilegien der Männer bedarf. Wer die »menschliche Gesellschaft will«, muß dann nicht nur die »männliche« (genauer wäre: patriarchalische), sondern die gespaltene Gesellschaft, d.h. Klassen- und Rassentrennungen, überwinden. Hieran und an den damit verbundenen materiellen, gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Lebensrechten sind »Neubewertungen« festzumachen. Die SPD geht in allen Fragen sozialer Existenzsicherung von Frauen weiter als die CDU, vermeidet es aber, deutliche Unterschiede zu den konservativen Grundmodellen von Arbeit und Leben und gesellschaftlichen Rechten der Individuen zu benennen.

Unter der Zielmarke der »Gleichstellung« will die SPD »Arbeit neu bewerten und anders verteilen«, blendet aber aus, an welcher Art von Entlohnung sich das konkretisieren läßt. Sie stellt nicht in Frage, ob bisher privat organisierte Teile von Arbeit nicht auch oder vielleicht gar besser und ökonomischer gesellschaftlich als Erwerbsarbeit organisiert werden könnten. Sie will (dreijährigen) Elternurlaub und zusätzliche kürzere Arbeitszeiten, wo Kinder zu versorgen sind, bleibt damit aber beim Modell primär privater Kleinkindererziehung und Berufsunterbrechung. Das vorgesehene Gleichstellungsgesetz bräuchte »Wiedereingliederung« in den Beruf nicht vorzusehen, gäbe es zuvor nicht Ausgliederung. Auf eine verbindliche (Ziel-)Quote (von fünfzig Prozent) in Erwerb, Gesellschaft und Politik mag sich die SPD programmatisch nicht festlegen. »Kindertagesstätten und Ganztagschulen« werden als Voraussetzungen von Vereinbarkeit von Beruf und Familie anvisiert, eine Neuorganisation von Haushalt und Familienarbeit und Kindererziehung wird nicht vorgesehen. »Weibliche« »Einfühlsamkeit« als Tugend der Zukunft — und umgekehrt »männliche Unterordnung des Gefühls unter Rationalität« als Tugend der Vergangenheit — werden auf ihre Verzerrung und Zwierspältigkeit unter den Verhältnissen der Abhängigkeit bzw. Herrschaft nicht weiter untersucht, sondern per se gesetzt. »Einfühlsamkeit« ist aber oft auch Internalisierung von Herrschaft gewesen — eine Tatsache, die in der Wirtschaft heute als neuer »ökonomischer Faktor Frau« genutzt wird. Umgekehrt haben Gewaltverhältnisse über Frauen sie selbst nicht frei gemacht von der Ausübung anderer Formen von Gewalt (nach unten und nach oben) — unter Umständen gerade mittels ihrer vergleichsweise ausdifferenzierten sozialen Fähigkeiten. Neue Mystifizierung und Glorifizierung historisch gewachsener »weiblicher« Eigenschaften ist nicht nur unangebracht, sondern wendet sich wieder zurück gegen Frauen.

VII

Das Kapitel »Die Zukunft der *Arbeit und freien Zeit*« integriert die »Frauenfrage« in einem Schlüsselbereich der »Existenzbedingung und entscheidenden Dimension menschlichen Daseins«. »Organisation und Verteilung von Arbeit« ist abhängig von der »Entwicklung der Produktivkräfte, kulturellen Traditionen und gesellschaftlichen Machtverhältnissen« — das trifft insbesondere auch die Situation der Frauen. Über die Tatsache hinaus, daß »jede Form der Arbeit Werte schafft«, »bereichern, aber auch entfremden, Leid zufügen« kann, schafft und strukturiert sie vor allem Existenzrechte und -möglichkeiten in der Gesellschaft. Wenn »Erwerbsarbeit zentrale Bedeutung hat«, warum setzt sich die SPD ein »Recht auf bezahlte Erwerbsarbeit für alle« und die Quote für Frauen in der Erwerbsarbeit nicht zu ihrem programmatischen Ziel? Was heißt »gleiche Bewertung« aller Formen »gesellschaftlich notwendiger Arbeit« — Mutterkruz, Lohn für Hausarbeit, Mindesteinkommen oder in großen Teilen »vergesellschaftete« Haus- und Familienarbeit als qualifizierte, Arbeitsplätze schaffende Erwerbsarbeit? (So ließe sich im übrigen zum Ziel »Vollbeschäftigung« beitragen, wobei über die Ursachen der Erwerbslosigkeit etwas zu lesen hilfreich wäre, um die Wirksamkeit von Umsetzungsstrategien einschätzen zu können.) Ausweichende Aussagen zum freien Wochenende (»Samstag soll nicht Regelarbeitstag werden, Sonntagsarbeit

nur in zwingenden Ausnahmefällen ... «) machen nicht nur unter feministischem Blickwinkel mißtrauisch. Wo es der SPD um »Humanisierung« der Arbeitswelt geht, hätte frau gerne etwas gelesen zur Befreiung *in der Arbeit*, zum *Leben in der Arbeit*, zur sozialen Beziehungsfähigkeit und -möglichkeit der Menschen dort (und nicht nur in vermeintlichen Privatbereichen). Spiegelbildlich bleiben Fragezeichen bei den Aussagen zur Familienarbeit. Was heißt es konkret, sie »gesellschaftlich anzuerkennen und sozial abzusichern«? Erweiterte Sozialhilfe und warme Händedrucke? »Erziehungs- und Pflegezeiten in der Altersversorgung anzurechnen«, sind rückwirkende Selbstverständlichkeiten, kaum aber Zukunftsmodelle. Die Vorschläge bleiben kleinfamilienzentriert, gesellschaftliche Notwendigkeiten damit in ihrer Lösung privatisiert, deshalb aber noch längst nicht »privat« oder gar »selbstbestimmt«, sondern hochgradig abhängig von schwer zu beeinflussenden Außenverhältnissen.

Der Entwurf nennt in seinen Vorschlägen zur Arbeit nicht die zwingende Notwendigkeit zur komplementären Veränderung von Produktion und Reproduktion, Arbeit und Leben dort, für beide Geschlechter. »Vereinbarkeit« und »Wahlfreiheit« als Zielmarken bleiben ohne präzise Unterscheidung zur konservativen »Flexibilisierungs«strategie, zum Erziehungsgeld als privater Inhaftnahme von Eltern für das Lebensschicksal ihrer Kinder und als verdeckte »Bereinigung« der Erwerbslosigkeit. Gesellschaftliche Neuorganisation von Haus- und Familienarbeit als eine wesentliche Zukunftsaufgabe ist — außer der Befürwortung von mehr Kinderbetreuungseinrichtungen — kein Thema. Eine Vision nicht entfremdeter, abhängiger Erwerbsarbeit erlaubt die SPD nur in ganz schwach gezeichneten, fernen Bildern.

VIII

Das nämlich würde auch eine Neuorganisation von Lebensformen, insbesondere eine Neuorganisation der *Familie* im Sinne neuer Assoziationen freier Einheiten verlangen. Hier aber — in einem Zentralbereich der Frauenunterdrückung, als »Privat«verhältnis und im Mantel von »Liebe« besonders gravierend, tief und unsichtbar — hat die SPD den konservativsten Teil des Programmentwurfes geschrieben.

Die SPD geht in ihrem Programmentwurf davon aus, daß »die Menschen in den Familien- und Lebensgemeinschaften Liebe, Geborgenheit, Anerkennung und Wärme« suchen. Sie stellt »Schutz und Rechtssicherheit« für alle Lebensformen in Aussicht, doch die »Ehe« ist die »häufigste Bindung auf Dauer«. »Kinder sind angewiesen auf beständige Zuwendung ... «, und »in Familien endet die gegenseitige Verantwortung von Eltern und Kindern füreinander nicht, wenn die Kinder erwachsen sind.« »Liebe und Zuneigung können sich am besten in den Familien entfalten, in denen Frauen und Männer gleichberechtigt zusammenleben«.

Ehe und Familie als bürgerlich patriarchalische Herrschaftsinstitutionen, als (auch in ihrer sozialmenschlichen Funktion) ganz materialistische Reproduktions- und Versorgungsinstanzen und darüber hinaus möglicherweise auch als Ort der Liebe oder mindest der Solidarität werden in ihrer Problematik und Widersprüchlichkeit nicht weiter reflektiert. Übernommen aus dem konservativen Modell wird zugleich die privatistische Glückserwartung und Verortung von »Liebe« als Lebenserfüllung in der

Familie. Vorhandene alternative Lebensformen werden toleriert, unter den großen staatlichen Schutzmantel genommen, aber nicht als Möglichkeiten verstanden oder gefördert oder erweitert, unabhängiger, selbstbestimmter, frei von äußeren Zwängen und Verpflichtungen mit anderen zu leben. Auch an autonome Lebensräume für Kinder, ein Ende ihrer Ausgrenzung aus allem, was Gesellschaft insgesamt ausmacht, an ihre gesellschaftliche Integration statt dessen, an ihre Rechte auf Bedürfnisbefriedigung wird nicht gedacht. Humanere Beziehungen zwischen Menschen brauchen im übrigen ein Ende der Herrschaft des Profits und der Warenbeziehungen über das Leben.

Diese Programmatik entspricht nicht den Anforderungen an eine emanzipatorische Familienpolitik der Zukunft. Glück, Wärme, Geborgenheit erlaubt die Familie nur begrenzt, wie das Ausmaß subtiler und offener Gewalt in den Familien offenbart. Eine (Lebens-)Versicherungseinrichtung — auch auf gleichberechtigter Gegenseitigkeit (in der Aufopferung füreinander) — wird die Familie in Zeiten der »Flexibilisierung« und »Individualisierung« nicht mehr sein. Schon heute lebt nur noch ein Drittel der Bevölkerung in einer »Familie«. Der Anteil Alleinerziehender steigt ebenso stark wie der Alleinlebender überhaupt. Gleichwohl sind bei allem Streben nach Individualität Bedürfnisse nach neuen Formen und Qualitäten von Gemeinschaftlichkeit (»Kollektivität«) entstanden. Arbeit in Familie und Beruf ist in einer gravierenden Veränderung begriffen. In einer Lebensform, in der die Frauen ihre Rolle nicht mehr nur als Fürsorgerin für andere auffaßt, werden neue Organisationsformen von Arbeit, sozialen Sicherungssystemen und ein neues Verständnis von Liebe nötig.

Progressive Familienpolitik impliziert zuallererst die Entmythologisierung der Familie. Auf dieser Basis wäre zu fragen, welche Funktion Familie, mit welchem Status der Individuen, mit wieviel Generationen, neben welchen Alternativen zukünftig haben kann oder welche erwünscht wird. Es geht dabei um Fragen wie »Reproduktion der Gattung« oder Leben mit Kindern. Um Fragen nach der Art der Reproduktion verbrauchter Kräfte als Arbeit und Muße, um Organisationsformen menschlichen Zusammenlebens überhaupt. Wie kann Haus- und Familienarbeit — über »mehr Beteiligung von Männern« hinaus — als bezahlte Erwerbsarbeit, als gesellschaftliche Dienstleistung und Kinder»betreuung«, als privat verbleibende Selbstversorgung (oder Selbstbedienung) neu organisiert werden?! Wenn der Mensch ein sozial abhängiges Wesen ist, das auf Gemeinsamkeit mit anderen angewiesen bleibt, wie wären dann neue Formen des Zusammenlebens möglichst selbstbestimmt und veränderbar, aufbauend auf Autonomie der Subjekte, zu gestalten und Abhängigkeit, Begrenztheit und Enge der Kleinfamilie zu sprengen?! Welche Formen sind es, die Eltern nicht alleinverantwortlich für ihre Kinder lassen, ihnen mehr Eigenleben und Freiräume einräumen — und Kinder mehr Wahl gegenüber der elterlichen Gewalt, weniger Abhängigkeit und Ausgeliefertsein (auch staatlichen Verwahrungsanstalten) lassen?! Bekommt Eltern, Kindern, Gesellschaft die jetzige von einer hoch vergesellschafteten Öffentlichkeit getrennte private Familienform wirklich so gut? Wenn es bei diesem Familienverständnis und dieser Familienpolitik bleibt, könnte sich das als entscheidende Veränderungsbremse für Frauen — und insgesamt — erweisen.

IX

Zu Fagen des weiblichen (menschlichen) *Körpers* und der *Sexualität* äußert sich der Entwurf kaum. Nun hat das vielleicht in Parteiprogrammen nicht viel zu suchen, zum Menschsein gehört es dennoch dazu. Das Leben und die Kultur scheinen nach SPD-Art seltsam entsexualisiert. Für das Bedürfnis von Frauen nach Emanzipation sind diese Fragen alles andere als irrelevant, ihr Körper war und ist Objekt von Ausbeutung und Diskriminierung. Der Entwurf spricht sich gegen Gewalt gegen Frauen aus, gegen diskriminierende Darstellungen, zu einer expliziten Bejahung des Selbstbestimmungsrechts der Frau über ihren Körper findet sie sich nicht bereit.

Zur Frage der Schwangerschaftsunterbrechung heißt es: »Wir wollen werdendes Leben schützen. Wir wollen Lebensverhältnisse schaffen, in denen Frauen sich nicht zum Schwangerschaftsabbruch genötigt fühlen. Dennoch wissen wir, daß wir nicht alle menschlichen Konflikte lösen können. Wir wollen helfen und nicht strafen.« Das Vokabular ist ohne große Mühe von konservativer Ideologie vereinnahmbar. Streichung des § 218 ist nicht vorgesehen. Den Frauen wird mit Helfersyndrom begegnet. Wer der Frauenbewegung nahe ist, hätte im übrigen schwer vergessen können, sich gegen Tabuisierung und Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Liebe auszusprechen.

X.

Veränderungen in den Produktionsverhältnissen — als Produktion *und* Reproduktion menschlichen Daseins — in Kultur und Menschenverständnis sind nötig, wenn Frauenemanzipation (und menschliche Emanzipation) Wirklichkeit werden soll. Es geht um Aufhebung struktureller Abhängigkeiten, Recht auf Autonomie, Entwicklung der Individualität und Selbstorganisation menschlicher Gemeinschaftlichkeit. Wenn die Parteilinke vier Zuspitzungen am Programmentwurf vorzunehmen wünscht, so entsprechen sie dieser Zielsetzung: Sie will »die ökonomischen und machtpolitischen strukturellen Veränderungen sowohl national als auch international und die Risikostrukturen der großen Überlebenskrisen« schärfer benennen; das Politikverständnis im Sinne der neuen sozialen Bewegungen erweitern und plebiszitäre Elemente aufnehmen; sich klar zu Wirtschafts- und Sozialräten als Instrumenten der Wirtschaftsdemokratie bekennen; und die Funktion einer »demokratischen Bundeswehr« (was immer das sein mag) offensiver thematisieren (Horst Peter für den Frankfurter Kreis in ppp-Interview). *Zudem aber ist unerlässlich*, eine Neuorganisation von Haus- und Familienarbeit, ein neues Verständnis von Familie und neue Lebensformen offensiv zu diskutieren und kreativ zu bearbeiten sowie ein Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Frau über ihren Körper und zur ersatzlosen Streichung des § 218 aus dem Strafgesetzbuch, d.h. zur Straffreiheit beim Schwangerschaftsabbruch, abzugeben.

Jörg Huffschmid

Reformprogramm ohne Kampfperspektive

Kritische Bemerkungen zum Wirtschaftskapitel
im neuen Programmwurf der SPD

Die Arbeitslosigkeit — kein Problem »verantwortlichen Wirtschaftens«?

Ich halte es für einen Fortschritt, daß die im Irseer Entwurf unverbunden nebeneinander stehenden Kapitel 7 (»Wirtschaft: Ziele und internationaler Rahmen«), 8 (»Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften«) und 10 (»Auf dem Wege zu einer demokratischen Wirtschaftsordnung«) im neuen Entwurf unter dem Dach eines Kapitels (»Ökologisch und sozial verantwortliches Wirtschaften«) zusammengefaßt worden sind. Denn es ist nicht möglich, eine fortschrittliche Programmatik für die Wirtschaft zu entwickeln, ohne auf internationalen Kontext und ökologische Imperative einzugehen und ohne die Grundorientierung der Demokratisierung auch in der Wirtschaft zu entwickeln.

Um so befremdlicher ist es, daß in dieses Kapitel über das Wirtschaften nicht auch das Irseer Kapitel 9 (»Die Zukunft der Arbeit«) eingegangen ist. Zwar wird in der Einleitung das Recht auf Arbeit erwähnt (Textziffer 289) und davon gesprochen, daß die kapitalistische Wirtschaftsordnung zu »ungerechter Verteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen geführt« habe (291). Daß der Kampf gegen die ansonsten voraussichtlich weit ins nächste Jahrhundert anhaltende Massenarbeitslosigkeit aber nicht neben der ökologischen Erneuerung und der Demokratisierung als *Zentralaufgabe der Wirtschaftspolitik* aufgefaßt, sondern bei deren Behandlung nur verschiedentlich (vgl. Tz. 314, 352, 360, 374f.) erwähnt wird, halte ich für ein erhebliches analytisches und politisches Defizit. Es liegt m.E. darin begründet, daß die Erwerbsarbeit, die in Kapitel 2 eigens thematisiert wird, als mehr oder weniger gleichrangig der freien Zeit gegenübergestellt und damit in ihrem auch für die absehbare Zukunft *dominant* lebensstrukturierenden Charakter verkannt wird.

Der internationale Rahmen — die EG als Motor des Fortschritts?

Im Vordergrund des ersten Abschnitts (»Der internationale Rahmen«) stehen die zunehmende internationale Verflechtung, die Probleme der Entwicklungsländer und die EG. In der weltweiten Konkurrenz sollen die Chancen der BRD gewahrt werden; gleichzeitig darf Standortkonkurrenz nicht zu Verschlechterungen für die Menschen führen; hierüber sind, da nationale Steuerungskompetenz durch die Internationalisierung eingeschränkt wird, internationale Kooperationen erforderlich. Das klingt gut, verharmlost aber die Problemlage: Die beschleunigte Internationalisierung ist ja nicht ein naturwüchsiger Vorgang, sondern selbst Ausdruck einer kapitalistischen Strategie, die in der weltmarktorientierten Modernisierung einen bislang relativ erfolgreichen

Ausweg aus der tiefen Krise der siebziger Jahre entwickelt hat. Zu den Wirkungen dieser Strategie gehören die Verschuldungs- und Verarmungsprobleme der Länder der Dritten Welt, in ihren Kontext jetzt auch die Versuche, diese Länder durch verschiedene Modelle des Schuldenerlasses und der Wachstumsförderung effizienter in das kapitalistische Weltsystem einzubinden. Dieser Umstand entwertet die z.T. recht konkreten Vorstellungen nicht (Schuldenerlaß, Rohstofffonds, Neuordnung des internationalen Währungssystems), die im Programmentwurf zum Problembereich Dritte Welt vorgetragen werden. Er wirft aber die Frage nach den konkreten Kräfteverhältnissen und den Wegen und Perspektiven ihrer Veränderung auf. Diese Frage bleibt nicht nur unbeantwortet, sie wird hier — wie auch in den folgenden Abschnitten — nicht einmal gestellt.

Geradezu bedrückend in ihrer analytischen Armut und politischen Blauäugigkeit ist die Passage zur EG (312-314): Regionale Zusammenschlüsse können gut sein, die EG eröffnet Handlungsspielräume und soll zur Erreichung alles Guten dieser Welt beitragen. Daß die EG-Melodie nun gerade andersherum gespielt wird, scheint der Programmkommission entweder entgangen oder nicht wichtig zu sein. Das Projekt Binnenmarkt 1992 ist allerdings gerade dabei, im Namen der vier großen Freiheiten des ungehinderten Handels mit Waren, Dienstleistungen, Kapital und Arbeitskräften in die entgegengesetzte Richtung der normativen Forderungen zu wirken. Die Konzentrations- und Deregulierungswelle, die in den letzten Jahren im Namen des Binnenmarktes über die BRD wie über andere Mitgliedsländer der EG rollt, ist die Umsetzung der aggressiven Kapitalstrategie nach innen. Sie ist dabei, wirtschaftliche Machtpositionen zu verfestigen und auszubauen sowie soziale Errungenschaften nicht etwa europaweit zu verbreiten, sondern in den fortgeschrittensten Ländern unter Druck zu setzen und die demokratische Einflußnahme auf wirtschaftliche Prozesse zu erschweren. All dies liegt weder im Wesen der europäischen Integration noch ist es durch den Binnenmarkt »an sich« verursacht. Daß es im Namen des letzteren aber als Sachzwang, zu dem es keine Alternative gibt, verkauft werden kann, macht das Binnenmarktprojekt zu einem enorm wirksamen Hebel politischer Formierung im Interesse des Kapitals. Es ist eines der zentralen Versäumnisse des ganzen Wirtschaftskapitals, diese Entwicklungen nicht thematisiert und daraus die Folgerung gezogen zu haben, daß dieser Trend gestoppt und um eine *andere* Gestaltung Europas erbittert gerungen werden muß. Lichtblick am Ende dieses Abschnitts: der Verweis auf nationale Verantwortung und Handlungsspielräume durchbricht jedenfalls potentiell die Lähmung, die angesichts von Welt- und Binnenmarkt vielfach auch die Linke befallen hat.

Ökologischer Umbau und Gestaltung der Technik — Veränderungen gegen wen?

Sehr viel positiver lesen sich für mich die beiden folgenden Abschnitte (»Ökologische Erneuerung«, »Gestalten der Technik als politische Aufgabe«). Der Wachstums- und Machbarkeitsfetisch wird zurückgewiesen, die ökologische Erneuerung (die Grünen nannten dies 1986 »Umbau der Industriegesellschaft«) als zentrale Gestaltungsaufgabe für die Wirtschaft aufgenommen und für die wichtigsten Bereiche Energie, Chemie,

Verkehrswirtschaft, Raumplanung und Landwirtschaft wenigstens grob konkretisiert. Zur Durchsetzung dieser Orientierung will die SPD ökonomische Hebel einsetzen, administrative Vorschriften erlassen und direkte Eingriffe vornehmen. Arbeitnehmer, Bürger und die Wissenschaft sollen an der Entscheidungsfindung über die technologische Entwicklung beteiligt werden.

Es fehlen in diesen beiden Abschnitten allerdings Hinweise auf die einem solchen Umbau entgegenstehenden Interessen und zu erwartenden Widerstände. Im Irseer Entwurf hieß es noch (S. 20):

»Strukturreformen zum ökologischen Umbau unserer Wirtschaft stoßen auf den Widerstand einzelwirtschaftlicher Interessen. Er läßt sich nur überwinden, wenn wir die Zustimmung der Mehrheit für die einzelnen Reformaufgaben gewinnen. Dies wird nur gelingen, wenn wir den Menschen vermitteln können, daß diese Reformen in ihrem Interesse, mit ihrer Hilfe und zur Verbesserung ihrer Lebensqualität angepackt werden müssen — und wenn wir erreichen, daß die Wirtschaft demokratisiert wird.« (Hervorh.d.d.Verf.)

Daß diese oder ähnliche Bemerkungen in der neuen Fassung ersatzlos entfallen, halte ich für eine nicht gerechtfertigte Schwäche. Es ist zwar ein großer Fortschritt, daß wirtschaftspolitische Programme der Linken sich nicht mehr nur mit abstrakten Werten und technokratischen Instrumenten befassen, sondern zunehmend auch stoffliche Inhalte und Probleme der Produktion und Reproduktion behandeln. Das braucht und sollte aber nicht dazu führen, daß die Fragen der Interessengebundenheit der bestehenden schlechten Zustände und die Notwendigkeit des Kampfes für ihre Veränderung völlig ausgeblendet werden. Eine solche Ausblendung wäre für den Abschnitt über ökologische Erneuerung nur dann akzeptabel, wenn diese Probleme anderswo konzentriert behandelt würden. Das ist, wie wir sehen werden, aber nicht der Fall.

Markt und Staat — Was muß sich ändern?

Natürlich: Das Scheitern einer vollständig zentralisierten — und damit wohl auch in hohem Maße unflexiblen und bürokratisierten staatlichen Wirtschaftsplanung in einer Reihe sozialistischer Länder sowie die dortigen marktorientierten Reformversuche verhelfen der alten Godesberger Formel zu neuer Aktualität: Soviel Wettbewerb wie möglich, soviel Planung wie nötig. Linke — und insbesondere marxistische Linke — werden in der Tat neu nachdenken müssen über das für die Produktivkraftentwicklung, den individuellen und gesellschaftlichen Wohlstand und die Entfaltungsmöglichkeiten der einzelnen optimale Verhältnis zwischen zentraler Steuerung, dezentraler Autonomie und selbstregulierenden Marktmechanismen in einer sozialistischen Wirtschaft.

Es gibt aber überhaupt keinen Grund, angesichts dieser Sachlage in der wirtschaftspolitischen Programmatik einer »linken Volkspartei« (27) den Markt gegenüber staatlicher Steuerung noch weiter aufzuwerten. Denn erstens waren auch die bisherigen sozialdemokratischen Steuerungskonzeptionen nicht unbedingt zentralverwaltungswirtschaftlich ausgerichtet (was sich als richtig erwiesen hat); zweitens besteht die Problemlage in der BRD aktuell und für die absehbare Zukunft wohl kaum darin, einer überbordenden und alles erdrückenden staatlichen Steuerungssucht Einhalt gebieten

zu müssen. Im Gegenteil: Mit der wirtschaftspolitischen Wende hat sich in der BRD ein neuer Markt- und Monopolradikalismus etabliert, der nach wie vor auf dem Vormarsch ist und sich sukzessive alle gesellschaftlichen Bereiche unterwirft. Nicht in kaufkräftiger Nachfrage ausgedrückte gesellschaftliche Bedürfnisse werden vernachlässigt und zurückgedrängt. Nicht der Staat, sondern der kapitalistische Markt hat zu dem katastrophalen Zustand der Umwelt geführt, bringt neue Armut, Brutalisierung und Verdummung der Gesellschaft hervor. Arbeitslosigkeit ist für den Marktradikalismus nicht eine zu bekämpfende gesellschaftliche Geißel, sondern einerseits eine unabänderliche Naturgegebenheit, andererseits ein Disziplinierungsmittel gegenüber den Arbeitenden.

Angesichts dieser vorherrschenden und sich weiter verfestigenden Zustände reicht es nicht, nach einem Bekenntnis zu der Unentbehrlichkeit von Markt und Wettbewerb (351) festzustellen, daß der Markt aber auch nicht alle gesellschaftlichen Ziele erfüllen könne, und daß sich daraus Aufgaben für den Staat ergeben (352, 353). Der losgelassene Markt erfüllt nicht nur wesentliche gesellschaftliche Ziele nicht, er untergräbt sie vielmehr. Daher bedarf es verbindlicher Rahmenbedingungen, Prioritätensetzungen und direkter Eingriffe in die Marktdynamik, wenn der Staat seine »Verantwortung für gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingungen, die Geldwert, Vollbeschäftigung, ausgeglichenen Außenhandel und ökologische Erneuerung sichern« (360) wirksam durchsetzen will.

Dieser unverzichtbare wirtschaftspolitische Biß aber fehlt. Statt dessen gibt es teils Selbstverständlichkeiten, teils vage Formulierungen. Der Staat soll »sein Handeln vorausschauend planen«, »gewollte Entwicklungen in Gang setzen«, »Fehlentwicklungen abwenden«, »dafür sorgen ...«. Staat und Kommunen sollen »planen«, »stimmen Planungen miteinander ab« (was übrigens alles schon im Stabilitätsgesetz steht). Kein Satz darüber, daß Planungen auch gegenüber privaten Unternehmen, manchmal gegen deren Interessen und Widerstand durchgesetzt werden müssen, und wie das geschehen kann.

Demgegenüber war der Irseer Entwurf eine Spur entschiedener. Dort gab es eine »staatliche Rahmenplanung, die die wirtschaftliche Gesamtrechnung mit politischen Zielvorgaben verbindet und zugleich die verschiedenen Instrumente staatlichen Handelns auf diese Ziele hin einsetzt« (25). Es gab »politische Entscheidungen, was wachsen und schrumpfen soll« (ebd.) und schließlich »direkte staatliche Eingriffe« (26), denn: »Wer die strukturschwachen Regionen in der Bundesrepublik und innerhalb der Europäischen Gemeinschaft auf den Markt verweist, nimmt ihre Verarmung in Kauf.« (Ebd.)

Das sind immerhin *relativ* eindeutige Aussagen. Sie sind in der Überarbeitung ersatzlos weggefallen. Staatliche Planung »kann [Hervorh.d.d.Verf.] zu staatlichen Entwicklungsplänen führen, die für Regionen, Länder oder den Gesamtstaat gelten« (357) und Vorgaben (mit welcher Verbindlichkeit?) für Unternehmen sind.

Derselbe Schwund an entschiedener *Veränderungsperspektive* kennzeichnet auch den Unterabschnitt über die öffentlichen Finanzen. Irsee leitet diesen Abschnitt mit der bemerkenswerten Aussage ein: »Im Rahmen unseres Grundgesetzes ist die Möglichkeit

zu weitreichenden Veränderungen der Wirtschaftsordnung gegeben. Wir Sozialdemokraten werden von diesen Möglichkeiten sorgsam wägend, aber entschlossen Gebrauch machen.« (27) Davon ist nicht mehr die Rede.

Wirtschaftsdemokratie ohne Demokratisierung der Wirtschaft?

Das Grundprinzip einer demokratischen Wirtschaftsordnung wird in Tz 346 zutreffend formuliert. Es besteht darin, daß gesellschaftliche Ziele — soziale und ökologische Verträglichkeit, demokratische Strukturen u.a. — Priorität haben und den Rahmen abstecken, innerhalb dessen Wirtschaften, auch in der Form privater Kapitalverwertung, stattfinden kann. Dieses Grundprinzip wird durch Wirtschaftsmacht in ihren vier Formen (Marktmacht, Herrschaftsmacht, politische Macht, Strukturmacht) gefährdet. Wirtschaftsmacht muß daher kontrolliert werden.

Kontrolle von privater Wirtschaftsmacht soll erfolgen durch die Verschärfung des GWB (Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen), die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen, der Gemeinwirtschaft und besonders der Genossenschaften. Für Banken und Versicherungen wird die Möglichkeit von Kapitalbeteiligungen, von Besetzung von Aufsichtsräten und Ausübung des Depotstimmrechts eingeschränkt. Schließlich auch die alte Godesberger Formel: »Wo mit anderen Mitteln eine sozial verantwortbare (Godesberg: gesunde) Ordnung der wirtschaftlichen Machtverhältnisse nicht gewährleistet werden kann, ist Gemeineigentum zweckmäßig und notwendig.« Wobei im Unterschied zum Irseer Entwurf weitere einschränkende Eiertänze entfallen.

Diese Aussagen sind zwar alle nicht falsch, sie sind aber so zeitlos abstrakt, daß sie Gefahr laufen, zur Idylle zu werden. Wie verhält es sich denn mit der Entwicklung von Wirtschaftsmacht in den letzten zehn Jahren, und wie sehen ihre weiteren Perspektiven aus? Marktmacht: Die Zahl der Fusionen hat sich in fünf Jahren verdoppelt; nationale und internationale Großfusionen und Kooperationen führen zur Formierung von Kapitalstrukturen in neuen Dimensionen und zu gigantischen staatsmonopolistischen Komplexen in der Rüstung, der Atomenergie, der Telekommunikation. Strukturmacht: Städte und Länder haben sich in Bauplanung und Haushaltsgebaren nach den Wünschen der großen Ansiedlungskonzerne zu richten. Herrschaftsmacht: Beschäftigungsförderungsgesetz, AFG-Novelle und Dienstleistungsabend haben die Positionen der Beschäftigten und der Gewerkschaften geschwächt und die des Kapitals gestärkt. Politische Macht: Wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen werden der Kontrolle durch die nationalen Parlamente entzogen und nach Brüssel verlagert, wo sie in direktem Kontakt zwischen EG-Kommission und Industrielobby ausgehandelt werden.

Das Kapital hat es nach den Kriseneinbrüchen der siebziger und Anfang der achtziger Jahre geschafft, sich wirtschaftlich und politisch zu stabilisieren. Es befindet sich nach wie vor in der Offensive. Die klassischen Widersprüche kapitalistischer Reproduktion sind nicht verschwunden. Das aktuelle Entwicklungsmuster scheint aber nicht vom schnellen Kollaps bedroht zu sein, eine mittelfristig stabile Entwicklung zumindest möglich. Wo sind die Widerspruchs- und Widerstandspotentiale, die zu Gegenbewegungen und so letztlich auch zur Durchsetzung der entwickelten Reformideen

führen können? Im Irseer Entwurf ist an zwei wichtigen Stellen von »Gegenmacht« die Rede. In der Überarbeitung ist dieser Begriff ebenso verschwunden wie alle Ausführungen über den Weg zur Wirtschaftsdemokratie.

Ist dies Zufall? Oder vielmehr Ausdruck einer Konzeption, die zwar einen weit — nämlich bis in die FDP hinein — reichenden Konsens über das Übel wirtschaftlicher Macht aufgreift, aber — um eben dieses Konsenses willen — darauf verzichtet, die politische Grundlage zu benennen, auf der Demokratisierung der Wirtschaft nur möglich ist. Ohne zähen und erbitterten Kampf, rücksichtslose öffentliche Diskussion und breite außerparlamentarische Mobilisierung können die angekündigten gesetzlichen Maßnahmen entweder gar nicht verabschiedet oder aber nicht effizient angewandt werden. Reformen, die zu den skizzierten wirtschaftsdemokratischen Strukturen führen, bedeuten eine Veränderung fest etablierter Machtverhältnisse. Dies ist nicht durch Arrangement, sondern nur durch Konfliktbereitschaft und Konflikt gegenüber denen zu haben, die die Machtpositionen heute besetzen und nicht daran denken, sie zu räumen. Dieser Tatbestand wird in dem ganzen Wirtschaftskapitel überhaupt nicht thematisiert. (Er taucht im gesamten Entwurf überhaupt nur einmal ganz am Ende in einer einzigen Textziffer [422] auf). Insofern fehlt dem Abschnitt über die Wirtschaftsdemokratie die Kampfperspektive der Demokratisierung der Wirtschaft.

Michael Wendt

Zwischen Gestaltung und Anpassung

Kritik des wirtschaftspolitischen Teils des neuen Programms der SPD

Die bisherige Diskussion um den neuen Entwurf des SPD-Grundsatzprogramms war in erster Linie eine Debatte um die Frage, wie weit sich Oskar Lafontaine durchsetzen konnte. Dabei ist diese Frage wenig spannend. Ein Grundsatzprogramm ist kein Regierungsprogramm. Wichtiger ist die Frage, ob das Grundsatzprogramm in den entscheidenden Punkten so vage und offen ist, daß sich auch eine Politik der marktorientierten Anpassung, die Lafontaine trotz seines ideologischen Kokettierens mit theoretischen Versatzstücken von André Gorz und Jürgen Habermas repräsentiert, mit dem Programm vereinbaren kann. Diese Frage soll an Hand der wirtschafts- und sozialpolitischen Kapitel des Entwurfs im folgenden untersucht werden:

Die zentrale Rolle der Arbeit

Der gesellschaftspolitische Anspruch des Programmentwurfs ist weit gesteckt. »Die neue und bessere Ordnung, die der demokratische Sozialismus anstrebt, ist eine von Klassenschranken befreite Gesellschaft« (25). Dabei kommt der sozialen Gestaltung der Arbeit eine zentrale Rolle zu. Im Kapitel »Zukunft der Arbeit« wird der widersprüchliche Charakter der Erwerbsarbeit herausgearbeitet, während Lafontaine die Sphäre der Erwerbsarbeit als bloß entfremdet und repressiv faßt und daher auf den vermeintlich »emanzipativen Charakter«¹ der Nichterwerbsarbeit setzt.

Mit der Konturierung dieser widersprüchlichen Funktion der Erwerbsarbeit — Basis für Lebensfreude und Identität ebenso wie für Leid und Entfremdung — ist es der SPD-Programmdiskussion zumindest gelungen, an den Erkenntnisstand der aktuellen arbeitssoziologischen Debatte² anzuknüpfen. Eigentlich ist die Anforderung an eine sozialdemokratische Programmdiskussion, den aktuellen Stand der laufenden sozialwissenschaftlichen Diskussion zu beachten und sich gegebenenfalls damit auseinanderzusetzen, eine Selbstverständlichkeit. Der ideologische Charakter der Position Lafontaines in der Frage der Zukunft der Arbeit wird schon dadurch deutlich, daß die gesamten Ergebnisse einer empirisch-orientierten Industriesoziologie seit Bestehen der Bundesrepublik über die Entwicklung der Lohnarbeit von ihm vollständig ignoriert werden.³ Hier steht er in der schlechten Tradition des deutschen Idealismus.

Der Entwurf geht im Gegensatz zur Position Lafontaines von einer Schlüsselrolle der Erwerbsarbeit für die anderen Lebensbereiche aus und leitet daraus die Forderung nach einer Gleichbewertung aller Formen gesellschaftlich notwendiger Arbeit und ihrer gleichen Verteilung zwischen Männer und Frauen ab. Aus dieser Erkenntnis wird als vorrangige politische Aufgabe die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit gefolgert. »Ohne eine neue Politik der Arbeit, die sich dem Recht auf Arbeit verpflichtet weiß, wird Massenarbeitslosigkeit eines der zentralen gesellschaftlichen Probleme bleiben« (27). Bei der politisch notwendigen Verringerung der Arbeitslosigkeit wird noch vor der Arbeitszeitverkürzung der staatlichen Politik der Ausweitung öffentlicher Dienstleistungen und einer zumindest durch öffentliche Initiativen angestoßenen ökologischen Erneuerung die zentrale Rolle zugewiesen. Dabei wird der Versuch, durch eine protektionistische Politik ökonomische Vorteile gegenüber anderen Nationen zu erhalten, abgelehnt und als Voraussetzung einer koordinierten internationalen Politik eine »wirksame Beschäftigungspolitik im eigenen Land« (28) gefordert.⁴

Durch diese Intervention von Sigrid Skarpelis-Sperk erhielt der Programmentwurf faktisch zwei gesellschaftspolitische Konzeptionen, die einander widersprechen. Im Teil »Zukunft und Arbeit« wird für eine in der Sache linkskeynesianische Beschäftigungs- und Verteilungspolitik und eine gesellschaftliche Steuerung der Investitionsentwicklung plädiert, während unter dem Titel der »sozialen und ökologischen Erneuerung« der Wirtschaft eine marktförmige Steuerung der Investitionsprozesse bei staatlicher Beschränkung auf Rahmensetzungen favorisiert wird. Nicht nur bei der Einschätzung der Entwicklungschancen der Erwerbsarbeit, sondern auch in der Frage der Gestaltbarkeit ökonomischer Prozesse gibt es hier klare Widersprüche.

Die unberechtigte Angst vor dem Weltmarkt

Dieser Anspruch, durch staatliche Politik den Strukturwandel der Arbeit sozial zu gestalten, wird im Fortgang des Entwurfs jedoch nicht durchgehalten. Wie schon im Irseer Entwurf findet sich auch hier ein Widerspruch zwischen dem Anspruch auf politische Gestaltung, der auf eine tiefgehende Reform der Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung setzt und der Zurückhaltung, mit der die konventionellen Instrumente staatlicher Konjunktur- und Finanzpolitik präsentiert werden. Zunächst wird die Internationalisierung des Waren- und Kapitalverkehrs als neue Schranke für eine nationale Wirtschaftspolitik gesehen. »Durch die Internationalisierung der Märkte engen sich die Spielräume der nationalen Zins- und Geldpolitik ein, Konjunkturpolitik verliert an Wirkung« (40). Das ist so allgemein formuliert nicht falsch. Es werden jedoch unter der Hand zwei folgenreiche Eingrenzungen vorgenommen. Als erstes wird nicht davon ausgegangen, daß gerade die aggressive Deflationspolitik der Bundesrepublik durch niedrige Lohnstückkosten und eine unterbewertete Deutsche Mark zu einer dauerhaften Verzerrung der internationalen Abhängigkeiten geführt hat, die sich in chronischen Leistungsbilanzdefiziten anderer Länder bzw. in permanent steigenden Exportüberschüssen der Bundesrepublik ausdrückt. Die Verschärfung internationaler Disparitäten und das enorme Übergewicht der Geldkapitalbildung, d.h. die Verschuldung, ist weniger das Ergebnis der Internationalisierung der Waren- und Kapitalströme, sondern Resultat unterschiedlicher Konzepte nationaler Wirtschafts- und Finanzpolitik. Verschuldung einerseits und Kapitalexport andererseits gehören zusammen. Sie zeigen an, daß die marktwirtschaftlichen Regeln der Kapitalanlage und -lenkung eher die spekulative als die realwirtschaftliche Kapitalbildung begünstigt haben und sich auf internationaler Ebene viel stärker ein System des »Kasino-Kapitalismus« als einer effizienten Wettbewerbswirtschaft entwickelt hat. Dadurch, daß die negative Rolle der BRD-Politik für eine kooperative Weltwirtschaftsstrategie unterschlagen wird, wird auch nicht erkannt, daß gerade die Grundelemente der bundesdeutschen Exportorientierung entscheidend korrigiert werden müssen.

»Die Bundesregierung verfolgt seit ihrem Bestehen eine handelsmerkantilistische Strategie, die die Unterbewertung der Deutschen Mark durch moderate Lohnerhöhungen, hohe Produktivitätssteigerungen und Kapalexport in verschiedensten Formen aufrecht erhält. Durch diese Strategie ... wird der außenwirtschaftliche Handlungsspielraum anderer Staaten eingeengt, da ein restriktiv agierendes Land vermittelt über die Marktmechanismen — generell bei unreguliertem Kapitalverkehr und noch verstärkt bei flexiblen Wechselkursen — expansiv agierenden Ländern letztlich ihren Restriktionskurs aufzwingen kann.«⁵

Die notwendige Umorientierung auf einen expansiven Kurs in der Wirtschafts- und Finanzpolitik beinhaltet eine erheblich stärkere Ausrichtung auf den Binnenmarkt und eine Rücknahme der bisherigen aggressiven Exportorientierung. Zum zweiten werden die Möglichkeiten staatlicher Konjunkturpolitik auf die Instrumente der »nationalen Zins- und Geldpolitik« (40) und damit auf die Politik der Bundesbank verkürzt. Die Beeinflussung und Steuerung der Konjunktur durch staatliche Einnahmen (Steuern) und Ausgaben bzw. durch direkte Eingriffe in den Wirtschaftskreislauf werden damit von vornherein ausgeblendet. Weil durch diese beiden Verkürzungen die Möglich-

keiten staatlicher Wirtschaftspolitik entscheidend reduziert werden, werden die wesentlichen Voraussetzungen für eine geänderte nationale Politik in der Reform und Neuordnung der Weltwirtschaftsordnung gesehen. Die darauf zielenden Forderungen bleiben jedoch solange naive Hoffnungen, solange die Bundesrepublik nicht beginnt, ihre beträchtlichen Spielräume im internationalen wirtschaftlichen Kräfteparallelogramm in anderer Weise als bisher zu nutzen. Dazu werden jedoch nur ganz vage Andeutungen gemacht.

Die Verharmlosung des Marktes und die Überschätzung der Technik

Es hat in der Programmkommission eine heftige Auseinandersetzung um den Stellenwert der volkswirtschaftlichen Lenkungsfunktionen von Markt einerseits und staatlicher Politik andererseits gegeben. In dieser Kontroverse wurde das eigentliche Problem einer »gemischten Wirtschaft, in der Wettbewerb und staatliches Handeln zusammenwirken« (39) jedoch übersehen. Es geht nämlich weniger um die Frage des quantitativen Verhältnisses von Markt und Staat, sondern um die Frage, nach welchen gesellschaftspolitischen Wertorientierungen die Instrumente von Wettbewerb und staatlicher Wirtschafts- und Finanzpolitik eingesetzt werden sollen. Die entscheidende Frage zielt darauf, ob die Logik der Kapitalverwertung oder die Logik einer gesellschaftlich legitimierten Sozialordnung den übergeordneten Zusammenhang darstellt, in dem Marktprozesse und staatliche Wirtschaftspolitik eingeordnet werden müssen. Im Entwurf ist eine eindeutige Reihung vorgenommen worden.

»Wirtschaften hat dem Gemeinwohl zu dienen. Es soll alle Menschen ausreichend mit Gütern und Dienstleistungen versorgen, das Recht auf Arbeit gewährleisten, natürliche Lebensgrundlagen schonen und sichern. Das Kapital hat dem Menschen, nicht der Mensch dem Kapital zu dienen.« (38f.)

Die spannende Frage, wie denn die geforderte Unterordnung des Kapitals unter soziale und ökologische Zwecke angegangen werden kann, wird schnell beantwortet: »Wettbewerb kann, ohne Leistungsfähigkeit einzubüßen, auf die Interessen des Gemeinwohls hingelenkt werden, wenn es gelingt, Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen.« (39) Diese Rahmenbedingungen werden später definiert: Der Staat »muß dafür sorgen, daß soziale und ökologische Kosten, die die Allgemeinheit belasten, soweit als möglich bereits in die Entscheidungen der Unternehmen, und damit in deren Kostenrechnung, einbezogen werden.« (46) Wird dieser Anspruch ernst genommen, würden sowohl die Bruttoarbeitskosten als auch die Rohstoff- und Energiekosten erheblich ansteigen, was in einer internationalen Wettbewerbssituation sofort auf Schranken stoßen wird. Die geforderte ökonomische Internalisierung externer Effekte, also der sozialen und ökologischen Folgekosten in die interne Rechnungslegung der Unternehmen, läuft faktisch auf eine spürbare Kostenerhöhung für unternehmerisches Handeln bzw. auf das Schrumpfen bzw. Verschwinden bestimmter Industriebranchen hinaus. Das ist aber mit Sicherheit nicht gemeint, da die internationale Wettbewerbsposition gerade nicht zur Disposition steht.

Daher ist das »so weit als möglich« bereits ökonomisch und nicht durch gesellschaftliche Wohlfahrtsziele definiert. Jede Verschlechterung der Ertragssituation der Unter-

nehmen wird das Mögliche weiter einengen. Hinter der Vorstellung, durch eine sozial und ökologisch ausgerichtete Rahmensetzung die Prinzipien der Kapitalverwertung und des Gemeinwohls zusammenzufügen, optimieren zu können, steht die Hoffnung, daß die ökologische Erneuerung ein neues Wachstumspotential in sich birgt, auf das unternehmerische Initiative durch staatliche Vorgaben gelenkt werden kann. Dabei bekommt die Technik eine Schlüsselrolle, die nahezu alles bewirken soll:

»Technische Innovation — unverzichtbar für jede dynamische Wirtschaft — soll ökologischer Erneuerung und Rationalisierung dienen, Arbeit humanisieren, Grundrechte schützen und Grundwerte verwirklichen. Sie soll die Arbeitsproduktivität steigern, Arbeitszeitverkürzung ermöglichen, Wettbewerbsfähigkeit sichern, Energie und Rohstoffe einsparen, von entfremdender Arbeit befreien und die sinnvolle Gestaltung von Arbeitsprozessen fördern.« (44f.)

Bezeichnenderweise fehlt diesem Allheilmittel bloß die Fähigkeit, die Arbeitseinkommen anzuheben. Angesichts eines solchen Technikoptimismus stellt sich die Frage, warum in den zurückliegenden Jahrzehnten die Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität und der Arbeitszeitverkürzung tendenziell rückläufig sind, bei der Arbeitsproduktivität sogar von jahresdurchschnittlich über 5 % in den fünfziger, auf gut 1,5 % in den achtziger Jahren gesunken sind.⁶ Die Arbeitszeitverkürzungen seit 1984 konnten nur in harten Tarifaueinandersetzungen und mit Einbußen bei den Arbeitseinkommen durchgesetzt werden. Es gibt trotz aller Beschwörungen keine realistischen Anhaltspunkte für eine durch technische Innovationen bewirkte »lange Welle« ökonomischer Prosperität. Eine solche Hoffnung⁷ verkennt im übrigen den Strukturwandel der Beschäftigung hin zu den sozialen und personenorientierten Dienstleistungen bei mittel- und langfristig schrumpfender industrieller Arbeit. Wird jedoch auf solche Auswirkungen technischer Innovation gesetzt, muß zugleich deutlich gemacht werden, was denn das qualitativ Neue an einer sozialdemokratischen Wirtschaftspolitik ist, durch das ein niedriges Wachstum der Arbeitsproduktivität überwunden werden kann, da »technische Neuerungen, deren Risiken nicht abzuschätzen oder die demokratisch nicht beherrschbar sind« (45), zusätzlich verhindert werden sollen.

Die eigentlichen Abhängigkeitsverhältnisse zwischen Markt und Staat, die kosten-treibend sind und zu Ineffizienz und bürokratischen Strukturen geführt haben, werden im Entwurf nicht thematisiert. In mehreren Bereichen der Gesellschaft hat sich ein Mischsystem von staatlicher Finanzierung einerseits und gewinnorientierter Anbieterdominanz andererseits herausgebildet, das im Kern auf eine Ausplünderung staatlicher oder öffentlicher Mittel zugunsten privater Kapitalakkumulation hinausläuft: Energieversorgung, Wohnungswirtschaft, Rüstungsindustrie und Gesundheitswesen sind jeweils unterschiedlich gegliederte Wirtschaftssektoren, in denen staatliches Handeln und staatliche Finanzen zugunsten privater Anbieter instrumentalisiert werden, wobei diese von den niedergelassenen Ärzten bis zu formell in öffentlichem Eigentum — aber privater Rechtsform — agierenden Energieversorgungskonzernen reichen. Angesichts dieser realen Verflechtungen hat die Programmdiskussion um Markt und Staat sehr wenig mit der ökonomischen Wirklichkeit zu tun. Eher finden sich hier schlechten Lehrbüchern entlehnte Idealisierungen marktförmiger Prozesse.

Im Gegensatz zu den Thesen über die Zukunft der Arbeit im Programmentwurf

werden hier die destruktiven, zu Armut und krassen Ungleichheiten führenden Wirkungen marktwirtschaftlicher Prozesse weitgehend ignoriert oder heruntergespielt. Die Zerstörung der Regenwälder und der dramatische ökonomische und soziale Verfall lateinamerikanischer, afrikanischer und asiatischer Gesellschaften ist auch Resultat einer freien, sozial nicht regulierten Marktwirtschaft, ebenso wie die sozialen Fragmentierungen in den entwickelten kapitalistischen Ländern.

Sozialpolitik bleibt nachgeordnet

Die Konsequenzen aus einer partiellen Kritik am Wettbewerbssystem werden nur unvollständig gezogen. Wenn die Aussage des Entwurfs, »das Wettbewerbssystem ist ungeeignet, die Menschen mit Gemeinschaftsgütern und -leistungen zu versorgen« (39) ernst gemeint ist, erfordert sie ein weitgehendes Reformkonzept sozialstaatlicher Politik und öffentlicher Dienstleistungen, das die eingestandenen Defizite des Marktes ausgleichen kann bzw. ihnen vorbeugt. Die geforderte enge Verbindung von Sozial- und Wirtschaftspolitik findet sich im Entwurf allerdings nicht. Zwar wird der präventive Charakter der Sozialpolitik betont: »Sozialpolitik will nicht nur reparieren und in Notfällen einspringen, sondern vorausschauend gestalten. Sie soll Lebens- und Arbeitsbedingungen menschenwürdig machen.« (36) Dieser Anspruch wird jedoch nicht eingelöst. Vorausschauende Sozialpolitik müßte das Risiko der Arbeitslosigkeit durch eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Sozialpolitik und durch eine gezielte Arbeitsmarktpolitik der Bundesanstalt für Arbeit zu minimieren versuchen. Durch Humanisierung und Umgestaltung der Arbeitsbedingungen müßte der große Umfang der Frühinvalidität deutlich reduziert werden. Statt dazu Forderungen zu entwickeln, werden im Entwurf die demographischen Prognosen, die von einem deutlichen relativen Rückgang der Erwerbsbevölkerung ausgehen⁸ — was angesichts des Ausländer- und Aussiedlerzuzugs einigermaßen spekulativ ist — einfach übernommen und dienen als Begründung für eine allmähliche Verringerung des Rentenniveaus und für eine Absenkung der Altersversorgung im öffentlichen Dienst.

In dieser Sichtweise finden Umverteilungsprozesse lediglich zwischen Arbeits- und Alterseinkommen statt. Auch die Umstellung des Arbeitgeberbeitrags zur Sozialversicherung auf die Grundlage der betrieblichen Wertschöpfung ändert daran nichts, solange diese Umstellung aufkommensneutral erfolgt. Dabei wird vollkommen ignoriert, daß der veränderte Altersaufbau der Bevölkerung, auch wenn er sich nicht so ungünstig entwickelt, wie im Entwurf einfach unterstellt, ein großes Beschäftigungspotential personenbezogener Dienstleistungen beinhaltet, das wiederum durch Multiplikator- und Akzeleratoreffekte erhebliche ökonomische Impulse und die damit verbundenen positiven Arbeitsplatzwirkungen auslösen kann. Diese werden durch die im Entwurf skizzierte Politik der sozialpolitischen Austerität jedoch blockiert. Die Frage nach der Zukunft der finanziellen Basis der sozialen Sicherung hängt im übrigen in erster Linie von der gesellschaftlichen Wertschöpfung und der Verteilung der Einkommen ab. Rentenfragen haben viel mehr mit Ökonomie als mit Bevölkerungsentwicklung zu tun.

Bei der angestrebten Reform des Gesundheitswesens, wo eine linke Austeritätspolitik notwendig wäre, ist die Analyse der Kostenentwicklung im Gesundheitssystem oberflächlich und daher unzureichend. »In unserem Gesundheitswesen dominieren die Interessenvertretungen der Ärzte und Zahnärzte, der Pharmazieindustrie und der Krankenhäuser.« (37) Der kostentreibende Konstruktionsfehler des bundesdeutschen Gesundheitssystems ist jedoch komplizierter: Den privaten und gewinnorientierten Leistungsanbietern — niedergelassenen Ärzten, Heil- und Hilfsmittel-, Medizingeräte- und Pharmaindustrie — die über eine hohe politische Durchsetzungskraft verfügen, stehen auf der Nachfrageseite einerseits fachlich kompetenzlose Patienten, andererseits zersplitterte und miteinander konkurrierende Krankenkassen gegenüber, die durch das Versicherungsprinzip über eine kollektive Finanzierung verfügen. Durch dieses Verhältnis von gewinnorientierter Anbieterdominanz bei kollektiver Finanzierung einer politisch schwachen und zersplitterten Nachfrageseite entsteht, verstärkt durch die hohe Autonomie der Ärzte bei der Verrechnung und Anordnung der Leistungen, der Effekt eines »Selbstbedienungsladens«. Der politisch überwälzbare Kostendruck bleibt beim Krankenhaus bzw. den Versicherten hängen. Die falsche Analyse dieses Zusammenhangs führt zu unzureichenden Schlußfolgerungen, die letztlich in vergeblichen moralischen Appellen — »vertrauensvolle Partnerschaft von Arzt und Patient« (38) — enden.

Die sozialpolitische Philosophie der SPD orientiert sich am Grundgedanken einer Verteilung knapper werdender finanzieller Ressourcen. Dieser Grundgedanke ist falsch. Es geht um die politische Aufgabe, durch Umverteilung von Einkommen den Strukturwandel zu den personenorientierten Dienstleistungen sozial zu gestalten. Die Philosophie der Verteilung des Mangels verstellt der SPD zudem den Blick für eine sinnvolle Beschäftigungsstrategie.

Zusammengefaßt: Die programmatische Schranke für eine sozialdemokratische Politik der Anpassung ist im Kapitel »Zukunft der Arbeit« formuliert. Hier ist im Kern eine gesellschaftspolitische Gegenposition enthalten, die den Anspruch einer sozialen Gestaltung der ökonomischen Prozesse durch staatliches Handeln weiter aufrechterhält. Das heißt für die nächste Zukunft, daß die Kapitel zur Wirtschafts- und Sozialpolitik im engeren Sinn entsprechend umgeschoben werden müssen. Ansonsten würde die SPD ein neues Grundsatzprogramm beschließen, das politisch folgenlos bleibt und allenfalls als Zitatenschatz für Sonntagsreden dienen kann.

Anmerkungen

- 1 O. Lafontaine: Das Lied vom Teilen. Hamburg 1989, S. 18ff.
- 2 Gemeint ist die breite und kontroverse Diskussion über die zentralen Aussagen der Studie von Horst Kern und Michael Schumann: Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984.
- 3 Sowohl in seinem Buch »Die Gesellschaft der Zukunft«, Hamburg 1986, als auch in der aktuellen Publikation »Das Lied vom Teilen«, Hamburg 1989, wird viel über Arbeit spekuliert, aber es findet sich kein Hinweis auf die einschlägigen Ergebnisse der bundesdeutschen Industriesoziologie.

- 4 Angesichts der Klarheit dieser Aussage hat Lafontaine in der Programmdebatte an diesem Punkt eine eindeutige Niederlage hinnehmen müssen. Das hat ihn bekanntlich nicht gehindert, die eher beiläufig geforderte Aufwertung der Nichterwerbsarbeit als Sieg seiner Position öffentlichkeitswirksam zu verkaufen.
- 5 H. Herr und K. Voy, Neuorientierung der bundesdeutschen Währungs- und Finanzpolitik im internationalen Rahmen, Schriftenreihe des IÖW 22/88, Berlin 1988, S.5.
- 6 SVR-Gutachen 88/89, S. 263. Siehe auch: Michael Wendl, Modernität und soziale Utopie. In: Sozialist, Nr. 1-2 (1989), S. 321.
- 7 Peter Glotz kommt das zweifelhafte Verdienst zu, diesen Unsinn immer wieder zu propagieren: »Die Basistechnologie, die die nächste lange Welle des wirtschaftlichen Wachstums in Gang setzen wird, (ist) die Mikroelektronik.« SM, 5/89, S.30.
- 8 Zur Kritik an der These der zwangsläufig demographischen Veränderung: G. Bäcker und J. Steffen: Alterssicherung in der Zukunft, Hamburg 1988.

Karl A. Otto

Repräsentative Demokratie und plebiszitäre Demokratisierung

Zur Forderung nach Volksabstimmungen im neuen Grundsatzprogramm der SPD

Die Geschichte der Bundesrepublik kennt nur vier historische Situationen, in denen versucht wurde, die Richtung politischer Konfliktlösung durch Volksabstimmungen (VA) zu bestimmen:

- 1948 initiierte die SED nach dem Muster der Weimarer Republik ein Volksbegehren (VB) in allen Besatzungszonen, um auf diese Weise separate Staatsgründungen (und damit die Gründung der Bundesrepublik) gesetzlich zu unterbinden. Das Begehren wurde von den westlichen Besatzungsmächten nicht zugelassen und von den westdeutschen Parteien mit Ausnahme der KPD boykottiert.
- Im Januar 1951 formierte sich eine Volksbefragungsbewegung gegen die Wiederaufrüstung. Am 24. April 1951 wurde die Volksbefragung durch einstimmigen Kabinettsbeschluß als »verfassungsfeindliche Aktion« verboten.
- 1958 betrieb die SPD eine Volksbefragung zur atomaren Bewaffnung. Im Bundestag wurde ihr Antrag abgelehnt; die Durchführung einer von den Landesparlamenten der Stadtstaaten Hamburg und Bremen beschlossenen Befragung wurde durch das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) verboten, weil Länderabstimmungen über Bundesangelegenheiten verfassungswidrig seien. Zu der grundsätzlichen Frage, ob VA auf Bundesebene mit dem Grundgesetz vereinbar sind, äußerte sich das BVerfG nicht.
- Die Forderung nach Volksbefragung wurde 1983 erneut massenwirksam, als in der Bundesrepublik neuartige atomare Mittelstreckenraketen stationiert wurden.

Alle Volksabstimmungen hätten in dieser Situation eine reale Erfolgchance gehabt¹; und immer waren es Schlüsselsituationen, in denen »obrigkeitliche« Entscheidungen *korrigiert* werden sollten, die allem Anschein nach nicht dem Willen der Bevölkerungsmehrheit entsprachen. Die Befürchtung, daß bei Einführung von Volksbegehren und Volksentscheiden »über alles und jedes« abgestimmt würde, ist mit diesen Erfahrungen kaum zu begründen — übrigens auch nicht mit »Weimarer Erfahrungen«² und schon gar nicht mit den Erfahrungen der anderen westeuropäischen Länder (mit Ausnahme der Schweiz).

In der Geschichte der Bundesrepublik waren Volksbefragungs-Kampagnen stets vor allem Ausdruck eines als *aktuell* drückend empfundenen Widerspruchs zwischen parlamentarischen Mehrheitsentscheidungen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen. Das hat sich offensichtlich geändert. Der gegenwärtigen Diskussion über plebiszitäre Erweiterungen des Regierungssystems liegt ein grundlegender und vermutlich dauerhafter *Einstellungswandel* zugrunde, der sich plebiszitär, gegebenenfalls aber auch destruktiv gegen die skandalträchtigen, problemblinden und herrschaftsbedachten Machtkonzentrationen im System der Parteiendemokratie wenden kann. Der Befund ist nicht neu: »Nur jeder Fünfte hat Vertrauen in die gewählten Volksvertreter, und 85 Prozent meinen, keinen oder wenig Einfluß auf die Politik zu haben.«³ Diese Entfremdung ist schon als Belastung unserer politischen Kultur unerträglich; sie ist zudem ein gefährliches Stabilitätsrisiko für die parlamentarische Demokratie. Die häufig gewordenen Handlungen des Widerstands und zivilen Ungehorsams, neuerdings auch der Zulauf zu den »Republikanern«, sind Anzeichen eines zunehmenden Loyalitätsentzugs, dem das System parlamentarischer Demokratie mit Verbesserung seiner Integrationsleistung — und das heißt eben auch, mit *institutionell erweiterten* Beteiligungsmöglichkeiten — begegnen muß. Die plebiszitäre Demokratisierung könnte ein entscheidender Schritt zu diesem Ziel sein.

Volksabstimmungen als neue Programm-Forderung

Die SPD ist dabei, sich dem gesteigerten Partizipationsbedarf auch programmatisch zu öffnen. Weil parlamentarische Demokratie die Selbstverantwortung der BürgerInnen nicht ersetzen kann, will die SPD künftig »die Bürgerbeteiligung ausweiten und das Petitionsrecht effektiver gestalten. Volksbegehren und Volksentscheid (VE) sollen in Gemeinden, Ländern und Bund parlamentarische Entscheidungen ergänzen.« (Entwurf des neuen Grundsatzprogramms, März 1989, S. 51, Nr. 394) Diese Reform könnte zumindest teilweise (etwa in Form konsultativer Volksbefragungen) durch ein Bundesabstimmungsgesetz mit einfacher Stimmenmehrheit im Bundestag verwirklicht werden.⁴

Aus der begleitenden Programmdiskussion ergibt sich, daß von VB und VE vor allem mehr unmittelbare Mitwirkung der Bevölkerung und sozialer Bewegungen an politischen Einzelentscheidungen, eine stärkere Anbindung der Parlamentsentscheidungen an die Meinungen in der Bevölkerung, ein intensiverer Bürgerdialog, mehr Akzeptanz für Mehrheitsbeschlüsse und weniger Gewaltbereitschaft sowie eine Minderung der Glaubwürdigkeitsprobleme der Parteien und der Ohnmachtsgefühle der

Bevölkerung erwartet wird. VB und VE wären auch eine angemessene Beteiligungsform im Hinblick darauf, daß »viele Fragen, die quer zu den traditionellen Schichten und Parteibindungen verlaufen, etwa die Umweltproblematik« (W. Momper), im Rahmen des Konfliktmusters der traditionellen Parteienkonkurrenz nicht mehrheitsfähig artikuliert werden können.

Nicht zuletzt bezweckt die Anreicherung der repräsentativen Demokratie mit Elementen direkter Volksgesetzgebung eine bessere *Kontrolle* und *Verteilung* der Macht, weil »das jetzige System der Parteiendemokratie zu einer Machthäufung bei den Parteien geführt (hat), die letztlich auch die Basis der vielen Skandale ist«. ⁵ VB und VE sind zugleich der konkretisierte Ausdruck eines erweiterten Politikverständnisses der SPD, das auf *umfassende* Demokratisierung aller gesellschaftlichen Bereiche abzielt und Politik nicht zur Repräsentationsaufgabe der Parlamentarier verkürzt bzw. auf Staatshandeln oder Parteipolitik reduziert.

Gebündelte Einwände

Es fällt auf, daß die Kritik an dieser Reformabsicht deren Gründe entweder ignoriert oder mit dem Vorschlag absorbiert, *anstelle* plebiszitärer Demokratisierung die Arbeitsweise des Parlaments zu verbessern. Damit gerät die Kritik aber letztlich nur zum Status-quo-Slogan: »Keine Experimente!« Die Gründe für soviel Vorsicht lassen sich in vier Haupteinwänden zusammenfassen:

1. Plebiszitäre Demokratisierung sei mit den Demokratievorstellungen des Godesberger Programms unvereinbar.
2. Volksbegehren und Volksentscheid stünden im Widerspruch zur sozialdemokratischen Programmgeschichte und Verfassungspolitik.
3. Die Erfahrungen mit der Weimarer Republik hätten die SPD zu einer strikt repräsentativen Verfassungsentscheidung veranlaßt; die Wiedereinführung von Volksabstimmungen stehe in krassem Widerspruch zu den »Lehren aus Weimar«.
4. Im Hinblick auf Kompromißfähigkeit, auf Sachlichkeit, Rationalität, Effizienz und Transparenz der politischen Entscheidungsprozesse, wie auch im Hinblick auf Reformfähigkeit, Systemstabilität, Minderheitenschutz, Verantwortlichkeit der Regierung und Kontinuität des Regierungshandelns seien VB und VE höchst disfunktional.

Ein Teil dieser Einwände besteht aus Reprisen des konservativ-liberalen Argumentationsmusters der Weimarer Verfassungskontroversen 1918/19 und kann bei dem National-Liberalen Max Weber im Original nachgelesen werden. ⁷ Inzwischen gibt es jedoch vielfältige historisch-empirische Vergleichsmöglichkeiten und zahlreiche Forschungsarbeiten, die ganz andere Schlußfolgerungen begründen.

Erwiderungen

1. Das Godesberger Programm ist der Idee eines Verfassungsstaates verpflichtet, dessen Grundmerkmale Volkssouveränität, Wertbindung, Gewaltenteilung und Freiheitsgarantien sind. Diese Verfassungsordnung bildet ein System geregelter und gegeneinander ausgewogener Kompetenzen. Dem Volk wurde die Kompetenz zugeschrieben, Träger der Staatsgewalt zu sein. Die Trägerfunktion des Volkes wird aber nach Art. 20 GG nicht nur durch Wahlen, sondern auch durch Abstimmungen ausgeübt. Das heißt, das Grundmuster des demokratischen Verfassungsstaates, zu dem das Godesberger Programm steht, ist zwar repräsentativ, aber eben nicht »strikt« repräsentativ. Um diese Differenz geht es. Der Wortlaut des Programmentwurfs stellt eindeutig klar, daß die Forderung nach VB und VE als *Ergänzung* der repräsentativen Demokratie gedacht ist und keineswegs bezweckt, im System geteilter und geregelter Kompetenzen der Verfassungsorgane der Bevölkerung eine Art Kompetenz-Kompetenz zu beliebigen Entscheidungen einzuräumen.

2. VB und VE sind Elemente direkter Demokratie, die in der Geschichte der SPD programmatisch und verfassungspolitisch kontinuierlich vertreten wurden. Diese Traditionslinie beginnt mit dem Programm der 1869 in Eisenach gegründeten »Sozialdemokratischen Arbeiterpartei« und der Forderung nach »Einführung der direkten Gesetzgebung (d.h. Vorschlags- und Verwerfungsrecht) durch das Volk«; sie wurde fortgesetzt mit dem Gothaer Programm 1875 und dem Erfurter Programm 1891, und sie reicht bis zu den Verfassungsbeschlüssen der westdeutschen Länder vor Gründung der Bundesrepublik, den »Richtlinien für den Aufbau der Deutschen Republik« des Nürnberger Parteitags 1947 und dem SPD-Entwurf für ein Grundgesetz vom 2. September 1948.⁸

Einwände gegen diese Orientierung waren innerhalb der SPD vor Gründung der Bundesrepublik zu keiner Zeit mehrheitsfähig. Bis zur Revolution 1918 wurden sie zudem nicht demokratiethoretisch, sondern *klassentheoretisch* begründet. Typisch für diese Argumentation sind die Äußerungen Karl Kautskys, der zu den Hauptverfassern des Erfurter Programms gehörte. Kautsky schrieb 1891:

»Formal bedeutet die direkte Gesetzgebung unbestreitbar gegenüber dem Repräsentativsystem einen Fortschritt im Sinne der Demokratie. Indes ist die Demokratie für uns nicht Selbstzweck, sondern nur das Mittel zu einem größeren, wichtigeren Zweck: der sozialen Umgestaltung der Gesellschaft. Die Sozialdemokratie ist ihrem ganzen Wesen nach revolutionär; die — formale — Demokratie dagegen nur unter bestimmten Voraussetzungen, in der Regel ist sie dagegen eher konservativ.«⁹

Nach dem Hinweis, daß die »Landbevölkerung ... ihren sozialen Tendenzen nach in ihrer großen Mehrheit reaktionär« sei, stellte Kautsky unter Verweis auf die »Berufsstatistik des heutigen Deutschlands« und die Bevölkerungsrelation zwischen Stadt und Land die Frage, »was die Arbeiterklasse unter diesen Verhältnissen von der direkten Volksgesetzgebung zu erwarten hätte«. Sein Befund war überwiegend negativ. Immerhin deutete Kautsky aber an, »als Ergänzung der Volksvertretungen« könne »das Vorschlags- und Verwerfungsrecht ... auch manche Vorteile«¹⁰ haben.

Auch die *Politik* der SPD stand bis zur Beschlußfassung über das Grundgesetz durchaus in Übereinstimmung mit dem Konzept plebiszitärer Demokratisierung. Die

Verfassungsberatungen nach der Revolution 1918/19 und nach dem Zweiten Weltkrieg bieten dafür zahlreiche Belege. In Ländern wie Baden, Württemberg und Bayern, deren Verfassungsberatungen vor denen der Weimarer Nationalversammlung zum Abschluß kamen und die auch Einfluß auf die Auseinandersetzungen um die Reichsverfassung hatten, waren es insbesondere Sozialdemokraten, die als treibende Kräfte der Aufnahme von Elementen direkter Demokratie in die Landesverfassungen zum Erfolg verhalfen. Nur als Kompromiß mit der SPD und auf deren Initiative hin konnte auch im Weimarer Verfassungsausschuß eine Mehrheit für Art. 73 WRV gefunden werden, mit dem das Referendum und die Initiative (VB/VE) zugelassen wurden.¹¹ Nach dem Zusammenbruch des Faschismus wurden in Baden, Bayern, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und West-Berlin ebenso wie in den Ländern der damaligen Ostzone mit der parlamentarischen Demokratie auch die plebiszitären Rechte wieder restituiert. Diese neuen Landesverfassungen waren — Otmar Jung zufolge — nicht etwa landesrechtliche Besonderheiten, sondern eine wohlbedachte Reaktion auf die »Reichserfahrungen« und gerade deshalb »zugleich als Ordnungsmodelle des künftigen Gesamtstaates« gedacht.¹² Auch der Entwurf für ein Grundgesetz, der von der SPD am 2. September 1948 als ihr Positionspapier in die Grundgesetzberatungen des Parlamentarischen Rates eingebracht wurde, sieht den Volksentscheid auf allen Gebieten vor, die in den Zuständigkeitsbereich der Gesetzgebenden Versammlung fallen; er »ist herbeizuführen, wenn das Begehren von einem Zehntel der Wahlberechtigten gestellt wird«. Zu den Durchführungsbedingungen wurde ausgeführt:

»Dem Volksbegehren muß ein ausgearbeiteter und mit Gründen versehener Gesetzentwurf zugrunde liegen. Über Finanzfragen, Abgabengesetze und Besoldungsordnungen ist ein Volksbegehren nicht zulässig. (...) Die Abstimmung bei dem Volksbegehren kann nur bejahend oder verneinend sein. Es entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.«¹³

Da auszuschließen ist, daß der SPD die »Weimarer Erfahrungen« bis zu diesem Zeitpunkt noch unbekannt waren, muß man wohl annehmen, daß sie bis dahin anders gedeutet wurden.

3. Die Begründung der antiplebiszitären Wende des Parlamentarischen Rates mit »Weimarer Erfahrungen« ist eine Vortäuschung. Die Gründe für diese Wende sind im politisch-gesellschaftlichen Kontext des Rates selbst zu finden.

Die Argumentation zum »Erfahrungs«-Topos stützt sich u.a. auf den Sachverhalt, daß keines der in der Weimarer Republik angestrebten Volksbegehren zum Erfolg geführt hat. Entgegen diesem ersten Anschein einer kompletten Mißerfolgsgeschichte bleibt jedoch die Frage, warum das in der zeitgenössischen Diskussion der SPD ganz anders wahrgenommen wurde. Zwar gab es seitens der SPD Kritik an Verfahrensmängeln, aber die Abstimmungen als verfassungsrechtliche Institution waren niemals als grundsätzlich problematisch gewertet worden. Selbst das von »Stahlhelm«, DNVP und NSDAP initiierte Volksbegehren zum »Young-Plan« (1929) wurde von der SPD damals als Erfolg betrachtet — nämlich als »eine klare Absage an die Katastrophenpolitik des Nationalsozialismus«.¹⁴ Wie bereits angedeutet, wurde das zeitgenössische Urteil der SPD über die Weimarer Plebiszit-Erfahrungen auch nach dem Zusammenbruch von Republik und Faschismus nicht als »Fehlurteil« verworfen. Eine solche Umdeutung

vollzog sich erst im Verborgenen hinter den Kulissen des Parlamentarischen Rates und der vorklärenden Konferenzen.

Aus den inzwischen zugänglichen Protokollen ist ersichtlich, daß zwei Befürchtungen für die Entscheidung über plebiszitäre Verfassungselemente vermutlich ausschlaggebend waren: Bei einer Abstimmung über das Grundgesetz, wie sie von den Besatzungsmächten gefordert wurde, würde der neue Teilstaat seinen Charakter als »Provisorium« einbüßen, und außerdem war fraglich, ob die Bevölkerung der Spaltung Deutschlands überhaupt zustimmen würde. Die verfassungsmäßige Gewährung des Rechts auf VB und VE bei gleichzeitigem Verbot einer Abstimmung über die Verfassung selbst wäre jedoch ein zu leicht durchschaubares Manöver gewesen. In der Konferenz der Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder vom 21./22. Juli 1948, in der eine gemeinsame Position für Verhandlungen mit den Militärgouverneuren vereinbart werden sollte, wurde das Problem auch unverblümt angesprochen:¹⁵

Hermann *Lüdemann*, Ministerpräsident von Schleswig-Holstein (SPD):

»Es ist doch so, daß, wenn wir uns einem Volksentscheid unterwerfen, die Kommunisten dann sagen: Wenn wir zu Gunsten der deutschen Einheit einen Volksentscheid durchführen wollen, dann stellen die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu dem Volksentscheid die Frage der Zerreißung Deutschlands. Eine solche darauf basierende Agitation wäre für uns unerträglich ...« (S. 205)

Christian *Stock*, Ministerpräsident von Hessen (SPD):

»Von den Generälen wird aber gesagt werden: Wenn Sie der Auffassung sind, daß ein großer Prozentsatz des Volkes dagegen ist, dann hat die ganze Geschichte keinen Sinn. (...) Wenn wir Grund zu der Annahme geben, wir seien deswegen gegen ein Referendum, weil wir die Volksmeinung nicht haben wollen, dann kommen wir überhaupt nicht durch. Wenn Sie das Referendum herausgelassen haben wollen, dann müssen Sie den ablehnenden Standpunkt anders begründen, nämlich mit der Kürze der Zeit und mit der Wichtigkeit usw.« (S. 227)

In der Schlußkonferenz der Ministerpräsidenten mit den Militärgouverneuren am 26. Juli 1948 erläuterte der Hamburger Bürgermeister Max Brauer (SPD) die Ablehnung des Referendums mit dem Hinweis:

»Sie entsinnen sich alle der Kampagne mit dem Volksbegehren in der Ostzone. Wir haben uns gegen das Volksbegehren und seine Ausdehnung in den Westzonen gewehrt. Mit dem Referendum gäben wir nun den Kommunisten das Volksbegehren, das sie damals haben wollten. Von uns ist das eine Frage der psychologischen Taktik.« (S. 277)

Diese Auffassung hat sich offensichtlich auch in den Beratungen des Parlamentarischen Rates durchgesetzt — dort allerdings mit anderen Argumenten. Fortan galt als zweifelsfrei: Die plebiszitäre Demokratisierung ist in der Weimarer Republik endgültig gescheitert; Volksbegehren und Volksentscheid sind »in der Zeit der Vermassung und Entwurzelung in der großräumigen Demokratie die Prämie für jeden Demagogen«.¹⁶ Erstaunlich ist allerdings, daß an dieser Legende in der SPD auch heute noch beinahe diskussionslos festgehalten wird.

Diese Legende rechtfertigt eine Entscheidung, mit der die Bundesrepublik aus dem »mainstream« der westeuropäischen Demokratieentwicklung im Hinblick auf plebiszitäre Beteiligungsformen ausgestiegen ist. Derzeit sind in fast allen westeuropäischen Ländern Formen direkter Demokratie üblich oder zumindest möglich:

»In den letzten zehn Jahren wurde in Italien und Irland über die zivilrechtliche Ehescheidung durch Volksentscheid befunden; über das Atomprogramm entschieden Schweden und Österreicher in Volksabstimmungen; Norweger und Dänen gaben auf die nämliche Weise Antwort auf Grundfragen der EG-Zugehörigkeit. Frankreich führte die 'regionalisation' per Referendum ein; in Spanien stimmte das Volk über den Verbleib des Landes in der NATO ab. Auch England ... entschied sich 1975 per Volksentscheid für die weitere Mitgliedschaft in der Europäischen Gemeinschaft. (...) Alle diese Länder des westlich-demokratischen Typus praktizieren neben dem parlamentarischen Regelbetrieb selbstverständlich Formen unmittelbarer Demokratie, und dies mit steigender Frequenz.«¹⁷

Ohne die mit dem Grundsatzprogramm angestrebte Demokratiereform würde die Bundesrepublik in einem vereinten Europa demokratiepolitisch also zweifellos in eine Sonderrolle gedrängt werden.

4. Für die befürchteten *disfunktionalen* Wirkungen von VB und VE gibt es im internationalen Vergleich Beispiele, aber wenig Bestätigung im Sinne einer Regel. Dagegen wurden die erhofften *funktionalen* Wirkungen zumindest als eindeutige *Tendenzen* festgestellt. »Unter dem Aspekt ihrer *inhaltlichen Ergebnisse*« schwankt das Funktionsurteil über Volksabstimmungen »mit der jeweiligen Einstellung zum Inhalt«, so daß es »schwerlich einen 'Richter' geben kann, der sie alle ohne Ausnahme loben, schwerlich einen andern, der sie alle tadeln« kann.¹⁸ Hier verhält es sich mit Abstimmungen nicht anders als mit Wahlen. Im übrigen fand Troitzsch in der wohl umfassendsten Vergleichsstudie, daß VB und VE *in der Regel* den Konsens zwischen den Regierenden und Regierten erhöhen, die Kooperations- und Kompromißbereitschaft zwischen den Parteien fördern, knappe parlamentarische Mehrheiten stabilisieren und die Transparenz des politischen Systems verbessern.¹⁹ Daß die Qualität und Rationalität einer Entscheidung unter dem Druck der Ja-Nein-Alternative bei Volksabstimmungen leide, dürfte ebenfalls eine Legende sein. Dem Einwand liegt der Irrtum zugrunde, der einzelne Stimmberechtigte müsse bei der Abstimmung ein sachtechnisches Urteil abgeben. Das ist aber selbst bei Parlamentsbeschlüssen für die Mehrheit der Abgeordneten nicht mehr der Fall. In der Realität werden auch im Bundestag Beschlussvorlagen von Expertengruppen ausgearbeitet und von Experten kritisch diskutiert; der Rest stimmt nach Plausibilität, Loyalität, Vertrauen in den »Expertenverstand« oder Fraktionszwang ab — und zwar mit Ja oder Nein. Dieses Verfahren wiederholt sich bei VB und VE nur auf breiterer Basis. Auch bei Volksinitiativen arbeiten Expertengruppen abstimmungsreife Gesetzentwürfe aus, die schon im Status nascendi der Kritik von »Gegenexperten« ausgesetzt sind. Gegenstand der Abstimmung ist dann aber nicht mehr ein Sachverhalt, sondern das Urteil von Experten über den Sachverhalt. Diese Entscheidung erfolgt nach Interesse und Plausibilität. Wer aber könnte das Interesse der Bevölkerungsmehrheit besser definieren als diese selbst?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Badstüber/Thomas: Entstehung und Entwicklung der BRD 1945-1955, Köln 1979, S. 311; Otto, K.A.: Der Widerstand gegen die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. In: R. Steinweg (Hrsg.): Unsere Bundeswehr?, Frankfurt/M. 1981, S. 72ff.; Rupp, H.K.: Außerparlamentarische Opposition in der Ära Adenauer, Köln 1980, S. 89, 149.

- 2 Vgl. Jung, Otmar: Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1989.
- 3 PZ, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Nr. 57, Bonn, Juni 1989, S. 6.
- 4 So Bundesverfassungsrichter Helmut Simon und der Richter am Bundesgerichtshof, Heinz Recken; s. *Frankfurter Rundschau*, 6.6.1983, S. 1.
- 5 Momper, Walter: Plebiszitäre Elemente in neues SPD-Grundsatzprogramm aufnehmen. In: Sozialdemokratischer Pressedienst, 2.1.1989, S. 4.
- 6 Vgl. u.a. Ehmke, Horst: Eine alte Frage neu gestellt. In: Die Neue Gesellschaft, Nr. 3/1988, S. 247ff.; Penner, Winfried/Scheer, Hermann: Die direkte Demokratie gefährdet Minderheiten. In: *Vorwärts*, 12.9.1987, S. 16f.; Scheer, Hermann: Mittendrin, Köln 1982, S. 192ff.; Renger, Annemarie: Heimliche Sehnsüchte. In: *Frankfurter Rundschau*, 25.1.1989, S. 14.
- 7 Weber, Max: Parlamentarismus und Demokratie (Mai 1918). In: ders., *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1980, S. 857ff.
- 8 Sörgel, Werner: Konsensus und Interessen, Stuttgart 1969, S. 265, 288.
- 9 Kautsky, Karl: Der Entwurf des neuen Parteiprogramms, IV. In: *Die Neue Zeit*, 9. Jg. Bd. 2, 1891, S. 816.
- 10 Ebd., S. 817.
- 11 Schiffers, Reinhard: Elemente direkter Demokratie im Weimarer Regierungssystem, Düsseldorf 1971, S. 51, 131.
- 12 Jung, Otmar: Volksgesetzgebung in Deutschland. In: *Leviathan*, 15. Jg. (1987), S. 243.
- 13 Sörgel a.a.O., S. 288.
- 14 Jahrbuch der SPD für 1929, Berlin 1930, S. 39.
- 15 Wagner, J.V.: Der Parlamentarische Rat 1948-1949. Akten und Protokolle, Bd. 1, Boppard a.Rh. 1975 — Die folgenden Seitenangaben beziehen sich hierauf.
- 16 Heuss, Theodor, zit. n. H.M. Lang: Tradition und Gegenwart im Schatten von Weimar. In: *Das Parlament*, Nr. 18, 28.4.1989, S. 14.
- 17 Jung, a.a.O., S. 242.
- 18 Neidhart, L.: Plebiszit und pluralitäre Demokratie, Bern 1970, S. 9.
- 19 Troitzsch, K.G.: Volksbegehren und Volksentscheid, Meisenheim am Glan 1979, insbes. S.115ff.

Hans Willi Weizen

Deutschland — Fehlanzeige?

Über eine Schwäche des Grundsatzprogrammentwurfes

Schon der Irseer Entwurf für ein neues sozialdemokratisches Grundsatzprogramm, den die erste Programmkommission unter der Leitung von Willy Brandt im Juni 1986 vorlegte, war deutschlandpolitisch nicht gerade überwältigend geraten.¹ Darin wurde zutreffend festgestellt, daß Westintegration und Wiederbewaffnung nicht zur Einheit Deutschlands geführt hatten, sondern vielmehr die Teilung Deutschlands weiter vertieften. Der Irseer Entwurf nahm auch von der Illusion Abschied, daß eine staatliche Einheit Deutschlands möglich sei, während sich gleichzeitig gegensätzliche Bündnisse gegenüberstehen. Zugleich wurde aber die Frage der Nation für nicht erledigt erklärt. Die Selbstbestimmung der Deutschen und eine Zusammenarbeit beider deutscher Staaten wurde gefordert und eine militärische Neutralität der beiden deutschen Staaten ausdrücklich ausgeschlossen. Der Irseer Entwurf beschrieb realistisch die Situation,

wie sie besteht, nachdem in der Ära Adenauer die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und in der Ära Brandt die erste Phase der Entspannung durchgesetzt worden sind. Eine Perspektive für die zweite Phase der Entspannung bot der Irseer Entwurf leider nicht an.

Im neuen Entwurf, den die zweite Programmkommission unter dem Vorsitz von Hans Jochen Vogel und der Geschäftsführung von Oskar Lafontaine im März 1989 vorstellte, finden sich immerhin drei von vierhundertdreißig Abschnitten, die mit der Überschrift »Deutschland« versehen sind. War die neue Deutschlandpolitik in den frühen siebziger Jahren das beherrschende Thema der sozialdemokratischen Diskussion, so scheint es in den späten achtziger Jahren randständig geworden zu sein. Es fällt denn auch schwer, unter den Mitgliedern der zweiten Programmkommission einen engagierten Deutschlandpolitiker ausfindig zu machen. Selbstverständlich — ist man versucht zu sagen — hat es auch weder ein deutschlandpolitisches Werkstattgespräch noch eine deutschlandpolitische Forumsveranstaltung im Rahmen der Arbeit am neuen Entwurf gegeben. Konsequenterweise findet sich im volle fünf Seiten umfassenden Stichwortverzeichnis zwar der Schlüsselbegriff »dezentrale Einkaufsmöglichkeiten«, nicht jedoch der Begriff Deutschland.² Auch die innersozialdemokratische Kritik wußte manchmal zur deutschlandpolitischen Komponente des Entwurfes nichts beizutragen.³

Nachbesserungen sind notwendig

Eine Vernachlässigung der deutschlandpolitischen Komponente im zukünftigen Bremer Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie wäre aus mehr als nur einem Grund ein politisch schwerwiegender Fehler. Zum einen würde ohne Not dazu beigetragen, daß das historische Verdienst der deutschen Sozialdemokratie, die erste Phase der Entspannung gegen erbitterten Widerstand aus der Union auch in Deutschland durchzusetzen, in Vergessenheit gerät. Zum anderen würde sich das sozialdemokratische Grundsatzprogramm dann in eigenartiger Weise von dem der konkurrierenden Parteien unterscheiden, die sich in der Regel sehr ausführlich mit der Deutschlandpolitik beschäftigen. Schließlich würde sich die deutsche Sozialdemokratie ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, zu dem sich mit den sogenannten Republikanern am rechten Rand des politischen Spektrums mittelfristig eine nationalistische Instrumentalisierung des Themas abzeichnet, deutschlandpolitisch unbegründet schwach zeigen. Aus all diesen Gründen ist es unverzichtbar, die in der Partei durchaus vorhandenen zukunftsweisenden deutschlandpolitischen Überlegungen stärker als im derzeitigen Entwurf geschehen in das neue Bremer Grundsatzprogramm eingehen zu lassen. Eine gute Grundlage bietet dafür der erste deutschlandpolitische Absatz des Entwurfs. »Von deutschem Boden muß Frieden ausgehen. Wir wollen die Verantwortungsgemeinschaft der Deutschen mit Leben erfüllen, die gemeinsamen Interessen beider deutscher Staaten an Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit geltend machen.«⁴ Dies paßt sicher wörtlich auch ins endgültige Bremer Grundsatzprogramm. Der folgende Absatz hingegen läßt eine Reihe von Wünschen offen und sollte in mehrfacher Hinsicht zumindest

ergänzt werden. »Die Deutschen haben wie alle Völker ein Recht auf Selbstbestimmung. Die Frage der Nation hat sich nicht erledigt, aber sie ist den Erfordernissen des Friedens untergeordnet. Es muß offen bleiben, ob und wie die Deutschen in beiden Staaten in einer europäischen Friedensordnung zu institutioneller Gemeinschaft finden. Die historischen Erfahrungen der Deutschen und ihre Entscheidung für ein gemeinsames Europa verbieten einen deutschen Sonderweg.« Hier fehlt zunächst jeder Hinweis auf den Zusammenhang von Blockintegration und Teilung Deutschlands. Ferner wird mit keinem Wort erwähnt, daß die deutsche Sozialdemokratie mit ihrer Entspannungspolitik die Folgen der Teilung für viele Menschen erträglicher gemacht und die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland um eine vernünftige Ostpolitik ergänzt hat, in der weder Alleinvertretungsillusion noch Hallsteindoktrin mehr einen Platz haben. Es fehlt auch der Verweis auf die dauerhafte Zweistaatlichkeit. Schließlich sollte gerade nach den Verträgen von Moskau, Warschau und Prag und angesichts periodischer deutschnationaler Einlassungen eine Aussage eingefügt werden, daß es nicht darum gehen kann, Grenzen einmal mehr in diesem Jahrhundert zu verschieben, sondern sie durchlässiger zu machen. Vielleicht könnte eine Reflektion der Erfahrungen der Nachbarnationen mit Bismarcks in drei Reichseinigungskriegen durchgesetztem und bald gescheitertem Versuch einer kleindeutschen staatlichen Einheit die Einsicht fördern, daß der Nationalstaat des 19. Jahrhundert nicht unbedingt auch noch für das 21. Jahrhundert zu empfehlen ist. Auch der Verdacht könnte dann aufkommen, daß gegen den Willen der Nachbarstaaten schon gar keine erneute kleindeutsche staatliche Einheit möglich ist. Schließlich sollte die bestehende Teilung als Chance gekennzeichnet werden. Welches andere Volk hat die Möglichkeit, in beiden Blöcken, vertreten durch zwei Staaten, die sich in ihrem jeweiligen Block mittlerweile wirtschaftlich, politisch und konventionell militärisch zum Juniorpartner entwickelt haben, sich mit solchem Gewicht für Abrüstung, Entspannung und Zusammenarbeit über die Blockgrenze hinweg einzubringen. Diese deutsch-deutsche Option müßte akzentuiert werden. Eine Aussage zur ökonomischen Kooperation wie auch zum Streit der Ideologien sollte im Abschnitt Deutschland ebenfalls nicht fehlen.

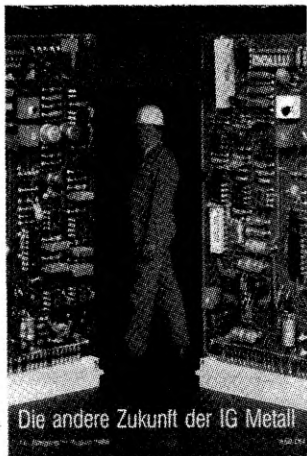
Wenig befriedigend ist die Erwähnung, die Berlin im Entwurf findet. »Keine Stadt leidet wie Berlin an der Spaltung Europas. Bedeutung und Chancen Berlins werden in dem Maße wachsen, wie sich die Europäer über Blockgrenzen hinweg begegnen und verständigen.« Berlin leidet nicht nur. In Berlin ist bewiesen worden, daß es möglich ist, in Übereinkünften mit der anderen Seite Schritt für Schritt Grenzen — selbst die Mauer — in beiden Richtungen durchlässiger zu machen. Insofern ist der sinnvolle Hinweis auf die Chancen, die für Berlin zukünftig in der Interfunktion noch liegen, angebracht. Vielleicht wäre auch eine Aussage zu Berlin (West) — Stichworte Reichshauptstadthälfte im Wartestand, selbständige politische Einheit oder elftes Bundesland — möglich. Zumindest die Bindungen an den Bund und die alliierte Präsenz sollten in geeigneter Weise thematisiert werden. Eine Aussage zu Berlin (Ost) — Stichwort funktionale Hauptstadt — wäre auch nicht schlecht. Zumindest eine Diskussion aus Anlaß des Entwurfs wäre auf dem Weg zum Bremer Grundsatzprogramm sinnvoll. Vielleicht gelingt es der Berliner Sozialdemokratie, an ihre vor dem Nürnberger Parteitag

geführte Diskussion anzuknüpfen und Vorschläge für eine adäquatere Behandlung Deutschlands und Berlins im Bremer Grundsatzprogramm der deutschen Sozialdemokratie zu erarbeiten.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Hans Willi Weizen, Die zweite Phase der Entspannung — ohne Programm? In: D. Albers und K. Neumann (Hrsg.), Über Irsee hinaus! Zur Kritik am Programmentwurf der SPD. Berlin (West) 1987, S.34ff.
- 2 Vorstand der SPD, Sekretariat der Programmkommission (Hrsg.), Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf März 1989, Bonn (1989), S. 59ff.
- 3 Vgl. D. Albers u.a. (Hrsg.), Sozialismus der Zukunft. Grundlagen für das neue Programm der SPD, Berlin (West) 1988.
- 4 Vorstand der SPD, Sekretariat der Programmkommission (Hrsg.), a.a.O., S. 17f.

spw — Die Zeitschrift linker Sozialdemokraten



Die andere Zukunft der IG Metall

Klaus-Peter Wolf: Die Zukunftsdiskussion der IG Metall

Dunkhorst/Klever/Klitzke: Demokratische Gestaltung von Arbeit und Technik

Walter Riemer: Strukturwandel und Qualifizierung

Heide Pfarr: Chancen und Gefahren für solidarische Tarifpolitik

Klaus Lang: Das »Wie« und »Was« der Produktion beeinflussen

Wieland Elferding: Zur 19. Parteikonferenz der KPdSU

Uwe Hirschfeld: Zum Nutzen von Gramscis Intellektuellen-Theorie für politische Bildung

Berichte aus SPD-Bezirken: Hamburg, Hessen-Süd und Ostwestfalen-Lippe

Einzelpreis: 9,50/9,- sfr/70,- ÖS / Jahresabonnement (6 Hefte à 96 Seiten) 1988: 45,- DM zzgl. Versand

Bestellungen: spw-Vertrieb · Graefestraße 71 in D-1000 Berlin (West) 61 · Telefon 030/694 49 42

Europa

Claus Thomasberger

Der ungerechtfertigte Preis vermeintlicher Harmonie

Das Dilemma des Europäischen Währungssystems (EWS) aus italienischer Sicht

1. Einleitung

Italien gilt innerhalb der Europäischen Gemeinschaft als typisches »Schwachwährungsland«. Hohe Inflationsraten, ein staatliches Defizit, das außer Kontrolle zu geraten scheint, anhaltende Leistungsbilanzdefizite und eine Lira, deren Wert in absehbarer Zukunft auf ein Tausendstel gegenüber der DM reduziert sein wird, erscheinen nur als die sichtbarsten Ausdrücke der grundlegenden Schwäche der italienischen Wirtschaft. Gleichzeitig gehört Italien zu den Ländern, die sich mit Nachdruck für eine Währungsharmonisierung in Europa stark machen. Es mag zunächst überraschen, daß eine Nation, für die die Gefahren, die von einer Marktliberalisierung für die eigene Wirtschaft und Währung ausgehen, nicht unbeträchtlich sind, die Herstellung eines europäischen Binnenmarktes bisher aktiv verfolgt hat.

Die Schwierigkeiten, die eine Öffnung der Grenzen in Europa für die italienische Wirtschaft mit sich bringen würde, sind offensichtlich. Um nur einige Punkte zu benennen: Italien ist noch immer auf Devisenverkehrskontrollen angewiesen, um der Gefahr einer sich wieder beschleunigenden Kapitalflucht entgegenzutreten, auf Importkontrollen in Schlüsselsektoren der Wirtschaft (z.B. Automobilsektor gegenüber Japan) und auf umfangreiche staatliche Subventionsprogramme, um die produktiven Strukturen zu modernisieren.

Dennoch findet die Idee des Europäischen Binnenmarktes in der italienischen Politik — nicht nur innerhalb der Regierungsparteien — breite Unterstützung. Es dominierte bisher die Überzeugung, die Realisierung des Binnenmarktes stelle eine große Chance dar, um den Anschluß an den nord- und mitteleuropäischen Standard zu erreichen. In den letzten Jahren hat die italienische Wirtschaft eine beträchtliche Dynamik (und in einzelnen Sektoren sehenswerte Exporterfolge: z.B. Mode, Schuhe, Möbel, Design) erzielt, die das Selbstbewußtsein und das Vertrauen in die Expansionskraft deutlich gestärkt hat. Die Hoffnungen gründen sich einerseits auf die Perspektive einiger Unternehmen, einen direkteren Zugang zu den umfangreichen Märkten nördlich der Alpen zu erhalten.¹ Andererseits stützen sich die Erwartungen an den Binnenmarkt natürlich auf die Hoffnungen der italienischen Hochfinanz, wie die Unterschriften von G. Agnelli, C. De Benedetti, R. Gardini, R. Prodi und F. Reviglio unter das »Manifesto

per una Moneta Unica Europea« zeigen, das eigene Aktionsfeld auf internationalem Gebiet ausdehnen zu können und die Finanztransaktionen endlich der staatlichen Kontrolle zu entziehen (ca. 90 % der italienischen Banken sind immer noch in staatlicher Hand).

Auf seiten einer Minderheit — wie z.B. der Theoretiker A. Graziani oder R. Parboni, auf die wir zurückkommen werden — dominiert demgegenüber eine weit differenziertere (und skeptischere) Einschätzung: Das Europäische Währungssystem in seiner bisherigen Form habe eher dazu beigetragen, die Gegensätze von Schwachwährungsändern und Ländern mit starker Währung zu vertiefen, die Abhängigkeit der italienischen Wirtschaft vom Stabilitätskurs der Bundesrepublik zu verstärken und den Spielraum für eine expansive wachstums- und beschäftigungsorientierte Politik einzuschränken. Es scheint aus diesem Blickwinkel, als habe das EWS in seiner bisherigen Form zuallererst den bundesdeutschen Interessen gedient.

Welche Perspektiven eröffnet die geplante Herstellung des europäischen Binnenmarktes Ende 1992 für ein Schwachwährungsland wie Italien? In der Bundesrepublik sind wir gewohnt, die Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik aus der Sichtweise einer starken DM zu thematisieren. Im folgenden soll es darum gehen, die Funktionsweise des EWS und die geplante Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte aus der Sicht Italiens zu analysieren. Es wird sich zeigen, daß sich einige Probleme aus dieser Perspektive in ganz anderen Termini stellen.

Drei Fragestellungen sollen den Leitfaden der folgenden Reflexionen darstellen. In den meisten aktuellen Diskussionsbeiträgen wird das Europäische Währungssystem ausschließlich als erste Stufe einer europäischen Währungsunion betrachtet. Die Berechtigung einer solchen Betrachtung soll nicht bestritten werden. Aber sie ist keineswegs selbstverständlich und führt eher dazu, die Konflikte und Widersprüche der wirtschafts- und währungspolitischen Harmonisierung in Europa unter den Teppich zu kehren: Das EWS in seiner derzeitigen Form ist aus einer spezifischen wirtschaftspolitischen Konstellation heraus geboren worden, und seine Funktionsweise ist bis heute in hohem Maße durch diesen Entstehungsprozeß geprägt. Zweitens ist die Frage aufzuwerfen, ob es überhaupt gerechtfertigt ist, in eindimensionaler Weise von einer Tendenz der Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa zu sprechen. Zumindest unter einigen wesentlichen Aspekten — innereuropäische Leistungsbilanzen, staatliche Verschuldung — müssen wir umgekehrt einen Prozeß der Vertiefung der Gegensätze auf währungspolitischem Gebiet beobachten. Wenn es aber richtig ist, daß das EWS in seiner bisherigen Form — zumindest z.T. — zu einer Polarisierung beiträgt, so haben wir uns drittens mit der Frage auseinanderzusetzen, ob eine einfache Öffnung der Märkte wirklich eine Strategie darstellt, die — wie von liberaler Seite immer wieder beteuert — die Harmonisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik in Europa fördert oder ob sie nicht umgekehrt die Wirtschafts- und Währungsintegration gefährden könnte?

2. Schwach- und Starkwährungsländer

Wenn Italien als ein typisches Schwachwährungsland bezeichnet wird, dann soll dieser Begriff im weiteren in einem spezifischen Sinn verwendet werden. Es wird sich für die weitere Analyse als hilfreich erweisen, den Begriff in einer auf die wirtschaftspolitische Konstellation der siebziger bzw. achtziger Jahre in Europa bezogenen Bedeutung zu verwenden.

Die sich beschleunigende Inflation (einschließlich der entsprechenden Politik der Inflationsbekämpfung), die Wirtschaftskrisen 1974/75 und 1981 und weltwirtschaftliche Unsicherheit, die durch den Zusammenbruch des Systems von Bretton Woods und die übermäßigen Schwankungen der Rohstoffpreise (sog. Ölkrise) ausgelöst wurde, zeichnen diese Periode aus. Diese Faktoren bilden den Hintergrund einer wirtschaftspolitischen Konstellation, die ich als Konstellation der Stabilisierung (Thomasberger 1988) bezeichnen möchte. Charakteristisch für diese war nicht die Stabilität, sondern umgekehrt ein wachsender Konflikt von Wirtschafts- und Währungsraum, von Globalisierung der Märkte und Nationalisierung der Wirtschafts- und Währungspolitik (Thomasberger 1987, Kap. 16) und ein Vakuum im institutionellen Raum (insb. auf internationaler Ebene): Es war gerade das Fehlen stabiler ökonomischer Verhältnisse, wodurch die Stabilisierung zur primären Orientierungslinie der Wirtschaftspolitik wurde.

Kennzeichnend für diese Konstellation in Europa ist darüber hinaus eine spezifische Beziehung bzw. Wechselwirkung zwischen der Wirtschaftspolitik der Schwachwährungsländer (SCHWAL) und der der Länder mit starken Währungen (STAL). Besonders deutlich wurde diese polarische Beziehung gegen Ende der siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre, als das EWS institutionalisiert wurde. Das folgende Schaubild verdeutlicht in schematischer Form die Beziehung zwischen den STAL (z.B. die Bundesrepublik) und den SCHWAL (z.B. Italien) in dieser Phase.

	SCHWAL	STAL
Problemdefinition	Inflation, Kapitalflucht, Abwertungsspirale	Arbeitslosigkeit, Stagflation, drohende Leistungsbilanzdefizite
Politische Strategie	Aufwertung und Kontrolle der Kapitalbewegungen	Abwertung
institutionelle Regelung	Anbindung der nominellen Wechselkurse: EWS	EWS
Wirkungen des EWS	Stabilisierung der Kaufkraft des Geldes	Leistungsbilanzüberschüsse
Resultat	DM als »Anker«	»Austausch« von Beschäftigung gegen monetäre Stabilität

Die spezifische wirtschaftspolitische Konstellation, die Ende der siebziger Jahre in Westeuropa zu konstatieren war, ist durch eine eigentümliche polarische Struktur gekennzeichnet.² In einigen Ländern Europas — und Italien zählte ohne Zweifel zu diesen — waren die Inflation und die Beschleunigung derselben auf Grund einer be-

ginnenden Inflations-Kapitalflucht-Abwertungsspirale zu einem ernstem Problem geworden, auf das eine wirtschaftspolitische Antwort gefunden werden mußte. In anderen Ländern — vor allen Dingen der Bundesrepublik —, die durch stabilere Währungsverhältnisse gekennzeichnet waren, stellte sich das Problem genau umgekehrt: Der Kapitalzufluß führte zu einer Aufwertung, was erstens die Leistungsbilanz in die roten Zahlen rutschen ließ, außerdem stagflationäre Tendenzen und wachsende Arbeitslosigkeit beförderte.

Auf wirtschaftspolitischer Ebene mußten angemessene Antworten gefunden werden. In Italien setzte sich eine außenwirtschaftsorientierte Stabilisierungspolitik (Thomasberger 1989) durch, was implizierte, der drohenden Inflations-Kapitalflucht-Abwertungsspirale durch eine Kopplung der Lira an die D-Mark entgegenzuwirken, in der Bundesrepublik eine Restriktions- und Abwertungsstrategie. Mit einer Stabilisierung der nominellen Wechselkurse war beiden Seiten gedient: Die Konstruktion des EWS in Form eines Wechselkursverbundes und der Beitritt Italiens (wobei Kapitalverkehrskontrollen von seiten Italiens und die größere Schwankungsbreite des Lirawechselkurses auch von der Bundesrepublik akzeptiert wurden) waren zunächst nichts anderes als die Institutionalisierung der wechselseitigen Anerkennung dieser wirtschaftspolitischen Strategien.

Betrachten wir rückschauend das zehnjährige Bestehen des EWS, so erscheint es durchaus erfolgreich: Es ist den Schwachwährungsländern genauso gelungen, das Preisniveau zu stabilisieren (die italienische Inflationsrate ist von über 21 % 1980 auf ca. 5 % in den Jahren 1987 und 1988 zurückgegangen), wie die Bundesrepublik das Leistungsbilanzdefizit in einen in seiner Geschichte einmaligen Überschuß transformieren konnte. Aber vielleicht ist ein Resümee, das nur Inflationsrate und die bundesdeutsche Leistungsbilanz in Betracht zieht, doch etwas zu blauäugig: die Gegensätze sind trotz der sichtbaren Angleichung der Inflationsraten nicht unbedingt geringer geworden. Ihr Charakter hat sich verändert: An die Stelle der Inflationsdifferenziale sind die Leistungsbilanz- und Verschuldungsdifferenziale getreten.

3. Italien und das EWS

Nicht nur der Beitritt zum EWS, sondern auch der ab 1981 zu notierende zunehmende Verzicht auf die Kaufkraftparitäten stabilisierende Wechselkursänderungen hat sich für Italien als ein durchaus konsequenter Schritt im Rahmen der gewählten Strategie der außenwirtschaftsorientierten Inflationsbekämpfung erwiesen. Die Einbindung der Lira in ein System fester Wechselkurse, in der eine Währung mit wesentlich geringeren Inflationsraten, die DM, dominierte, implizierte — und das ist der erste Punkt — die Inkaufnahme einer tendenziellen Aufwertung der Lira. Oder anders formuliert: Die italienische Wirtschafts- und Währungspolitik war bereit, bestehende Inflationsdifferenzen ausgleichende Kursanpassungen mit immer größerer Verspätung durchzuführen, was eine Aufwertung der Lira und eine Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit der italienischen gegenüber der bundesdeutschen Wirtschaft bedeutete.

Während die Außenwirtschaftsbeziehungen zwischen Italien und der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre überwiegend einen Überschub auf der italienischen Seite zeigten, so haben sie sich in den achtziger Jahren eindeutig zugunsten der Bundesrepublik verschoben (Parboni 1985, S.131 u. 230). Ch. Wyplosz (1988, S.273) schätzt, daß die Konkurrenzfähigkeit Frankreichs gegenüber der Bundesrepublik (ausgedrückt als relative Entwicklung nationaler Preis- bzw. Kostenindizes) im Zeitraum 1978 bis 1987 um 5 bis 7 %, diejenige Italiens aber um 34 bis 42 % abgenommen hat. Italiens wachsende Leistungsbilanzdefizite gegenüber der Bundesrepublik sind ein eindeutiger Indikator für den währungspolitisch bedingten Verlust an Konkurrenzfähigkeit, den die italienische Wirtschaftspolitik bereit war, im Hinblick auf die Inflationsbekämpfung hinzunehmen. Italien »tauschte« insofern — so könnte man es vielleicht zusammenfassend formulieren — Beschäftigung gegen Preisstabilität aus. Es war bereit, im Hinblick auf die Stabilisierung der eigenen Währung Beschäftigungsverluste zugunsten der Bundesrepublik hinzunehmen.

Die Daten zeigen zweitens, daß es Italien bis in die zweite Hälfte der achtziger Jahre hinein gelungen ist, sich dadurch einen (begrenzten) wirtschaftspolitischen Spielraum aufrechtzuerhalten, daß es die Aufwertung des Dollar gegenüber der DM ausnutzte, um die Exporte in die USA deutlich zu stärken. Es gelang so, sich einer einseitig deflationären Politik zur Erzielung des für ein Schwachwährungsland unter den Bedingungen der dominierenden internationalen Finanzbeziehungen notwendigen Zahlungsbilanzausgleichs zu entziehen. Parboni geht so weit zu formulieren, daß in dieser Periode alleine die Aufwertung des Dollar das Verbleiben der »schwachen Währungen« im EWS ermöglicht hat (Parboni 1985, S.231).

In der Tat hatte sich der Anteil, den die Exporte in die USA ausmachten, im Jahr 1985 gegenüber dem Jahr 1980 fast verdoppelt und lag mit ca. 12 % nicht mehr allzu weit von dem Exportanteil in die Bundesrepublik (16 %) entfernt (Graziani 1987, S.7). Die italienische Wirtschaft hat sich unter dem EWS von einer Wirtschaft, die eng in den europäischen Markt integriert war, in Richtung einer Wirtschaft transformiert, die in wachsendem Maß auch auf entfernten Märkten präsent ist.

Drittens aber verweist das Faktum, daß die Stabilität des EWS nur dadurch gesichert werden konnte, daß es die Instabilität im Verhältnis zwischen USA und Europa ausnutzte, auf einen Konflikt innerhalb des EWS.

»Der Fehler des EWS besteht darin, daß es nicht die Ursachen der Schwäche einer Währung offenlegt: Z.B. kann ein Land wie Italien, das Rohstoffe von außerhalb Europas importiert, während es Fertigwaren auf die Märkte der Gemeinschaft exportiert, auf Grund der Stagnation der europäischen Nachfrage in Zahlungsbilanzschwierigkeiten kommen: In diesem Fall wäre die Lösung für die Schwäche der Lira in einer Ankurbelung der Wirtschaft der Gemeinschaft zu suchen. Anstelle dessen erfordert der Mechanismus des Europäischen Wirtschaftssystems die Anwendung deflationistischer Maßnahmen in Italien.« (Parboni 1985, S.119)

In der Tat ist das EWS durch eine eigentümliche Asymmetrie gekennzeichnet: Trotz seiner formalen Symmetrie verfügt das EWS über keine effizienten Mechanismen, um ein Land mit einer starken Währung zu einer expansiveren Wirtschaftspolitik zu veranlassen. Dagegen sind die Spielräume für Länder mit schwachen Währungen, sich dem

Zwang in Richtung einer restriktiven Ausrichtung der Politik zu entziehen, viel enger. Das EWS erscheint daher keineswegs als ideales Instrument der Inflationsbekämpfung. Das Übergewicht der restriktiven Politik resultiert in einer Verallgemeinerung stagnativer Tendenzen in Europa.

4. Leistungsbilanzen und hierarchische Beziehungen in Europa

Eines der zentralen Probleme der Schwachwährungsländer war und ist, daß sie auf Grund ihrer tendenziellen Außenbilanzdefizite finanziell abhängig sind.³ Das EWS trug aber nun dazu bei, daß sich lediglich die Bundesrepublik wirklich von den Restriktionen der Zahlungsbilanz freimachen konnte. Aus dieser Perspektive betrachtet, erscheint das EWS in einem ganz anderen Licht.

»Das EWS hat genau den deutschen Interessen gedient, die es mit den anderen europäischen Ländern konzipiert und unterstützt haben. Deutschland wollte sicher sein, daß seine direkten Partner keine konkurrierenden Abwertungen durchführten, um ihre Defizite gegenüber der Bundesrepublik, die zum großen Teil das Ergebnis der deflationistischen deutschen Politik waren, zu begrenzen oder zu eliminieren. (...) Die Existenz des EWS hat ganz Europa die deutsche Disziplin aufgezwungen: das einzige Land, das versucht hat, sich aufzulehnen, Frankreich in den ersten beiden Jahren unter Mitterrand, mußte sich schnell der stagnativen Ordnung unterordnen. Die Arbeitslosigkeit in ganz Europa ist auf nahezu 20 Mill. angewachsen. Offensichtlich konnte das EWS überleben, weil ein großer Teil der führenden Gruppen in den europäischen Ländern der deflationistischen Politik freundlich gegenüberstand ...« (Parboni 1985, S. 233)

Der übermächtige Einfluß der restriktiven Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik auf die der Partnerländer ist dabei weniger der absoluten Größe der bundesdeutschen Wirtschaft zuzuschreiben, auch wenn der bundesdeutsche Einfluß schon auf Grund des hohen Außenhandelsanteils bedeutend ist (ebd., S.122). Aber die hohe Außenhandelsverflechtung macht sie — und das ist ein wesentlicher Unterschied zur USA — von den Außenbeziehungen auch in weit höherem Maß abhängig. Signifikanter mag schon die konkrete Struktur der Wirtschaft und der Außenhandelsverflechtung erscheinen: Für eine große Zahl europäischer Länder, die mehr oder weniger unter dem ökonomischen Einfluß der Bundesrepublik stehen und die Parboni deshalb als »l'area economica germanica« bezeichnet (ebd., S.92), ist die Bundesrepublik als Abnehmerland für ihre Exporte von primärer Bedeutung. Die Bundesrepublik leitet umgekehrt nur etwa die Hälfte ihrer Exporte in Richtung dieser Länder, wobei keines der Länder (Frankreich ausgenommen), isoliert betrachtet, mehr als 5 bis 6 % ihrer Exporte aufnimmt. Es ist dies der Grund, warum für jedes andere Land die ökonomische Entwicklung in der Bundesrepublik zwar von herausragender Bedeutung ist, die westdeutsche Wirtschaft auf die Entwicklung in jedem einzelnen Land aber mit weit größerer Gleichgültigkeit reagieren kann.

Als entscheidend für den Aufbau und die Stabilisierung der Spitzenposition innerhalb der europäischen Hierarchie muß aber die Stabilität der DM angesehen werden. Eine solche Beziehung verweist aber auf eine eigentümliche Form umgekehrter Abhängigkeit. Wenn die dominierende Stellung der bundesdeutschen Wirtschaft in Europa weniger ein Ergebnis der »realen« ökonomischen (und/oder politischen) Über-

legenheit ist als der Rolle, die die DM innerhalb der internationalen Finanzbeziehungen einnimmt, dann erfordert dies von seiten der Bundesrepublik eine monetäre Politik, die auf die Erhaltung und Festigung seiner Schlüsselposition gerichtet ist.

Die Bundesrepublik ist das Land gewesen, dem es nach dem Zweiten Weltkrieg gelungen ist, fast durchweg (mit Ausnahme einiger weniger Episoden während der sechziger und einer kurzen Periode im Anschluß an die Spannungen Ende der siebziger Jahre) gelang, kräftige Exportüberschüsse zu realisieren (Herr/Westphal 1988). Die positive Leistungsbilanz mag aus bundesdeutscher Sicht als notwendig und legitim angesehen werden, um sowohl einen Teil der Exporte als auch der Direktinvestitionen zu finanzieren (Parboni 1985, S.105). Es sollte aber nicht übersehen werden, daß es gerade dieser Überschuß ist, der es der Bundesrepublik erlaubt, seinen ökonomischen Einfluß gegenüber den Schwachwährungsländern zu konsolidieren. Auch wenn unter einigen Aspekten vergleichbar (ebd., S.105), so darf nicht übersehen werden, daß die währungspolitisch führende Position der Bundesrepublik in Europa auf weit weniger sicheren Füßen steht als diejenige der USA innerhalb des Systems von Bretton Woods.

Das bedeutet aber, daß die wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik gegenüber den Schwachwährungsländern davon abhängt, daß sie eine überwiegend restriktive Politik verfolgt, die die Aufrechterhaltung der Leistungsbilanzüberschüsse sicherstellt. Der bundesdeutsche Einfluß und das Überwiegen der stagnativen Tendenzen in ganz Westeuropa scheinen sehr eng miteinander verbunden.

Wir stoßen dabei auf ein eigentümliches Paradox: Unter den Funktionsbedingungen des EWS, die die Anpassungslasten einseitig zuungunsten der Defizitländer verteilen, sind die monetär starken Nationen gerade diejenigen, deren Wirtschaft eine schwache Dynamik aufweist.⁴ Da ein überdurchschnittliches wirtschaftliches Wachstum in der Regel die Importe schneller steigen läßt als die Exporte, ist jedes Land, das eine expansivere Politik anstrebt, mit einer Verschlechterung der Leistungsbilanz konfrontiert. Im Gegensatz zu den Schwachwährungsländern verfügt die Bundesrepublik unter diesem Gesichtspunkt über einen relevanten, nicht ausgenutzten Spielraum für eine expansivere Politik. Und die Gründe, warum sie diesen nicht ausnutzt, scheinen weniger auf ökonomischer als auf politischer Ebene zu liegen: Die wirtschaftspolitisch führenden Kreise scheinen die währungspolitisch bedingte starke Position der Bundesrepublik nicht gefährden zu wollen.

Es ist dies einer der Gründe, warum die westeuropäischen Wirtschaften insgesamt in eine eher stagnative Phase eingetreten sind. Leistungsbilanzüberschüsse sind nicht nur das Resultat wechselkursbedingter Konkurrenzvorteile, sondern sie sind auch Ausdruck eines relativ schwächeren wirtschaftlichen Wachstums. Und die exportorientierte Stabilitätsorientierung (Thomasberger 1988) der bundesdeutschen monetären Politik zielt in beide Richtungen: Konkurrenzvorteile gegenüber den Schwachwährungsländern durch ungenügende Anpassung der Wechselkurse innerhalb des EWS; Beschränkung des internen Wachstums durch eine konsequent restriktive monetäre Politik.

Die Stagnation der Beschäftigung bei anhaltend hoher Arbeitslosigkeit in Europa, die Schere zwischen dem wirtschaftlichen Wachstum sowohl im pazifischen als auch

dem nordamerikanischen Raum auf der einen, Westeuropa auf der anderen Seite, sprechen eine deutliche Sprache. Natürlich gelingt es der Bundesrepublik, auf Grund ihrer Stellung und im Maß ihres Leistungsbilanzüberschusses, einen Teil der Arbeitslosigkeit in andere europäische Länder zu »exportieren«.⁵ Aber damit werden ihre europäischen Partner doppelt getroffen. Zur Dominanz eines restriktiven wirtschaftspolitischen Grundtons treten die Konsequenzen des bundesdeutschen Leistungsbilanzüberschusses im direkten Verhältnis zu den Schwachwährungsländern. Europa leidet nicht nur unter der Hegemonie der exportorientierten Stabilitätspolitik der Bundesrepublik, es leidet vor allen Dingen an der Schwäche der bundesdeutschen Hegemonie.

5. Staatliche Defizite und die Liberalisierung des Kapitalverkehrs

Es sind zwei Probleme, die die aktuelle wirtschaftspolitische Diskussion in Italien beherrschen: die Verschlechterung der Leistungsbilanz und das hohe staatliche Defizit. Beide Faktoren sind nicht unabhängig voneinander, und beide sind in gewisser Weise das Resultat des Erfolges der außenwirtschaftsorientierten Politik der Inflationsbekämpfung und der Funktionsweise des EWS.

Im Rahmen der außenwirtschaftsorientierten Stabilitätspolitik mußte die italienische Wirtschaftspolitik versuchen — trotz der Verschlechterung der Konkurrenzposition der Industrie gegenüber derjenigen der meisten europäischen Partnerländer —, das Leistungsbilanzsaldo möglichst gering zu halten. Soweit dies nicht möglich war — und es sollte sich als immer schwieriger erweisen, dieses Ziel alleine mit Mitteln der Kapitalverkehrskontrolle zu erreichen —, wurde von seiten der Geldpolitik versucht, die Bedingungen herzustellen, um nicht nur die Kapitalflucht zu unterbinden, sondern umgekehrt, Fremdkapital in das eigene Land zu ziehen. Voraussetzung war dafür ein geldpolitischer Restriktionskurs und eine Verzinsung der Aktiva, die nicht nur über der anderen Länder lag, sondern die auch noch die Abwertungserwartungen mehr als neutralisierte.

Eine solche geldpolitische Restriktion hätte allerdings eindeutig stagnativ gewirkt, wenn ihr nicht auf fiskalpolitischer Ebene entgegengearbeitet worden wäre. Der eigentümliche, scheinbare Gegensatz von restriktiver Geld- und expansiver Fiskalpolitik, der die italienische Wirtschaftspolitik in den achtziger Jahren charakterisiert, hat genau hierin seine Basis. Das Finanzierungsdefizit des Staates, das im letzten Jahrzehnt durchschnittlich bei über 10 % des Bruttosozialprodukts lag⁶, war auch ein Instrument, um der von außen aufgezwungenen geldpolitischen Restriktion etwas entgegenzusetzen zu können. Innerhalb weniger Jahre hat die Verschuldung des Staates den Umfang des jährlichen Bruttosozialprodukts erreicht, was unter den Bedingungen der restriktiven Geldpolitik mit hohen Realzinsen eine extreme Belastung des Budgets durch die Zinskosten bedeutet. Eines der zentralen Probleme, das in der jüngsten Diskussion immer mehr in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatte rückte, ist das Zusammenspiel von außenwirtschaftlich bedingter geldpolitischer Restriktion (Leistungsbilanz), dem hohen staatlichen Defizit und der explosionsartig wachsenden Zinsbelastung, die einen Abbau der Neuverschuldung verhindert.

Die für 1990 bzw. 1992 geplante Liberalisierung der Geld- und Kapitalmärkte würde den Konflikt aber noch weiter zuspitzen. War es zu Beginn der achtziger Jahre noch möglich, durch eine restriktive Handhabung der in Italien nie aufgehobenen Kapitalverkehrskontrollen einen gewissen geldpolitischen Spielraum aufrechtzuerhalten, so hat der schrittweise Abbau derselben in den letzten Jahren entscheidend dazu beigetragen, daß die Geldpolitik auf einen restriktiveren Kurs umschwenken mußte. Eine weitere Lockerung oder gar vollständige Liberalisierung des Kapitalverkehrs würde den geldpolitischen Spielraum vollständig zusammenbrechen lassen.

»... die Tatsache, daß das Schatzamt sich kontinuierlich an den Finanzmarkt wenden muß, macht die berühmte Liberalisierung des Kapitalverkehrs, auch wenn sie prinzipiell vor der Tür steht, zu einem Problem, dem sich Italien noch für eine nicht zu unterschätzende Periode entziehen könnte.« (Graziani 1988, S.3)

Es stellt sich daher die Frage, ob die sozialen und wirtschaftlichen Kosten, die die für Ende 1992 geplante Liberalisierung der Märkte den Schwachwährungsländer auferlegt, gegenüber den eventuellen Vorteilen des Binnenmarktes in einem vertretbaren Verhältnis stehen. Staatsschulden und Leistungsbilanzdefizite sind u.U. kein geringeres Argument gegen eine Öffnung der Märkte als die Inflationsdifferentiale.

Es ist unter diesem Aspekt sehr zweifelhaft, überhaupt von einem Fortschritt in Richtung einer Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa zu sprechen. Fiskal- und Geldpolitik in Italien sind weiter denn je von einem Gleichgewicht entfernt. Und die Gegensätze zwischen Schwachwährungsländern und Ländern mit starken Währungen sind keineswegs geringer geworden. Sie drücken sich lediglich in anderen Termini aus: Die Inflation wurde gegen ein doppeltes Defizit eingetauscht.

Die italienische Wirtschaftspolitik ist im Gegensatz zu der der Bundesrepublik nie bereit gewesen, die sozialen Kosten einer harten Rezession als ein Mittel einzusetzen, um die Inflation bzw. die Defizite zu verringern und damit der Schwäche der eigenen Währung entgegenzutreten. Beschäftigung und Wachstum sollten der Stabilisierung der Währung nicht geopfert werden. Zwar ist es damit nicht gelungen, das weitere Ansteigen der Arbeitslosigkeit zu verhindern, aber das wirtschaftliche Wachstum Italiens ist in den letzten Jahren höher gewesen als das jeder anderen großen Industrienation Westeuropas. Die Defizite sind auch dafür ein Preis. Aber dieser Preis erscheint deswegen überproportional groß, weil es sich damit gegen eine restriktive Grundorientierung in Europa durchsetzen mußte. Oder nach der anderen Seite gewendet: Eine wirkliche Lösung des Dilemmas und eine Verringerung des Gegensatzes von Schwach- und Starkwährungsländern liegt zu einem relevanten Teil in der Hand der Bundesrepublik. Eine expansivere Politik und eine dynamischere Entwicklung der ökonomischen Aktivitäten in Westeuropa insgesamt würden es Italien ganz wesentlich erleichtern, seine Leistungsbilanzposition und indirekt auch das staatliche Defizit zu verbessern.

Solange Laissez-faire als der Königsweg zur ökonomischen Integration in Europa propagiert wird, sind trotz des immer wieder unterstrichenen politischen Willens die Chancen für wirkliche Fortschritte in dieser Richtung eher gering. Die einseitige Öffnung der Geld- und Kapitalmärkte — ohne den gleichzeitigen Ausbau der Instanzen politischer Regulierung — untergräbt die Möglichkeiten der Schwachwährungsländer,

eine ihren Bedingungen angemessene Wirtschaftspolitik zu realisieren, immer mehr. Westeuropa ist heute dem Ziel einer geld- und währungspolitischen Harmonisierung nicht notwendigerweise näher als vor zehn Jahren. Mehr noch, das starre Festhalten an der eingleisigen Liberalisierungsstrategie, was eine währungspolitische Anpassung alleine von seiten der Schwachwährungsländer unterstellen würde, könnte sich bei gleichzeitig kompromißloser Haltung der bundesdeutschen Geldpolitik als Sprengsatz der europäischen Währungsintegration erweisen.

Anmerkungen

- 1 Wie widersprüchlich die Position der italienischen Unternehmen allerdings ist, zeigen einige in letzter Zeit veröffentlichte Umfragen unter den Unternehmen. Vgl. z. B. die Ergebnisse der von Peat Marwick durchgeführten Erhebung, deren Ergebnisse M. Valentini in L'Espresso (Dezember 1988) zusammengefaßt hat.
- 2 An anderer Stelle habe ich diese Struktur genauer untersucht. Vgl. Thomasberger 1988.
- 3 Es scheint, daß nur die USA es sich auf Grund ihrer besonderen Stellung innerhalb der Weltwirtschaft leisten können, den eigenen Handlungsspielraum trotz eines relevanten Leistungsbilanzdefizits aufrechtzuerhalten. Aber es handelt sich dabei eher um eine Ausnahme, die die Regel bestätigt. Für die Mehrzahl der Länder gilt, daß sie nur in ihrer monetären Politik autonom sind, solange ihre Leistungsbilanz im positiven Bereich verbleibt.
- 4 Es ist nur eine andere Formulierung des gleichen Paradoxons, daß sich die Bundesrepublik in der Situation befindet, ihre ökonomisch dominierende Position nur mit Hilfe einer monetären Politik aufrechterhalten zu können, die ihre wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten mittel- und langfristig schwächen. Die Wachstumsraten der bundesdeutschen Wirtschaft, ausgedrückt als Veränderung des Bruttosozialprodukts, blieben während der Periode 1978-88 mit durchschnittlich 1,7 % nicht nur gegenüber denen des Schwachwährungslandes Italien (2,4 %), sondern sogar gegenüber dem EG-Durchschnitt (1,9 %) deutlich zurück!
- 5 Immerhin entspricht ein Leistungsbilanzüberschuß von 3-4 % des Bruttosozialprodukts, wie er von der Bundesrepublik von 1986 bis heute erreicht wird, einem Beschäftigungseffekt von 700000 bis 1 Million Arbeitsplätzen!
- 6 Nur um die Größenordnung zu verdeutlichen: Es lag damit mehr als viermal so hoch wie das der anderen großen Industrieländer Westeuropas und immer noch mehr als dreimal so hoch wie das vielkritisierte Defizit der USA unter Reagan!

Literaturverzeichnis

- Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1988: Italiens wirtschaftliche Renaissance in den 80er Jahren — Entwicklung, Probleme, Perspektiven, in DIW-Wochenbericht, 51-52/88
- Dräger, Christian, und Lothar Späth (Hrsg.) 1988: Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden
- Graziani, Augusto 1988: Deficit pubblico e zimarrerie industriali, in *Politica ed Economia* 6
- ders., 1987: (a cura di), *Il Dollaro e l'Economia Italiana*, Bologna
- Grilli, E., J.A. Kregel, J.A. und P. Savona, 1982: Ragioni di Scambio e Crescita Economica in Italia, in *Moneta e Credito*, Dicembre 1982, N.140
- Herr, Hansjörg, und Andreas Westphal 1988: *Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa*. In: WSI Mitteilungen 7, S.427ff.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaft 1987 (Europäische Wirtschaft Nr. 34), Jahreswirtschaftsbericht 1987-1988, Belgien
- OECD 1988, *Why Economic Policies Change Course*, Paris
- Padoa-Schioppa, Tommaso 1988: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit — Eine Entwicklungsstrategie für das Wirtschaftssystem der Europäischen Gemeinschaft, Wiesbaden
- Parboni, Riccardo 1985: *Il Conflitto Economico Mondiale*, Etas Libri
- ders., 1987: *Il Dollaro e l'Economia Mondiale*. In: Graziani, Augusto 1987
- Salvati, Michele, 1980: *Alle Origini dell'Inflazione Italiana*, Bologna
- Thomasberger, Claus, 1987: *Löhne, Profite, Inflation — Theorie der monetären Wirtschaft*. München
- ders., 1988, *Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa — Konsequenzen für die Beschäftigung*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper FS I 88-21
- ders., 1989: *Möglichkeiten und Hindernisse aktiver Beschäftigungspolitik in Europa. Das Beispiel Italien*. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, Discussion Paper (i.Dr.)
- Wyplosz, Charles, 1988: *The EMS — From Success to Transition*. In: Dräger, Christian u.a. (Hrsg.) 1988

Joachim Schuster

Für eine friedliche und soziale Weltmacht EG!

Die letzte Ausgabe der *spw* stand unter dem thematischen Schwerpunkt »Weiterentwicklung der EG«. In diesem Rahmen befaßten sich die Artikel von Bartelheimer/Wolf und Schlupp¹ mit den Gefahren des Binnenmarktprojekts 1992 für eine fortschrittliche Politik sowie für die soziale und ökologische Entwicklung Europas. Sie leisten insofern einen wichtigen Beitrag gegen die auch in weiten Teilen der Linken vorherrschende Europa-Euphorie.

Die in diesen Artikeln gezogenen strategischen Schlußfolgerungen geben jedoch keine vorwärtsweisende Handlungsorientierung für die zukünftigen Auseinandersetzungen in der und um die EG. Schlupp kommt nicht über ein Beklagen der Schwäche der Linken, die Hoffnung auf eine »lateinische Liga« als Gegengewicht zur Bundesrepublik sowie eine ebenso richtige wie nichtssagende Feststellung — nämlich daß »ein gesellschaftlicher, ökonomischer und politischer Gezeitenwechsel auf nationaler, europäischer und globaler Ebene ... nicht ohne Krisen und Konflikte zu haben sein«² wird — hinaus. Bartelheimer und Wolf plädieren dagegen für ein »Europa der Blockauflösung, der Selbstbeschränkung, der Kooperation zwischen den Regionen und der internationalen Solidarität, ein Europa des gemeinsamen Umbaus«.³ Eine Vertiefung der EG-Integration stehe dieser Perspektive entgegen. Es komme daher darauf an, an den Widersprüchen des Integrationsprozesses anzusetzen und bewußt eine »Vernetzung zwischen den Basisbewegungen und den aus ihnen hervorgegangenen Initiativen und Organisationen *aller* [Hervorh.d.d.Verf.] europäischer Länder«⁴ zu betreiben. Hierüber müsse auf die Entwicklung Europas Einfluß genommen werden, dem direkten Eingreifen in Auseinandersetzungen um die Realisierung der Einheitlichen Europäischen Akte (EFA) und des Binnenmarktes messen sie eine untergeordnete Bedeutung zu. Während die Perspektive von F. Schlupp vor allem Hilflosigkeit widerspiegelt, würde die strategische Option von Bartelheimer und Wolf die Linke meines Erachtens in die Bedeutungslosigkeit führen. Denn: Diese Position berücksichtigt weder Entwicklungsstand und -richtung der EG noch deren globales Umfeld in einer angemessenen Form. Im folgenden soll daher der Versuch unternommen werden, skizzenhaft die neue Qualität der mit der EEA eingeleiteten Vertiefung der Integration herauszuarbeiten und daraus resultierende Konsequenzen für die Linke in Westeuropa aufzuzeigen.

Kapitalistische Integration als Krisenprozeß

Regionale Integrationsgebilde wie die EG sind als Versuch aufzufassen, langfristig den Widerspruch zwischen einer zunehmenden Internationalisierung der Ökonomie und der nationalstaatlichen Verfaßtheit der Weltwirtschaft — also zwischen der unterschiedlichen geographischen Reichweite von ökonomischer und politischer Regulierung der Kapitalverwertung — auf kapitalistischer Grundlage regional völlig aufzuheben.⁵

Damit steuert die regionale Integration auf die Herausbildung einer neuen politischen und ökonomischen Einheit in der Weltwirtschaft zu. Der Integrationsprozeß vollzieht sich jedoch keineswegs reibungslos, sondern ist in seiner Gesamtheit als Krisenprozeß zu charakterisieren, der bestimmt wird durch das widersprüchliche Zusammenwirken von integrierenden und desintegrierenden Faktoren.

Verursacht ist dies durch die Notwendigkeit, im Verlauf der Integration in den unterschiedlichsten Bereichen jeweils konkurrierende Interessen der verschiedenen Kapitale, sozialen Akteure und Nationalstaaten — die aus der Existenz unterschiedlicher nationaler Reproduktionszusammenhänge resultieren — in Kompromissen zusammenzufassen. Das Kräfteverhältnis zwischen den beteiligten Staaten erzeugt dabei die Herausbildung hierarchischer Strukturen in der Gemeinschaft sowie das Streben einzelner Staaten nach einer Hegemonialposition.

Von entscheidender Bedeutung für die Entwicklung der EG ist somit die Herausbildung eines »Gemeinschaftsinteresses«, nicht verstanden als übergeordnetes Allgemeininteresse, sondern als europäische Option der Mitgliedstaaten zur bestmöglichen Durchsetzung ihrer je nationalen Interessen. Allerdings wirkt auch umgekehrt ein Fortschreiten der Integration auf die Interessenlage der Mitgliedsländer ein, da jeder weitere Integrationschritt eine Vertiefung der gegenseitigen Verflechtung zur Folge hat und somit die Handlungsoptionen der Staaten eingrenzt.⁶

Die neue Qualität der EEA

Die 1986 mit der Verabschiedung der EEA — mit dem Binnenmarktprojekt als Kernstück — eingeleitete Vertiefung der Integration verkörpert ein neues »Gemeinschaftsinteresse«. Die Ursachen finden sich in der derzeitigen Entwicklungsphase der Weltwirtschaft. Mit dem *relativen* Niedergang der bis dahin unangefochtenen politischen und ökonomischen Hegemonialmacht USA ist Anfang der siebziger Jahre zugleich das internationale Regulierungssystem in eine tiefe Krise geraten. Seither bildet sich mehr und mehr ein multipolares Weltwirtschaftssystem heraus, das von den drei kapitalistischen Zentren USA, Japan und Westeuropa dominiert wird, ohne daß sich jedoch ein stabiles Regulierungssystem entwickelt. Vielmehr ist der Weltmarkt derzeit von einem Kampf um die Hegemonie zwischen den drei Zentren geprägt, wobei allerdings keine Macht in absehbarer Zeit in der Lage sein wird, eine Hegemonialstellung einzunehmen.

Vor diesem Hintergrund hat sich in einem konfliktreichen Prozeß aufbauend auf dem erreichten Grad ökonomischer, politischer und kultureller Verflechtung in den Mitgliedsstaaten die Auffassung durchgesetzt, den Hegemonialkampf in der Weltwirtschaft nur bei Zusammenfassung der ökonomischen und politischen Ressourcen bestehen zu können, sowohl auf Grund des erreichten Grades der Konzentration und Zentralisation des Kapitals als auch auf Grund des erreichten Entwicklungsniveaus der Produktivkräfte. Ziel ist es, die EG als ökonomische Weltmacht zu festigen und zu stärken sowie als politische und militärische Weltmacht aufzubauen. Es geht beim Binnenmarktprojekt also um mehr, als um die Fortsetzung konservativer Modernisierung

der Wirtschaft auf internationaler Ebene⁷ und um mehr als die Durchsetzung einer Hegemonialstrategie der Bundesrepublik⁸.

Die Umsetzung der EEA, die ja neben dem Binnenmarktprojekt auch die Erweiterung der Politikbereiche der Gemeinschaft vorsieht und das Ziel einer Europäischen Union vertraglich fixiert, wird die Qualität der EG nachhaltig verändern. Die Gemeinschaft wird als Regulierungsinstanz im ökonomischen wie im politischen Bereich zunehmend an Bedeutung gewinnen und die Relevanz der beteiligten Nationalstaaten für die Steuerung der gesellschaftlichen Entwicklung weiter einschränken.

Hieraus kann jedoch keineswegs der Schluß gezogen werden, daß die Interessengegensätze mit dem neuen »Gemeinschaftsinteresse« überwunden wären. Vielmehr werden diese weiterhin bei den Auseinandersetzungen in zentralen Bereichen wie der Steuerharmonisierung sichtbar. Allerdings deutet die Dynamik, die insbesondere das Binnenmarktprojekt erfahren hat, darauf hin, daß die integrationsfördernden Momente eindeutig dominieren und die desintegrierenden Faktoren in den Hintergrund drängen. So konnte beispielsweise eine Einigung bezüglich der vollständigen Liberalisierung des Kapitalverkehrs herbeigeführt werden. Desweiteren zeichnet sich in der Frage der Einrichtung einer Europäischen Zentralbank ein für alle Teilnehmerstaaten tragbarer Kompromiß ab.

Aufgabe der Linken

Meines Erachtens ergibt sich für die linken Kräfte in Westeuropa hieraus die zwingende Konsequenz, sich umfassend und konstruktiv auf die Weiterentwicklung der EG zu beziehen und zwar aus mehreren Gründen:

Erstens ist die Integration in der EG soweit fortgeschritten, daß die bisherige, stark nationalorientierte Politik der Linken schon heute ein Anachronismus ist. Zum Beispiel wird der Binnenmarkt nicht per Dekret zum 1.1.1993 in Kraft gesetzt, sondern er ist in weiten Bereichen bereits Realität.

Zweitens ist die eingeleitete Vertiefung der Integration auf Grund der vorherrschenden politischen Kräfteverhältnisse nicht aufzuhalten, zumal wesentliche Kräfte der Linken wie die PSF, der PCI und die SPD diese grundsätzlich, leider zum Teil sehr unkritisch unterstützen.

Schließlich eröffnet die Stärkung der EG nicht zuletzt Handlungsperspektiven und Spielräume zur Lösung drängender Fragen unserer Zeit, wie sie ein Mitgliedsstaat allein nicht besitzt. So erfordert die Lösung vieler ökologischer Probleme zwangsläufig eine enge internationale Zusammenarbeit. Aber auch der Aufbau einer die Interessen der sogenannten Dritten Welt berücksichtigenden Weltwirtschaftsordnung — die sowohl gegen die international agierenden Konzerne als auch gegen die konkurrierenden imperialistischen Zentren USA und Japan durchgesetzt werden muß — bedarf einer politischen und ökonomischen Machtbasis, wie sie selbst in der Bundesrepublik nicht vorhanden ist.

Notwendig ist die Entwicklung einer modernen sozialistischen Perspektive für die EG. Eckpunkte müssen die Errichtung eines »Gemeinsamen Hauses Europa«, das kon-

sequente Eintreten für eine neue Weltwirtschaftsordnung sowie die Entwicklung der EG zu einem umfassenden Sozialraum sein. Diese Perspektive geht zugleich über den EG-Rahmen hinaus und erfordert aufbauend auf einer engen Kooperation in Westeuropa eine umfassende Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten.

Die Entwicklung einer solchen Perspektive kann nicht bedeuten, sich aus nationalen Auseinandersetzungen zu verabschieden. Gefragt ist vielmehr eine »Doppelstrategie«, die die nationalen Zielsetzungen mit der Gemeinschaftsperspektive verbindet. Dies heißt zugleich, größtmöglichen Fortschritt in den einzelnen Mitgliedsstaaten durchzusetzen. Der Bundesrepublik kommt auf Grund ihrer herausragenden ökonomischen Stellung eine besondere Verantwortung zu. Nur wenn es in der Bundesrepublik gelingt, beispielsweise eine konsequente, ökologisch orientierte Beschäftigungspolitik durchzusetzen, hat diese auch auf EG-Ebene eine Realisierungschance.

Illusionen sind diesbezüglich jedoch nicht angebracht. Die linken Kräfte in Westeuropa sind von der Entwicklung einer solchen Perspektive noch weit entfernt. Zu groß sind derzeit die Unterschiede in den programmatischen Zielsetzungen. Nahezu in allen Staaten betreiben auch die linken Parteien, Verbände, Bewegungen etc. allzu häufig eine national bornierte Politik. Daß die Linke trotz der verbalen Betonung des Internationalismus als politisches Prinzip beispielsweise der Entwicklung der EG — im Gegensatz zu den führenden Kapitalkräften — um Jahre hinterherhinkt, darf jedoch nicht dazu führen, diesen Zustand beizubehalten.

Gefordert ist die Intensivierung der programmatischen, auf breiter Basis geführten Diskussion der linken Kräfte in Westeuropa. Gefordert ist gleichzeitig das Eingreifen in aktuelle Auseinandersetzungen, deren Ausgang maßgeblich den zukünftigen Charakter der EG bestimmen werden. — Hier geht es insbesondere um:

- die Verhinderung einer weiteren Militarisierung Westeuropas. Die EG darf nicht zu einer eigenständigen Militärmacht werden. Die deutsch-französische Brigade ist aufzulösen, das britische und französische Atomwaffenpotential muß in einen Abrüstungsprozeß einbezogen werden;
- die Demokratisierung der EG. Gegenwärtig werden undemokratische Machtstrukturen in der Gemeinschaft konserviert. Die Stärkung des Europäischen Parlaments gegenüber der Kommission und dem Rat sowie die Erkämpfung wirtschaftsdemokratischer Elemente in den Auseinandersetzungen um die Unternehmensmitbestimmung auf EG-Ebene sind von zentraler Bedeutung;
- die Durchsetzung des Prinzips »Harmonisierung bei gleichzeitigem Fortschritt« in den Konflikten um die soziale Dimension des Binnenmarktes. Gleichzeitig gilt es, Ansätze einer umfassenden Industrie- und Beschäftigungspolitik über die Stärkung der EG-Regional- und Sozialpolitik sowie über eine Integration der weiteren gemeinschaftlichen Politikbereiche zu entwickeln.

Die Weltmacht EG existiert faktisch schon heute! Es kommt darauf an, daß sie nicht weiterhin vor allem eine Weltmacht des Kapitals bleibt!

Anmerkungen

- 1 P. Bartelheimer und F.O. Wolf: EG-Binnenmarkt oder »Gemeinsames Haus Europa« sowie F. Schlupp: »Europa« als Hegemonialprojekt. In: *spw* 46.
- 2 F. Schlupp, S. 133.
- 3 Bartelheimer/Wolf, S. III.
- 4 Ebenda, S. 109.
- 5 In der Weltwirtschaft wird dieser Widerspruch in einer qualitativ niedrigeren und labileren Form mittels zwischenstaatlicher Abkommen, Institutionen etc. überbrückt bzw. zeitweilig gelöst.
- 6 Vgl. A. Statz: Grundelemente einer politökonomischen Theorie der westeuropäischen Integration. 1979, und H.-J. Axt und F. Deppe: Europaparlament und EG-Erweiterung. 1979.
- 7 Vgl. Bartelheimer/Wolf, S. 105-107.
- 8 Vgl. F. Schlupp.

Andreas Westphal

Notiz zu Schuster

Schuster beurteilt die EG als Versuch, »langfristig den Widerspruch zwischen einer zunehmenden Internationalisierung der Ökonomie und der nationalstaatlichen Verfaßtheit der Weltwirtschaft ... auf kapitalistischer Grundlage *regional völlig aufzuheben*« (Schuster 1989, S.347; Hervorh.d.d.Verf.). Schuster geht von folgender Annahme aus: »Der Integrationsprozeß vollzieht sich jedoch keineswegs reibungslos, sondern ist in seiner Gesamtheit als Krisenprozeß zu charakterisieren, der bestimmt wird durch das widersprüchliche Zusammenwirken von integrierenden und desintegrierenden Faktoren« (ebd., S.348). Im folgenden löst Schuster diese Dialektik jedoch einseitig auf: »Allerdings deutet die Dynamik, die insbesondere das Binnenmarktprojekt erfahren hat, darauf hin, daß die integrationsfördernden Momente eindeutig dominieren und die desintegrierenden Faktoren in den Hintergrund drängen« (ebd., S.349).

Wir wollen folgende fünf Gegenthesen zu der Position Schusters vertreten:

1. Eine Dominanz der integrierenden Faktoren kann nur postuliert werden, wenn man die Diskurse ernster nimmt als den realen Integrationsprozeß. Das Projekt des Gemeinsamen Binnenmarktes ist in bestimmter Hinsicht als Ausdruck des *Scheiterns* einer politischen Integration anzusehen: Die Integration wird an das Wirken von Marktprozessen delegiert, während eine Institutionalisierung von im nationalen Rahmen verlorengelassenen Regulationsfunktionen auf westeuropäischer Ebene gerade nicht stattfindet. Als Beispiel sei hier die Durchsetzung des Prinzips »competition among rules« (Giersch 1987) anstelle von leistungsfähigen westeuropäischen Normierungen im Produkt- und Umweltnormenbereich genannt.

2. Schuster stellt ebensowenig wie der SPD-Programmwurf (1989) die Frage, ob die existierenden EG-Institutionen staatsförmigen Charakter haben. Im programmatischen Kontext wird aber sowohl von Schuster als auch vom SPD-Programmwurf eine weitgehende Realisierung einer spezifischen EG-Staatlichkeit unterstellt, von der bisher jedoch noch keineswegs gesprochen werden kann: Die EG ist zwar in bestimmten Rechtsgebieten zu einer der nationalstaatlichen Rechtsetzung insofern über-

geordneten Rechtsetzung fähig, als für diese Rechtsgebiete ein Übernahmewang besteht. Grundlage des Zustandekommens der EG-Rechtsetzung ist jedoch ein konsensueller Prozeß, bei dem sich nur der kleinste gemeinsame Nenner durchsetzen kann. Damit kann aber von einem für die Staatsfunktion konstitutiven realen Überordnungsverhältnis der EG gegenüber den Nationalstaaten nicht gesprochen werden. Diese Diagnose impliziert natürlich nicht die perspektivische Unmöglichkeit einer EG-Staatllichkeit. Entgegen den Annahmen von Schuster und dem SPD-Programmentwurf sind aber bisher *keine* ernstzunehmenden Schritte in diese Richtung real eingeleitet worden. Im Kontext des Projektes des Gemeinsamen Binnenmarktes ist eine Ausweitung der Rechte des Europaparlamentes vollständig ausgeklammert worden. Das in der Einheitlichen Europäischen Akte erneut erwähnte Ziel der Europäischen Union ist in keiner Weise konkretisiert und besitzt einen vollständig unverbindlichen Charakter.

3. Ein wirklicher Gemeinsamer Binnenmarkt kann nur ein einheitlicher Währungsraum sein (vgl. Herr/Westphal 1989, Aglietta 1988). Ökonomisch ist aber ein einheitlicher Währungsraum und damit die Existenz von Wechselkursen der heimischen Währung gegenüber ausländischen Währungen ein konstituierender Bestandteil eines Staates. Die Diskussion um eine westeuropäische Einheitswährung wird daher längerfristig nicht mehr getrennt von einer Diskussion um eine erweiterte demokratische Legitimation der EG- bzw. EWS-Institutionen ablaufen können. Da die Existenz einer Einheitswährung ex definitione nationalstaatliche Geldpolitik, faktisch aber auch nationalstaatliche Fiskalpolitik unmöglich macht, stellt sich unmittelbar die Frage nach dem Zusammenhang zwischen der Aufgabe nationalstaatlicher Kompetenzen und der Neuschaffung demokratisch legitimer westeuropäischer Institutionalisierungen der Geld- und Fiskalpolitik.

4. Doch auch in diesem Kontext ist Schuster seine Fixierung auf die offiziellen Diskurse vorzuwerfen, wenn er behauptet, daß »sich in der Frage der Einrichtung einer Europäischen Zentralbank ein für alle Teilnehmerstaaten tragbarer Kompromiß« (Schuster 1989, S.345) abzeichnet. Hingegen muß festgehalten werden, daß keinerlei verbindlicher Zusammenhang zwischen der Inkraftsetzung der ersten Stufe des Delors-Plans und der Inkraftsetzung der zweiten und dritten Stufe besteht. Die Erfahrungen mit dem Scheitern sowohl des Werner-Plans als auch der bei der EWS-Gründung geplanten »institutionellen Phase« desselben machen deutlich, daß ausschließlich die Veränderung der Interessenkonstellationen und des Kräfteparallelogramms im EG-Rahmen über den Weg zu einer westeuropäischen Zentralbank und eine westeuropäische Einheitswährung entscheiden. Die Schwachwährungsländer sind es, die unter den Bedingungen des Gemeinsamen Binnenmarktes mit seiner geplanten vollständigen Deregulierung des Kapitalverkehrs *kein* Interesse an der Beibehaltung des status quo des EWS haben, da sie sich dann noch direkter dem restriktiven Regime der Deutschen Bundesbank unterwerfen müßten. Deshalb streben diese Länder an, daß alle EWS-Mitgliedsländer im Rahmen neuer westeuropäischer Institutionalisierungen an der Ausfüllung des Freiheitsgrades der n-ten Währung beteiligt werden, der bislang allein von der Deutschen Bundesbank geschlossen wird (vgl. Herr/Westphal 1988, 1989; Padoa-Schioppa 1988; Thomasberger 1988; Wyplosz 1988). Gegenwärtig ist nicht zu

erkennen, daß die Deutsche Bundesbank der zweiten und dritten Stufe des Delors-Plans zustimmen wird (vgl. Pöhl 1988). Der Grund hierfür liegt darin, daß sie potentiell von neuen supranationalen monetären Institutionalisierungen zu einer Abkehr von ihrer seit Jahrzehnten erfolgreichen Strategie der stabilitätsorientierten Unterbewertung (vgl. Herr/Westphal 1988) gezwungen werden könnte, die in erster Linie die Rolle der Bundesrepublik als regionaler Hegemon begründet. Diese Blockadefunktion der Bundesrepublik für eine weitergehende EG-Integration wird aber solange andauern, wie es in der Bundesrepublik selbst keinen radikalen Bruch mit dem selbst die Gewerkschaften und die linke Sozialdemokratie umfassenden exportstrategischen Konsens gibt.

5. Abenteuerlich wird Schusters Position, wenn er die EG als notwendige politische und ökonomische Machtbasis bezeichnet, um eine die Interessen der Dritten Welt berücksichtigende Weltwirtschaftsordnung »gegen die international agierenden Konzerne als auch gegen die konkurrierenden imperialistischen Zentren USA und Japan« (Schuster 1989, S.345) aufzubauen. Obwohl Schuster damit auch die EG als imperialistisches Zentrum bezeichnet, analysiert er nicht ihre weltwirtschaftliche Strategie. So basiert z.B. das Projekt des Gemeinsamen Binnenmarktes u.a. auf der Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit gegenüber dem Rest der Welt und damit in der Konsequenz auf einer Verstärkung der Entwicklungsblockade der Dritten Welt. Schuster geht nicht über den normativen Voluntarismus des SPD-Programmwerfs hinaus, der unter zehn Spiegelstrichen die frommen Wünsche an eine zukünftige EG aufzählt (vgl. SPD-Programm-entwurf 1989, 41f.). Doch der Sozialdemokratie ist der schnelle Sprung aus einer unverstandenen Gegenwart in die normative Beschreibung einer besseren Zukunft noch nie gut bekommen. Allein im Kontext der Analyse alternativer weltwirtschaftlicher Optionen für die EG kann entschieden werden, ob es »eine friedliche und soziale Weltmacht EG« (Schuster 1989, S.343; Hervorh.d.d.Verf.) überhaupt geben kann. Die gegenwärtigen Entwicklungstendenzen laufen eher auf einen Ausbau der Weltmachtfunktion der EG auf der Grundlage der Verstärkung des westeuropäischen Rüstungspotentials und der Vertiefung der ökonomischen Abhängigkeit der Dritten Welt hinaus.

Literaturverzeichnis

- Aglietta, M., 1988: Régimes Monétaires, Monnaie Supranationale, Monnaie Commune, unveröff. Msk., vorgelegt auf dem internationalen Kongreß zur Theorie der Regulation im Juni 1988 in Barcelona
- Giersch, H., 1987: Internal and External Liberalization for Faster Growth. Economic Papers, Kommission der EG
- Herr, H., und A. Westphal, 1988: Europäisches Währungssystem: DM-Club oder demokratisches Westeuropa? In: WSI-Mitteilungen 7/88, Vol. 41
- dies., 1989: Zum Verhältnis von realwirtschaftlicher und monetärer Integration Westeuropas. In: Prokla 75, Vol.19
- Padoa-Schioppa, T., 1988: Effizienz, Stabilität und Verteilungsgerechtigkeit, Wiesbaden
- Pöhl, K.-O., 1988: Voraussetzungen für die Schaffung einer europäischen Währung. In: O. Franz (Hrsg.): Europäische Währung — eine Utopie? Sindelfingen
- SPD-Programmwerf, 1989: Das neue Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Entwurf März 1989. Hrsg. Vorstand der SPD
- Schuster, J., 1989: Für eine friedliche und soziale Weltmacht EG! In diesem Heft S.343ff.
- Thomasberger, C., 1988: Harmonisierung der Geld- und Währungspolitik in Europa, Discussion Paper FSI 88-21, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung
- Wyplosz, C., 1988: The EMS — From Success to Transition. In: C. Dräger, L. Späth (Hrsg.): Internationales Währungssystem und weltwirtschaftliche Entwicklung, Baden-Baden

Zur Geschichte der BRD

Andreas Ludwig

»Historiker-Streit« oder Wer hat die geistige Führung der Nation?

Hans-Ulrich Wehler: Entsorgung der deutschen Vergangenheit? Ein polemischer Essay zum »Historiker-Streit«, München, 1988 (249 S., 14,80 DM)

Gernot Erler u.a.: Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Vergangenheit, Freiburg/Br., 1987 (172 S., 15,- DM)

Dan Diner (Hrsg.): Ist der Nationalsozialismus Geschichte? Zu Historisierung und Historikerstreit, Frankfurt/Main, 1987 (311 S., 14,80 DM)

Wolfgang Fritz Haug: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg/West-Berlin 1987 (336 S., 22,- DM)

I.

Der Titel macht deutlich, auf welche Fragen hier einige Veröffentlichungen hin untersucht werden sollen, die anlässlich oder in Zusammenhang mit dem »Historikerstreit« des Jahres 1986 erschienen sind. Zur Erinnerung: Im Juni 1986 äußerte sich der Berliner Historiker Ernst Nolte in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ)* mit der Forderung, man müsse den »Klassenmord« der Bolschewiki als »faktisches Prius« denken, um den Rassenmord der Nationalsozialisten verstehen zu können: Hitler und die Nationalsozialisten seien schließlich von diesen Erfahrungen geprägt gewesen. Jürgen Habermas antwortete im Juli in der *Zeit* mit einer massiven Kritik an Nolte, in die er einige andere konservative Historiker mit einbezog. Damit war der »Historiker-Streit« eröffnet. Während des Sommers 1986 füllte er die Seiten vor allem von *FAZ* und der *Zeit*. Die Beiträge der Kontrahenten (auf der Rechten waren das außer Nolte vor allem Michael Stürmer, Klaus Hildebrand, Andreas Hillgruber und Joachim Fest, auf der Linken außer Habermas Eberhard Jäckel, Hans Mommsen, Martin Broszat und Heinrich August Winkler) sind inzwischen in Buchform veröffentlicht.¹

Sehr schnell hat sich herausgestellt, daß es weniger das Problem der Singularität des Holocaust beziehungsweise das seiner Relativierung durch Historisierung war, worum letztendlich gestritten wurde. Vielmehr läßt sich mit einigem zeitlichen Abstand deutlich erkennen, daß die Thesen Ernst Noltés gleichzeitig Anlaß zu einer grundsätzlichen politischen Positionsklärung der Historiker waren.

Neben den fachinternen Wirkungen, auf die später noch hingewiesen wird, gelang es den sich exponierenden konservativen Historikern trotz der Dürftigkeit ihrer Argumente erstmals seit den sechziger Jahren wieder, den öffentlichen Disput mit von ihnen

selbst gewählten Themen zu dominieren. Die Reaktion der Linken auf den »Historiker-Streit« kann, soviel soll an dieser Stelle vorweggenommen werden, insgesamt nicht befriedigen. Trotz der Vehemenz, mit der sie teilweise vorgetragen wurden (besonders von Hans Mommsen), blieben die Beiträge linker Intellektueller in der Regel defensiv; zudem wurde selten genug auf die in den vergangenen Jahren erzielten fachwissenschaftlichen Erkenntnisgewinne zurückgegriffen, um auf dieser Grundlage das Diskussionsfeld bestimmen zu können.

II.

Der Bielefelder Historiker Hans-Ulrich Wehler hat die mit dem »Historiker-Streit« verknüpften politischen Intentionen in seinem Essay »Entsorgung der deutschen Vergangenheit?« als erster umfassend beschrieben. Seine eigene Intention zur Beteiligung an dieser Auseinandersetzung faßt Wehler darin, er schreibe »gegen das gefährliche Ritual, ... monoton aber regelmäßig auf einer angeblichen unumgänglichen, konservativ geprägten Identitätsbildung zu bestehen«. Er wende sich »gegen das offenbar unstillbare Verlangen, ... einer merkwürdigen Konsensgier zu frönen« und schließlich gegen die Renaissance geopolitischer Denkweisen, die sich um den Begriff »deutsche Mittel-lage« ranken (S.9).

Wehler rekapituliert den »Historiker-Streit« und charakterisiert die Akteure sowie deren wissenschaftliche Laufbahn. Erst mit diesem Rückgriff wird für Nichthistoriker ein Einblick in die Welt der Nolte, Hillgruber und vor allem Stürmer möglich. Andreas Hillgruber etwa hatte unter dem Titel »Zweierlei Untergang« zwei Aufsätze zusammenbinden lassen (bei Siedler), »deren Gemeinsamkeit in der Natur von zwei nationale(n) Katastrophen« liege (S.47): dem Mord an den europäischen Juden sowie den Folgen des »Zusammenbruchs im Osten 1944/45«. Polemisch zeichnet Wehler nach, daß Hillgruber sich bei der Beschäftigung mit dem »Zusammenbruch« der Ostfront einem autobiographisch begründeten Identifikationszwang ausgesetzt sieht, dem er bei der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Thema nachgibt. In diesem Fall stellt sich die Frage, ob hier nicht mit professoralem Gewicht der Versuch unternommen wurde, nach vierzig Jahren eine ganze Generation wieder gesellschaftsfähig zu machen.

Ganz anders sieht Wehler den Fall des Erlanger Geschichtsprofessors Michael Stürmer gelagert. An Hand von Stürmers Arbeiten zum Deutschen Kaiserreich weist Wehler, der selber auf diesem Gebiet als exponierter aber ausgewiesener Historiker gilt, Stürmers konservative Wende nach. Mit unverhohlener Süffisanz beschreibt er dessen Ehrgeiz, »mit dem ganzen Prestige eines geschichtskundigen Erlanger Gelehrten die Rolle der modernen Cassandra zu spielen«, um danach »mit divinatorischer Sicherheit das heilende Elixier« zu empfehlen (S.36): Die (Neu-)Stiftung einer Identität der Deutschen, die durch den Rekurs auf die Geschichte (und vor allem durch die Vermittlungstätigkeit des Historikers) erreicht werden soll (S.73). Diese Position Stürmers ist auch durch seine Beiträge zur Gründung eines Berliner Geschichtsmuseums bekannt², neben seiner vermuteten Kanzlerberatungstätigkeit ein weiteres politisches Wirkungsfeld.

Wehler kritisiert an Stürmers Position unter anderem, daß er eine Identitätssehnsucht der Deutschen behauptet und sie ideologisch anreichere, die so gar nicht existiere. Vielmehr hätten Umfragen ergeben, daß für die »Majorität das politische, wirtschaftliche, gesellschaftliche System der Bundesrepublik den eigentlichen Loyalitätspol« bilde (S.171).

III.

Genau an dieser Stelle der Argumentation trifft man auf einen der Schwachpunkte der Kritik an den konservativen Historikern: den Rekurs auf eine Bundesrepublik, der angesichts der ideologischen Offensive von Rechts eine stabile Liberalität attestiert wird. Nicht erst seit den jüngsten rechtsradikal-deutschnationalen Wahlerfolgen steht diese vor allem im Ausland durchaus in Zweifel. Um Stürmer etwas entgegenzusetzen, versucht sich Wehler an der Formulierung von Glaubenssätzen: Was dem einen die fehlende nationale Identität, ist dem anderen die Loyalität zur real existierenden Bundesrepublik. Dazu ist grundsätzlich anzumerken, daß Loyalität noch nichts mit einer wie auch immer gearteten Identität zu tun hat. Mit Recht verweist Wehler selbst darauf, daß zu einem wünschenswerten Identitätsbewußtsein auch immer die Bereitschaft zur Kritik gehört (S.173).

Die politische Realität der letzten Jahre läßt jedoch die Grenzen deutlich werden, die einer Kritik als inhärentem Bestandteil von Identitätsbildung gesetzt werden. Beispielsweise wird von Beamten nicht nur (passive) Loyalität, sondern (aktive) Identifikation mit dem Staatswesen abverlangt, damit der Staat sich seiner Bediensteten sicher fühlt; kritisches Verhalten (als Bestandteil von Identitätsbildung wohlgemerkt) wird als offen illoyales Verhalten interpretiert und bestraft, wie bei Blockadeaktionen und der Volkszählung zu beobachten war. Offen tritt hier das Problem zutage, daß eine kritische Identität mit der Staatsraison konfliktieren muß, wenn sie sich nicht innerhalb der von den Herrschenden gesetzten Grenzen bewegt. Angesichts dieser Tatsache ist der Versuch von Jürgen Habermas, dem Anspruch der Rechten auf eine »nationale Identität« von links mit dem Begriff vom »Verfassungspatriotismus« zu begegnen, nur hilflos zu nennen. Sicher ist »die vorbehaltlose Öffnung der Bundesrepublik gegenüber der politischen Kultur des Westens ... die große intellektuelle Leistung unserer Nachkriegszeit«³, aber daß damit eine »postkonservative Identität«⁴ einhergeht, deren Kriterium die Überwindung von »geschlossenen« Erklärungsmustern ist, muß bezweifelt werden.⁵ Ein wichtiges Ergebnis des »Historikerstreits« besteht immerhin darin, daß die konservative Konzeption von Identitätsbildung als ein auf Konsens aufgebautes und autoritär strukturiertes Weltbild von der Kritik erkannt wurde, und es wurde offenkundig, daß damit allein die Forderung nach Identifikation mit der »Nation« gemeint war.

Muß die Linke aber nach solchen Erfahrungen mit rechten Identitätskonzepten gänzlich auf Identität *mittels Geschichte* verzichten? Verwechselt man Identität nicht mit Identifikation, wie dies auch bei der Auseinandersetzung im Verlauf des »Historikerstreits« häufig der Fall war, sondern definiert Identität als das sich ständig verändernde Ergebnis einer Auseinandersetzung mit sich selbst und mit der Gesellschaft, so kann

der Anteil historischer Erklärungszusammenhänge kaum unterschätzt werden.⁶ Mit Recht wird auch in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen, daß es vor allem die kleinräumlichen (statt der nationalen) Bindungen waren, die seit den späten siebziger Jahren einen Identitätsschub in der Bundesrepublik bewirkten.⁷ Hieran hatte die Alltagsgeschichte und die kritische Regionalgeschichte ihren Anteil, die in Form von Geschichtswerkstätten und Gedenkstätteninitiativen selbst oft Teil eines regional und zugleich kritisch-historisch orientierten Identitätsfindungsprozesses sind. Es ist kein Zufall, daß gerade diese Geschichtsarbeit in den vergangenen Jahren den historischen Diskurs beeinflusste.

IV.

In dieser Hinwendung zum Lokal-Konkreten verortet W.F.Haug eine Schwäche der Linken: »Die linke Öffentlichkeit für Analyse und Diskussion gesellschaftlicher Zusammenhänge verfiel«, die politische Rechte wurde zu einem öffentlich vorgetragenen ideologischen Vorstoß ermutigt.⁸ Der »Historiker-Streit« sei weniger eine Debatte um Geschichte als vielmehr die öffentliche Meinungsbildung unter Angehörigen der bürgerlichen Machteliten (S.166). Den Hauptteil der Untersuchung Haugs bildet daher die Analyse von Begriffen und Argumentationsmustern des »Historiker-Streits« und seiner Vorläufer, der Stellungnahmen zum Nationalsozialismus aus den Jahren 1983 und 1985. Letztlich kann Haug diese Debatten als einen Versuch interpretieren, durch eine Umdeutung der Vergangenheitsbewältigung in einen neuen Antibolschewismus eine erneute Zuspitzung der Ost-West-Konfrontation zu erreichen (S.175).

Der »Historiker-Streit«, so Haugs These, ist weniger ein Streit der Historiker um Geschichte als vielmehr ein öffentlicher Streit um das in der Bundesrepublik herrschende »Geschichtsbild«.⁹ Bis hierher deckt sich seine Position mit der anderer Analytiker des »Historiker-Streits«. Warum aber, so fragt er weiter, beteiligten sich fast nur Historiker an dieser Debatte, warum wird »ideologisches Gelände« plötzlich öffentlich von Historikern besetzt (S.233)? Haug sieht hier langfristige Reaktionen auf die gesellschaftlichen Veränderungen in der Bundesrepublik seit 1968 wirksam. Geschichte habe erst seit dieser Zeit eine machtlegitimierende und konsensstiftende Funktion gewinnen können. Als Beispiel für eine solche Legitimationsstrategie führt er das »Bitburg-Spektakel« an, bei dem es den Konservativen um die Dokumentation eines »Schlußstrichs« unter die Kritik am deutschen Faschismus gegangen sei (S. 202 passim). Eine weitere Folge sei jedoch gewesen, daß sich die Generation der »Zwangsentnazifizierten« (S.243) nun getraut habe, öffentlich Stellung zu dem zu nehmen, was vorher Domäne der Linken gewesen war — die Debatte um den Faschismus und seine Folgen.

Ist Haugs Analyse detailliert und — im Gegensatz zu vielen publizistischen Äußerungen des »Historiker-Streits« — präzise, so gelingt es ihm doch nicht, die gewonnenen Erkenntnisse in eine gleichwertige positive politische Konzeption umzusetzen. Das Zitieren von Forderungen nach einem antifaschistischen Bündnis (S.311) reicht nicht aus, um Politik links von Habermas abzustecken.

Daß die Antworten der Linken auf die Thesen des »Historiker-Streits« insgesamt

noch nicht befriedigen, sollte als Argument verstanden werden, die Diskussion auch nach dem Abflauen des öffentlichen Interesses weiterzuführen. So wenig ergiebig die Thesen Noltes und anderer in fachwissenschaftlicher Hinsicht sind, so wirksam waren sie als Auslöser für eine breit angelegte Selbstverständnisdiskussion über die politisch-historische Moral der Bundesrepublik. Es sollte daher als Glücksfall angesehen werden, daß der »Historiker-Streit« in der Presse und nicht in Fachzeitschriften ausge-
tragen wurde.

Was in der heftigen Debatte übersehen wurde, ist die Tatsache, daß sich die vier vielgenannten konservativen Historiker innerhalb des Fachs in einer Randposition befinden. Es fand sich niemand, der ihre inhaltlichen Positionen verteidigte, obwohl die überwiegende Mehrheit der »Zunft« als konservativ gilt. Allerdings stimmt bedenklich, daß die — im Zuge von Identitätsbildung zwingend notwendige — Polarisierung der Öffentlichkeit als Gefahr für den »dünnen Boden« liberaler politischer Kultur in der Bundesrepublik angesehen wird.¹⁰ Es ist — und das macht der »Historiker-Streit« sehr deutlich — typisch für die Konservativen, daß sie die Angriffe gegen den Stilbruch, den Habermas nach ihrer Ansicht in der Diskussion begangen haben soll, mit der Forderung nach einer stabilisierenden Wirkung von Geschichtsforschung verbinden.

V.

Zu fragen ist abschließend, ob im Gefolge des »Historiker-Streits« neue Trends in der Geschichtswissenschaft und ihrem öffentlichen Auftreten festzustellen sind. — Der Boom der Alltags- und kritischen Regionalgeschichte ist, was ihre Öffentlichkeitswirksamkeit angeht, seit dem »Historiker-Streit« vorbei. Es dominieren wieder die »großen Themen« in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus. Symptomatisch für diesen Trend sind zwei Sammelbände, die als Produkte des »Historiker-Streits« verstanden werden können.

Unter dem Titel »Geschichtswende?« analysieren Mitarbeiter des Freiburger Militärgeschichtlichen Forschungsamtes den Zusammenhang von »Historiker-Streit«, den Museumsgründungen in Bonn und Berlin sowie der konservativen Ideologie der »Stahlhelm-Fraktion« innerhalb der CDU. Direkt zum »Historiker-Streit« resümiert Gerd Ueberschär den Ablauf der Debatte, wobei er — im Gegensatz zu Wehler — vor allem auf die engere historische Relevanz der Argumente eingeht. Informativ für die mit dem Thema nicht vertrauten LeserInnen ist der Beitrag Ulrich Roses zu den Museumsgründungen in Bonn und Berlin sowie dem in Bonn geplanten Kriegsoffermahnmal. Thomas Schnabel beschreibt die »Schnittstellen von Politik und Geschichte seit der Wende«. Öffentliche Äußerungen und öffentliches Auftreten von Regierungspolitikern lassen ihn in einer vergleichenden Analyse zu dem Schluß eines signifikanten Richtungsstreits innerhalb der CDU/CSU kommen. In inhaltlichem Zusammenhang mit den obigen Bemerkungen zu Hillgruber sei hier auf den instruktiven Beitrag Wolfram Wettes hingewiesen, der den Versuch einer Wiederbelebung der Präventivkrieg-These durch Alfred Dregger und den Historiker Klaus Hildebrand als eine »Wiederbelebung des Antibolschewismus mit historischen Mitteln« beschreibt.¹¹ Leider stehen die genannten Beiträge ohne einen direkten Bezug aufeinander, so daß

eine den Titel des Sammelbandes stützende gemeinsame These fehlt. — Direkt auf den thematischen Anlaß des »Historiker-Streits« geht der von Dan Diner herausgegebene Sammelband »Ist der Nationalsozialismus Geschichte?« ein. Die Mehrzahl der Beiträge befaßt sich mit dem Problem der Historisierung des Nationalsozialismus und einer durch diese Historisierung hervorgerufenen Gefahr der Relativierung der NS-Verbrechen.¹²

Bemerkenswert ist hier Ulrich Herberts kompakter Aufsatz über die Fremdarbeiterpolitik, die in einem direkten Zusammenhang mit dem rassenpolitischen Vernichtungswillen des NS-Regimes steht. Dagegen scheint das Plädoyer Detlev Peukerts für eine Historisierung des Nationalsozialismus in diesem Band — wie auch im gesamten Spektrum der Historikeraußerungen zum »Historiker-Streit« — eine Randexistenz zu fristen. Unter Hinweis auf Martin Broszat verfißt Peukert die These, daß erst die genaue Untersuchung von Alltagserfahrungen die dem Modernisierungsprozeß inhärenten Bruchstellen deutlich machen könne, mittels derer die Barbarei — und in seiner ausgeprägten Form das KZ-System — historisch zu verorten seien. Der Hinweis auf Martin Broszat, dessen 1985 im »Merkur« erschienener Aufsatz eine Historisierung des Nationalsozialismus einklagte, weist an die Wurzeln des »Historiker-Streits« zurück, denn der Vorwurf an die konservativen Historiker lautete auf eine unzulässige Historisierung, mittels derer sie eine Relativierung der NS-Verbrechen hätten erreichen wollen.¹³

Saul Friedländer lehnt in seinem Beitrag nicht nur den unwissenschaftlichen und legitimierenden Umgang Noltes mit dem Konzept der Historisierung ab, sondern kritisiert auch den von Broszat geforderten Zugang. Wer — so seine Kritik — den Schwerpunkt auf die langfristig wirksamen sozial- und strukturgeschichtlichen Verläufe lege, verliere den »Brennpunkt« der Epoche aus den Augen. Dieser Brennpunkt sei eindeutig das rassistisch motivierte Vernichtungssystem der Nationalsozialisten: »Mit der Bewertung der Nazi-Verbrechen als spezifische oder als nicht spezifische wird über das Wesen des Nationalsozialismus befunden.« (S.48) Das geht gegen Nolte, trifft aber auch die Linke, denn jenseits aller abwägenden Argumente, die den Verfechtern einer kritischen Historisierung zumindest guten Willen bescheinigen, bleibt doch letztlich die Forderung nach einer einzigen leitenden Kategorie der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus bestehen. Kurz: wenn Auschwitz der Brennpunkt der Epoche ist, dann muß sich alle auch sozialgeschichtlich orientierte Forschung auch nach diesem Brennpunkt ausrichten. Es muß befürchtet werden, daß hier als Zuspitzung genannt wird, was letztendlich zu einer Verengung wissenschaftlicher Fragestellungen führt. Sollte die geforderte Umorientierung zu einem Paradigmawechsel führen, dessen Ergebnis der Gesellschafts-, Sozial- und Alltagsgeschichte nur noch dienende Funktion zuweist? Dies sind sicher nicht die gewünschten Folgen der Kritik an den Legitimationsversuchen rechter Historiker. Eher ist zu wünschen, daß der Streit der Kritiker untereinander einer Klärung dessen, was Historisierung bedeutet, dient.

An dieser Stelle wird noch einmal deutlich, warum der »Historiker-Streit« weniger die ideologische Stärke der Rechten als vielmehr die Schwäche der Linken beleuchtet. Statt sich provoziert zu fühlen, angesichts diese Vorgehens konservativer Historiker die

eigenen Positionen zu klären und damit den Diskurs zu bestimmen, bleibt es bislang in der Regel bei einer Vermeidungsstrategie, der wohl die Annahme zu Grunde liegt, politische Stellungnahmen — die zudem häufig noch defensiven Charakter tragen — seien allein ausreichend. Daß Geschichte politikmächtig sei, haben ja gerade linke Historiker oft genug festgestellt, nur scheint es, sie handelten nur zögernd danach.

Anmerkungen

- 1 Unter mehreren Sammelbänden sei als zuverlässigsten verwiesen auf: »Historiker-Streit«. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München, Piper 1987; vgl. als Einführung auch Karsten Rudolph: Neokonservative Tendenzwende in der Geschichtswissenschaft. In: *spw* 34, 10. Jg., 1987, S.8-13.
- 2 Vergleichsweise ausführlich hierzu Michael Stürmer: Berlin und Bonn — auf der Suche nach deutscher Geschichte. In: *Museumskunde* 49, 1984, H.3, S.142-153.
- 3 Jürgen Habermas: Eine Art Schadensabwicklung, abgedruckt in: »Historiker-Streit« (FN 1), S.62-76, hier S.75; daß es sich offenbar um das Selbstverständnis einer Gründergeneration handelt, formuliert Helmut Schmidt: »Wir lassen diesen Staat und seine Verfassung nicht in den Dreck ziehen. Wir haben diesen Staat gewollt; das ist unser Staat und unsere Gesellschaft.«, zit. n. Martin Broszat: Die Ambivalenz der Forderung nach mehr Geschichtsbewußtsein. In: Hilmar Hoffmann (Hrsg.): Gegen den Versuch, Vergangenheit zu verbiegen. Eine Diskussion um politische Kultur in der Bundesrepublik aus Anlaß der Frankfurter Römerberggespräche 1986, Frankfurt/Main, Athenäum 1987, S.75.
- 4 Habermas, a.a.O., S.75.
- 5 Vgl. hierzu Kritik von Barbara Hahn, Peter Schöttler: Jürgen Habermas und »das ungetrübte Bewußtsein des Bruchs«. In: Heide Gerstenberger, Dorothea Schmidt (Hrsg.): Normalität oder Normalisierung? Geschichtswerkstätten und Faschismusanalyse, Münster 1987, S.170-177, zuerst in *Die Tageszeitung* v. 18.7.1987.
- 6 Zur Bedeutung kritischer Distanz gegenüber historischen Leitbildern bei der Entwicklung einer historischen Identität vgl. Jörn Rüsen: Ansätze zu einer Theorie des historischen Lernens (Teil I: Formen und Prozesse). In: *Geschichtsdidaktik* 10, 1985, H.3, S.249-265. Folgt man dem Rüsen'schen Stufenmodell, so würden die Identifikationsangebote von Stürmer und anderen den Vorschlag bedeuten, sich auf dem niedrigsten Niveau, auf der Stufe »traditionaler Sinnbildung« einzurichten. Die Annahme dieses Angebots würde kritisches Nachdenken überflüssig machen.
- 7 Vgl. Thomas Schnabel: Geschichte und Wende. Vom heutigen Gebrauch der Vergangenheit bei konservativen Politikern und Publizisten. In: Gernot Erler u. a.: *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Vergangenheit*, Freiburg/Br. 1987, S.10, sowie vor allem Broszat, wie Anm.3.
- 8 Wolfgang Fritz Haug: Vom hilflosen Antifaschismus zur Gnade der späten Geburt, Hamburg/Berlin 1987, S.164; warum die Linke das Feld der öffentlichen Diskussion nicht besetzt halten konnte, wird in Haugs Argumentation jedoch nicht recht deutlich. Zu fragen ist ferner, ob die siebziger Jahre tatsächlich einen Verfall linker theoretischer Kultur oder nicht eher eine Umbruchsphase markieren.
- 9 Ebd., S.229; der Begriff wird von Hans Mommsen übernommen.
- 10 Thomas Nipperdey: Unter der Herrschaft des Verdachts. Wissenschaftliche Aussagen dürfen nicht an ihrer politischen Funktion gemessen werden. In: »Historiker-Streit« (s.FN 1), S.215-219, hier S.218.
- 11 Die These besagt, daß Hitler (sic!) den Krieg gegen die Sowjetunion 1941 begonnen habe, um einem Überfall auf Deutschland vorzuzukommen.
- 12 Die sehr verschiedenartigen Beiträge sind Ergebnisse einer Ringvorlesung an der Universität/Gesamthochschule Essen im Wintersemester 1986/87.
- 13 Mit Recht verweist Haug unter Hinweis auf die gegen Broszat erhobenen Vorwürfe auf den Zusammenhang von »Historisierung« und »Entmoralisierung« bzw. »Entpädagogisierung« hin, die — von der politischen Pädagogik längst als Problem erkannt — auch noch im Verlauf des »Historiker-Streits« ein Tabu bilden (vgl. Haug, S.180f.).

Frank Heidenreich

Der Große Konsens über die Geschichte

»40 Jahre BRD — 40 Jahre Alternativen in der Demokratie«
Forum der SPD am 2. und 3. März 1989 in Bonn

Eine politische Partei, zumal eine so traditionsreiche wie die Sozialdemokratie, kommt immer wieder auf die Frage nach ihrem Standort in der Geschichte, nach den Bedingungen und den (verpaßten) Chancen des eigenen Handelns zurück. Sie wird vergangene Entwicklungen und Kämpfe nicht oder jedenfalls nicht vorrangig als eine Erfolgsgeschichte feiern, wie es Staatsveranstaltungen auszeichnet. Die Historische Kommission beim Parteivorstand der SPD mag diesen Typus *offiziellen* Gedenkens als negatives Vorbild vor Augen gehabt haben, das nicht kopiert werden sollte. Ihr Konzept wollte, so die Einladung, Diskussionen ermöglichen »über Stärken und Schwächen sowie über Möglichkeiten der Erneuerung und der Verlebendigung unserer Demokratie«.

Bei der Podiumsdiskussion zum Thema »Das System Adenauer — Die beste deutsche Demokratie« war allerdings besonders unbefriedigend, daß eine streitbare sozialdemokratisch orientierte Stimme fehlte. Die Politik der Partei Schumachers, ihre Erfolge, ihre Illusionen und Irrtümer, fanden keine wirkliche Berücksichtigung. Lediglich *Susanne Miller* (Vorsitzende der Historischen Kommission) als Diskussionsleiterin kritisierte die beschämende Tatsache, daß selbst in den Diskussionen der SPD die Tradition des Widerstands gegen den Hitler-Faschismus keine herausragende Rolle spielte. »Im Rückblick müssen wir uns heute wundern und fragen, warum wir als Sozialdemokraten nicht offensiver und aggressiver waren.«

Wie weit damals das Verschweigen der Geschichte in allen Teilen der »Wirtschaftswunder-Gesellschaft« ging, ist heute wieder deutlich mehr umstritten als noch vor 20 Jahren, als der Druck einer Bewegung zwang, gegen die ideologischen Reden über »Machtergreifung« und »Zusammenbruch« die Kontinuitäten deutscher Geschichte von Weimar bis Bonn aufzuspüren. So erklärte *Peter Haungs* (Trier) den etwa 250 erstaunten ZuhörerInnen im Foyer des Ollenhauer-Hauses ernstlich, Versäumnisse lägen nicht vor und für (Selbst-)Vorwürfe wegen unterlassener Bewältigungsleistungen bestehe kein Anlaß. Schließlich seien Wiedergutmachungen und Entschädigungen »Marksteine« in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus gewesen, und die NS-Prozesse der fünfziger Jahre (Sachsenhausen-Prozeß in Bonn u.a.) hätten auf die Öffentlichkeit doch nachhaltigen Eindruck gemacht.

Daß dieses Bild gründlich retuschiert ist, deutete *Lutz Niethammer* (Hagen) immerhin an. Die Wiedergutmachung erreichte die meisten Opfer überhaupt nicht, denn 90 Prozent der Leistungen gingen an Deutsche. Die politische Kultur der BRD war von kollektivem Schweigen über den Nazismus geprägt, nicht zuletzt deshalb, weil die Mehrheit in Deutschland nicht das »Dritte Reich«, dafür aber dessen Ende durch die Befreiung von außen als die eigentliche Katastrophe empfand. Nicht Polen, die Sowjet-

union und die europäischen Juden wurden als die Hauptopfer eines lange geplanten Vernichtungsfeldzuges wahrgenommen; statt dessen bestimmte die angebliche eigene Opferrolle — scheinbar evident auf Grund von Besetzung und Vertreibung — das normale deutsche Bewußtsein.

Gegen *Rudolf Morsey* (Neustadt), der argumentierte, die Beschäftigung mit dem Hitler-Regime habe, wie die Gründung des Münchener »Instituts zur Erforschung der Geschichte des Nationalsozialismus« Ende der vierziger Jahre beweise, schon früh eingesetzt, bestand *Christoph Kleßmann* (Bielefeld) auf der Bedeutung anderer Fakten: Die in Potsdam vorgesehene Entnazifizierung scheiterte nicht an fehlender praktischer Umsetzbarkeit, weil durch die Erhebungen der US-Militärregierung ein zu großer Personenkreis erfaßt wurde; vielmehr fiel sie dem Kalten Krieg politisch zum Opfer. Ihre ursprüngliche Zielsetzung wurde geradezu ins Gegenteil verkehrt. Aus der Ermittlung von Nazi-Verbrechern wurde die Verteilung von »Persilscheinen«, SS-Einsatzgruppenführer wurden von den Alliierten aus der Haft entlassen. Hatten sich Faschisten nicht als zuverlässige Antikommunisten bewährt? Die erste Regierungserklärung Adenauers erwähnte die Nazi-Vergangenheit mit keinem Wort, und erst 1958 kam es zur Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle zur Erfassung von NS-Verbrechen. Die halbherzige justitielle Aufarbeitung war der Preis für die Versöhnung der nationalkonservativen Kräfte mit der von Adenauer gewollten Westintegration.

Unerwidert blieb, was Haungs die Hauptsache war: Obwohl »wenig Spielraum« für den Ersatz der alten Apparate und ihrer Beamten existierte, bewährte sich die Bundesrepublik unter Adenauer als eine »stabile Demokratie«. Als ob nicht der 131er Paragraph 1951 einem klaren politischen Programm der konservativen und kapitalistischen Rekonstruktion entsprochen hätte! Sicher war die geschichtliche Situation in Deutschland nach 1945 vom Standpunkt der Arbeiterbewegung für sozialistische Perspektiven weniger offen als 1918. Aber der SPD von heute scheint es nicht mal mehr ein Problem zu sein, warum das »System Adenauer« siegte, die Versuche der wirtschaftlichen Neuordnung mit dem Betriebsverfassungsgesetz 1952 scheiterten und die unpopuläre Wiederbewaffnung durchgesetzt werden konnte. Die heikle Frage nach dem Anteil von SPD (und auch der deutschen Kommunisten) an dieser Entwicklung stand gar nicht erst auf der Tagesordnung, so daß sich ihre Beantwortung nicht aufdrängte. *Thomas Schmid* (Lorsch) stieß denn auch anderntags auf Unverständnis und blieb ohne Erwiderung, als er in einer Nebenbemerkung äußerte, die SPD habe sich auf »unwürdige Weise vom Sozialismus verabschiedet«.

Auf die These von der besten Demokratie unter Adenauer nahm nur noch *Annette Kuhn* (Bonn) in der Podiumsrunde über '68 und die Folgen Bezug. Sie sah in der Intellektuellen-Bewegung den ersten Demokratisierungsschub nach Etablierung der Bundesrepublik und daher die »bedeutsamste Bewegung in unserer Nachkriegsgeschichte«. Die Auswirkungen dieses demokratischen Aufbruchs seien bis heute nicht abschätzbar, weshalb der Begriff des Scheiterns zur Erfassung ihres Stellenwerts nicht taue. *Iring Fetscher* (Frankfurt/Main) hob die Renaissance des theoretischen Marxismus als positive Leistung der Studentenbewegung hervor.

Der Eindruck einer Großen Koalition in Grundfragen bundesdeutscher Geschichts-

betrachtung wurde durch die Zusammensetzung der insgesamt drei Podien sowie durch das harmlose »Streitgespräch« zwischen Oskar Lafontaine und Lothar Späth noch verstärkt. Nicht daß gegen die Einladung von christdemokratischen Politikern und Professoren etwas einzuwenden wäre — im Gegenteil: Die Auseinandersetzung mit ihnen ist eine notwendige Herausforderung der eigenen Position. Das konservative Lager war — neben Haungs, Morsey und Späth — mit *Gerd Langguth* (früher RCDS) und *Michael Stürmer* auf allen Podien gut vertreten. Daß aber keine Intellektuellen der Gewerkschaften und nur ein — zudem keineswegs repräsentativer — Vertreter der Grünen (*Thomas Schmid*) eingeladen waren, machte sich als Eingrenzung des Spektrums der Meinungen auf der Linken geltend. Wäre die Einbeziehung eines Hans Preiss, einer Dorothee Sölle oder eines organisierten Kommunisten wie Josef Schleifstein nicht der Streitkultur einer solchen SPD-Veranstaltung zugute gekommen?

Einzig *Helga Grebing* (Göttingen) störte auf dem Podium »Die Bundesrepublik als Ende des deutschen Sonderwegs?« die Atmosphäre »nie gekannter politischer Harmonie«, die Eckhard Fuhr in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* spöttisch konstatierte (FAZ vom 6. März 1989, S.3). Zwar vermied auch sie, die Schaffung der separaten »Bundesrepublik Westdeutschland« (Anna Siemsen) als solche kritisch zu beleuchten. Sie betonte allerdings den beim diesjährigen Jubiläum eher unerwünschten Gedanken, daß es Kontinuitäten im postfaschistischen Deutschland gab, mit denen zu brechen für das Projekt einer politischen und sozialen Demokratie nicht nur notwendig gewesen wäre, sondern auch durchaus im Bereich des historisch Möglichen lag. Indem Grebing die wirtschaftliche Verfassung der BRD beim Namen nannte und von Kapitalismus sprach, machte sie jene gesellschaftsverändernden sozialistischen Zielsetzungen nachvollziehbar, die Anfang der fünfziger Jahre noch die Basis der sozialdemokratischen Programmatik bildeten.

Zu dem weitgehenden Konsens über die Vergangenheit paßte die aktuell-politische Debatte zwischen *Oskar Lafontaine* und *Lothar Späth*. Zwei brillante Berufspolitiker boten Kostproben ihres rhetorischen Talents und stellten darüberhinaus ihre Neigung zur Demagogie unter Beweis. (Lafontaine: Christliche Sonntagsruhe sei für ihn als Sozialdemokrat nicht das Problem ...) Der Polemik fehlte gleichwohl die Substanz, kontrovers waren nicht politische Gesamtkonzepte, sondern Einzelfragen. »Die Differenzen zwischen beiden«, meinte die *FAZ*, »können alle darauf zurückgeführt werden, daß sie ihre Konzepte einer jeweils anderen Klientel schmackhaft machen müssen.« Kommt nach dem Einvernehmen über die Geschichte eines Tages wieder die Große Koalition in der Politik? Das ist glücklicherweise noch völlig offen. Und die *Frankfurter Allgemeine* übertreibt sicher, wenn sie die Konzepte dieser beiden möglichen Kanzlerkandidaten, etwa zur ökologischen Reformpolitik und zur sozialen Abfederung neuer Technologien, gleichsetzt. Aber man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, daß der Diskurs der berufspolitischen Überheblichkeit und der Demagogie, den beide bedienen, im Widerspruch zu ihrer Problemlösungskapazität steht und dazu geeignet sein kann, ungerichtete Parteiverdrossenheit ebenso zu fördern wie den Zulauf zu rechts-populistischen Parteien.

Norbert Mappes-Niediek

Zur Krise des Sozialistischen Hochschulbundes

Der Boden unter den beiden »Standbeinen« des SHB bebt. Der Studentenverband, der sich stets durch seinen Fleiß in der bildungs- und studentenpolitischen Kleinarbeit Ansehen auch bei denen zuschreiben durfte, die ihm politisch nicht wohlwollten, mußte 1988 erleben, wie eine »neue Studentenbewegung« an ihm (wie an allen anderen Organisationen) vorbei entstand. Zugleich erschütterten Glasnost und Perestrojka die angestammte Position des SHB im linken und sozialdemokratischen Spektrum. Organisatorisch geschwächt, an der Hochschule wie neuerdings auch unter den Jungsozialisten wieder an Einfluß verlierend, droht der SHB stehend unterzugehen. Aufbrechende Konflikte in der Organisation versteht die Mehrheit weniger als Chance denn als Bedrohung. Eine verquaste Organisationstheorie, die der SHB sich erst zu Beginn der achtziger Jahre zulegte, steht einer notwendigen Neuorientierung im Wege. Erneuerungswillige, denen Widerstand entgegenschlägt, geben angesichts zahlreicher Alternativen den Kampf um den Verband schnell auf und treten aus.

Anfang 1989 erreichte den SHB aus der Leitung des Hannoveraner Kreises das Angebot, wieder über die Bildung eines gemeinsamen sozialdemokratischen Studentenverbandes nachzudenken. Bis Ende Juli war allerdings noch kein gemeinsamer Termin zwischen SHB und Hannoveraner Kreis zustande gekommen. Nach Darstellung der SHB-Bundvorsitzenden Martina Gründler wurde ein vereinbartes Treffen aus unterschiedlichen Gründen immer wieder verschoben. Den tieferen Sinn der geringen Eile macht Martina Gründler eher mit dem Einwand deutlich, ein Termin für den Zusammenschluß um die Mitte der neunziger Jahre sei wohl reichlich früh. Als weitere Bedenken erwähnte die Bundvorsitzende in einem Gespräch mit dem Autor, man könne nicht wissen, wo in dem vorgeschlagenen Strömungsverband »unsere politische Identität« bleibe. Zudem sei die Idee des Zusammenschlusses nicht aus den für den SHB konstitutiven Notwendigkeiten der Hochschulpolitik geboren.

Sieht man von dem Zeit-Argument ab, das wohl auf eine prinzipielle Unlust schließen läßt, sind die Bedenken Martina Gründlers nicht unbegründet. Ein einheitlicher sozialdemokratischer Studentenverband, der etwa die jahrelange Paralyse des Juso-Verbandes in einem kaum vermittelbaren Richtungsstreit wiederholte, wäre fatal. Die Zurückhaltung des SHB erscheint aber noch in einem anderen Licht, wenn man seine Reaktion auf einen anderen Vorschlag berücksichtigt.

Im Frühsommer legte der MSB Spartakus — der schon vor Jahren in Turbulenzen geraten ist und heute rigoros mit seiner Geschichte umgeht — »Thesen« für seinen Bundeskongreß im Oktober vor. Darin schlägt er einen »parteiunabhängigen Zusammen-

schluß« der linken Hochschulgruppen vor, der aber kein »Einheitsverband« werden soll: »Vielmehr ist eher von der Stabilität sozialdemokratischer Orientierungen in der StudentInnenbewegung und von der Weiterexistenz fundamentalistischer Positionen auch in Zukunft auszugehen.« Wie der neue Verein genau aussehen soll, sagt der MSB nicht. Das zu diskutieren sei Aufgabe aller, und zwar auf einem Kongreß im Februar oder März 1990. Diesen Vorschlag lehnt der SHB ab. Erst müsse, so Martina Gründler, die Aufgabe der linken Organisationen gegenüber der neuen Studentenbewegung geklärt werden, bevor man über eine Reorganisation nachdenken könne.

In der neuen SHB-Mitgliederzeitung *SHB-Aktuell* antwortet der Bundesvorstand, nach einer Diskussion des MSB-Vorschlags im Bundesausschuß in einer Weise, als gälte es, den MSB vor sich selbst in Schutz zu nehmen: Mit den Vorschlägen werde »das bisherige Konzept eines marxistischen Verbandes, der auf die kommunistischen Kräfte orientiert, aufgegeben«. Der MSB wolle »Ausstrahlung in die Bewegung« erreichen, indem er sich ihr öffne und dafür klare marxistische Grundlagen als Plattform der Organisationen aufgebe. Statt dessen gehe es darum, »Menschen für unsere Politik zu gewinnen«, und nicht darum, »die eigenen Inhalte und Politikformen denen der Bewegung anzupassen«. Die traditionelle Aktionseinheit zwischen SHB und MSB ist über den Konflikt zerbrochen. Die »Thesen« werden als »Angriff« auf den SHB gewertet (so dessen Landesvorstand Nordrhein-Westfalen), der MSB wird weithin der »Rechtsentwicklung« geziehen.

Ängstliche Abwehr gegen organisatorische wie gegen inhaltliche Neuerungen, trotziges Beharren auf einmal »erreichten« Positionen kennzeichnen den SHB inzwischen deutlich als eine Organisation, die sich auf veränderte Anforderungen kaum mehr einzustellen vermag. Vom Zusammenbruch des scholastischen Systems des »Marxismus-Leninismus« fühlt er sich nicht betroffen, da er nie leninistisch war, obwohl er lange Zeit (mit Ausnahme der Parteitheorie) wichtige Teile und Strukturen legitimatorischer Ideologie mit den Kommunisten geteilt hat: Sein (inzwischen zurückgezogener) Philosophie-Grundkurs, ein Schulungsheft, war die reine Paraphrase eines DDR-Lehrbuches. »Identitätsprobleme« angesichts des offensichtlichen Scheiterns des etatistischen Sozialismusmodells in vielen Ländern mag der SHB nur bei den Kommunisten erkennen. »Unsere marxistischen Grundlagen« werden »weiterentwickelt«, im übrigen aber als kostbares Gut verwahrt und vor Zugriffen geschützt. Daß die »Grundlagen«, ob »marxistisch« oder nicht, längst ins Rutschen geraten sind, liegt außerhalb der Wahrnehmung der Verbandsmehrheit.

Der SHB hat diese beklagenswerte Entwicklung nicht geradlinig genommen, obwohl sich die Kontinuität eines solchen Denkens in der Verbandsgeschichte leicht nachweisen läßt. Nachdem sich der SHB, einstiger Juniorpartner des SDS in der Studentenbewegung, im Zuge der Ausdifferenzierung der Strömungen gemeinsam mit den »Traditionalisten«, später der Assoziation marxistischer Studenten und dann dem MSB ein über lange Zeit tragfähiges Programm der »gewerkschaftlichen Orientierung« gegeben hatte, wurde er in der SPD schnell an den Rand gedrängt und mit Ausschluß bedroht. 1974 begann parteigestützt der Aufbau der Jungsozialisten-Hochschulgruppen als Konkurrenz-Organisation. Richtungskämpfe mündeten 1975 im Austritt von Gruppen, die

in den Juso-Hochschulgruppen den »Freudenberger Kreis« bildeten. Zu dem, was die neu erarbeitete Programmatik ohnehin schon an dogmatischen Fehlern enthalten haben mag, traten neue Versuchungen, sich zur Sekte zu entwickeln: die Marginalisierung in der SPD, verbunden mit administrativen Schikanen, die zunehmende Dogmatisierung und Versteinerung der vielen linken Gruppen und Grüppchen (die für den SHB zwar nie Wunschgegner waren, mit denen er sich aber auf Institutsversammlungen, Teach-ins und dergleichen beständig herumzuschlagen hatte).

In jener Zeit, um die Mitte der siebziger Jahre, entwickelte der SHB ein ausgesprochen »aktionistisches« Profil. Die Schlachten bei den Jusos galten — mit Recht — als fruchtlos, als Gebot der Stunde galt die »Verankerung« durch »Interessenkampf«. Ideologisch hielt man sich den Rücken frei, indem man sich nahtlos in den Konsens der »demokratischen Bewegung« einfügte und, ohne das je ausdrücklich festzuschreiben, mit der DKP und den kommunistischen Parteien des Ostens einen (einseitigen) Nichtangriffspakt schloß. Wenn sich Anlässe boten, wie bei der Ausbürgerung von Wolf Biermann aus der DDR, leistete sich der SHB vorsichtige Distanzierung, bei anderen Gelegenheiten (wie bei der Gefängnisstrafe für Rudolf Bahro) gab es minoritäre innerverbandliche Kritik. Die Orientierung auf die SPD wurde zunehmend abstrakt und formal. SHBler waren in der Partei und bei den Jusos kaum anzutreffen. Neue Mitglieder wurden nicht bei Jusos rekrutiert, sondern bei bis dahin unorganisierten Jungstudenten. Das muß einen nicht wundern: Gegen Ende der siebziger Jahre gab es kaum Jusos um die zwanzig. Wer einigermaßen kritisch dachte, trat in die Schmidt- und Raketenpartei nicht ein. Das bissige Verhältnis des SHB zur SPD entsprach durchaus der herrschenden Stimmung in der Studentenschaft. Einige Gruppen des SHB verschwiegen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit den SPD-Bezug vollständig, um sich nicht zu schaden.

Während noch unter den Bundesvorständen mit der Vorsitzenden Mechtild Jansen, die als 22jährige den desolaten Verband übernahm und ihn wegen allgemeinen Desinteresses weitgehend allein zu führen hatte, die Identitätsfindung des SHB als eines Verbandes von hochschulpolitisch Aktiven im Vordergrund stand, verkam das politische Profil unter den Bundesvorständen Berghorn Ende der siebziger Jahre völlig. Innerverbandliche Diskussionen wurden häufig autoritär abgewürgt, mißliebige Mitglieder mit allerlei Tricks aus Verbandsfunktionen ferngehalten. Statt neue Gedanken und Initiativen zu entwickeln, beschränkte sich der SHB auf stereotype und im Ton aggressive Wiederholung altbekannter »Wahrheiten«. Die Theoriearbeit verfiel (wie in allen anderen linken Gruppen auch); der Bundesvorstand vertrat allen Ernstes die Auffassung, man brauche das *Kapital* nicht zu lesen, da es doch heute so schöne Schulungshefte gebe. Mit der SPD verband viele SHBler so gut wie nichts mehr; einige Bundesvorständler traten gleich nach ihrem Ausscheiden aus der Funktion aus dem Verband aus und der DKP bei. Als Ideal galt im Verband der Typus des »aktiven Fachschafters«, der sich mit allen hochschulpolitischen Spezialitäten gründlich auskannte, Streiks und Demos organisieren konnte und politisch wenig nachdachte.

Das änderte sich 1980 unter dem Bundesvorsitz von Wolfgang Zellner. Erstmals traten wieder Juso-Linke auf SHB-Delegiertenversammlungen auf, um zu diskutieren.

SHB-Mitglieder beteiligten sich am Treffen des »Hannoveraner Kreises«. Die Papiere des Bundesvorstands wurden behutsamer, intelligenter, relevanter. Allerdings vermied es der Verband, sich mit seiner Vergangenheit auseinanderzusetzen. Erfahrungen und die Chance, aus früheren Fehlern zu lernen, wurden weithin der Illusion von einer Art »Neubeginn« geopfert.

Der SHB begann sich ernsthaft mit den Diskussionen in der Parteilinken zu beschäftigen und wurde allmählich wieder gehört. Was 1980 anfang, steigerte sich nach der »Wende« sehr plötzlich, und unter den Bundesvorständen saß und Weinberg war der SHB, parallel zum Wiederaufstieg der Juso-Linken nach dem Desaster des Benneter-Ausschlusses, wenigstens in diesem Kreis ein anerkannter Diskussionspartner. Zu den entschuldbaren Defiziten dieser »Wiederentdeckung« der SPD gehören die illusionären Erwartungen, die dabei bisweilen gediehen. So war der SHB noch bis vor kurzem der Ansicht, die SPD müsse »konsequenterweise« nach ihren Beschlüssen zur Rüstung und zur Kernkraft jetzt nur noch dem Kapitalismus entsagen. Daß die Beschlußrevisionen nach der »Wende« keine Schritte zu einer Sozialdemokratie Bebel'schen Typs waren, hat der SHB, wohl auch wegen mangelnden Kontakts zu seinem Forschungsgegenstand, nicht begriffen.

Gleichzeitig wurde vor allem auf Initiative der Gruppen Siegen und Bochum eine Organisationsreform in Angriff genommen, die den Zweck hatte, den darniederliegenden Verband wieder handlungsfähig zu machen. So richtig dieses Ziel war, so fatal war der Weg, auf dem es erreicht werden sollte. Ausgehend von einer selbstgebastelten Organisationstheorie, die sich von der leninistischen unterscheiden sollte, und von einer eigenartigen Rezeption der kritischen Psychologie wurden »Verbandsprinzipien« entwickelt, die sich direkt aus den Werken von Marx und Engels herleiten sollten und die dann schon im Namen ihre Ähnlichkeit zum längst überwunden geglaubten Stalinismus verrieten: »Kritik und Selbstkritik«, »Planung und Leitung«, »Einheitlichkeit und Verbindlichkeit«, »Verantwortungsbewußtsein und Disziplin«.

Nachdem vor allem die Sponti-Bewegung das Thema Persönlichkeit und Politik auf die Tagesordnung gesetzt hatte, reagierte der SHB mit einer Erweiterung seines politischen Anspruchs auf die Persönlichkeit seiner Mitglieder, bei gleichzeitigem Ausbau seiner autoritären Strukturen. Gruppen mußten sich fortan vom Bundesvorstand nach ihrem persönlichen Zusammenhalt befragen lassen, Zwischenmenschliches wurde ideologisiert und »operationalisiert«. »Wir«, so ein programmatischer Satz, der in Inhalt und Stil an Pietismus und Empfindsamkeit denken läßt, »setzen den spontanen Emotionen die Motivation als an notwendigen Handlungen von als bedeutsam erkannten Zielen ausgerichtete Emotionalität entgegen«. Schlimmer noch als dieses — glücklicherweise später kaum genutzte — Instrumentarium zum organisierten Psychoterror wirkte sich freilich die ideologische Überhöhung der »Verbandsprinzipien« aus. Zur »Einheitlichkeit und Verbindlichkeit« etwa heißt es noch im neuesten Papier zur Programmdebatte: »Weil der SHB von der prinzipiellen Erkennbarkeit der Welt ausgeht, versucht er in all seinen Entscheidungen Einheitlichkeit herzustellen.«

Solche Begründungen, so lächerlich sie mögen, verstellen dem SHB heute seine Möglichkeiten zur Selbstkritik und Neuorientierung. Denn wenn er jetzt zu der Über-

zeugung kommen sollte, daß »Einheitlichkeit« der Entscheidung nicht immer das rechte ist, müßte er sich geradezu für agnostizistisch halten. Selbst Kritiker der Verbandslinie arbeiten sich allzuoft mühselig durch den angehäuften Theorieschrott, anstatt zielstrebig die Probleme zu benennen. Offenbar hat noch niemand den Mut gefunden zu sagen, daß der Kaiser gar keine Kleider anhat. — Dennoch gibt es auch innerhalb des Verbandes Kritik und Bewegung — wie immer in der Geschichte des SHB, wenn auch nicht jederzeit von außen erkennbar. Die ehemaligen Bundesvorsitzenden Zellner und Saß sind mit dem heutigen Bundesvorstand deutlich über Kreuz. Der erwähnte Oliver Brosch, der maßgeblich an der Erneuerung der sozialdemokratischen Orientierung des SHB mitgewirkt hat und noch bis Anfang dieses Jahres die Programmdiskussion als dafür eingesetztes Kommissionsmitglied bestimmte, ist im Juni ausgetreten. Schon im Januar schied die gesamte Redaktion der Verbandszeitschrift *frontal* aus dem Verband aus. Vorläufiger Scheitelpunkt der Welle ist der Austritt einer ganzen Gruppe, des SHB Uni Köln, die sich Ende Juni vorerst zum — wohl totgeborenen — »Unabhängigen Sozialistischen Hochschulbund (USHB)« ausrief. Die Kölner hatten besonders die mangelnde Demokratie im SHB beklagt. Ihnen war daraufhin (von der Gruppe der FH Münster) vorgeworfen worden, es sei »verbandsschädigend, solche internen Fragen öffentlich zu diskutieren, insbesondere vor dem Hintergrund steigender staatlicher Repressionen (§ 129a; ist Demokratie kein anschlagsrelevantes Thema?!)«. In mehreren Gruppen des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen waren zuvor Ausschlußanträge gegen die Kölner Gruppe gestellt worden, und der Landesvorstand hatte die Diskussion mit der Gruppe aufgekündigt und mit Ausschluß gedroht.

Zur verbliebenen Verbandsopposition zählen die Gruppen Mainz, FH Köln und Aachen sowie Mitglieder aus Bielefeld, Dortmund, Münster und Wuppertal, die sich zum »Offenen Kreis« im SHB rechnen. Sie kritisieren vor allem mangelnde innerverbandliche Demokratie und den Umgang mit den Umbrüchen in den sozialistischen Ländern. Mit ihnen will die Verbandsmehrheit sich politisch, nicht administrativ auseinandersetzen, versichert die Bundesvorsitzende Martina Gründler.

Die Organisationsreform der achtziger Jahre hat die vertikalen Strukturen des traditionell föderal orientierten SHB verstärkt. Eine Vielzahl von »Leitungen« mit genauer Funktionsbestimmung steht unter Legitimationsdruck von oben. Personalentscheidungen sind noch immer wenig transparent, wenn sich das auch inzwischen gebessert hat. Schon kurz nach der Bundesdelegiertenversammlung, die den Bundesvorstand gewählt hatte, wechselte der Bundesvorsitz von Chris Cohen zu Martina Gründler. Der scheidende Bundesvorsitzende gab eine gespenstische Erklärung ab, mit der er sich selbst der Unfähigkeit bezichtigte. Kritisiert werden ferner »Herdenzwang durch Klatschmärsche«, nicht geheime Wahlen, dafür aber Heimlichtuerei bei der Auswahl der »Kader«. Zu den zentralen Forderungen der Oppositionellen gehört zudem, den Bundesausschuß, das höchste Gremium zwischen den Bundesdelegiertenversammlungen, von den Gruppen nominieren zu lassen; nach der geltenden Satzung wird er von der Bundesdelegiertenversammlung gewählt, die aber bis in die jüngste Vergangenheit als Akklamationsgremium die Vorschläge des Bundesvorstandes rhythmisch zu beklatschen pflegte.

Für wesentlich mehr Aufsehen sorgt gegenwärtig die Haltung des SHB zu den sozialistischen Ländern. Nach dem Massaker auf dem Tiananmen-Platz verabschiedeten die VDS auf einer Tagung eine knappe, aber wütende Protesterklärung gegen die gewaltsame Niederschlagung der studentischen Demokratiebewegung. Einzig der SHB — in Gestalt seines VDS-Zentralratsmitglieds Sabine Zolper — mochte die Erklärung nicht mittragen, denn der SHB brauche für solche Entscheidungen Zeit. Zwei Tage später versandte der SHB-Bundesvorstand an alle Asten eine eigene Stellungnahme, die moderater ausfiel, und die man getrost als einen »Eiertanz« bezeichnen kann. So wurde die Nachricht vom Massaker mit »Trauer« aufgenommen, als handele es sich um die Opfer eines Eisenbahnunglücks. Der SHB mochte auch Regierung und KP Chinas nicht schlicht auffordern, den Ausnahmezustand aufzuheben: Beide sollten, was immer das heißen mag, »alles dafür tun, den Ausnahmezustand aufzuheben«. Wenige Tage später schrieb die Juso-Bundesvorsitzende Susi Möbbeck, die als SHB-Mitglied mit »ruhenden« Verbandsfunktionen bekannt ist, dem SHB einen Offenen Brief, in dem sie sich von der Position des SHB distanzierte und dem Verband vorwarf, »der marxistischen Linken in der Sozialdemokratie Schaden zugefügt« zu haben. Der SHB-Landesvorstand NRW erklärte, in dem Brief werde »der Versuch unternommen, dem SHB seinen Platz in der marxistischen Sozialdemokratie abzusprechen«.

Die Diskussion ließe sich noch als albern abtun, wenn der SHB mit seiner abwartenden, ängstlichen und harmonisierenden Position zu den Prozessen in den sozialistischen Ländern nicht ständig ein Umfeld von Beobachtern produzierte, das nur darauf wartet, aus einer Erklärung des Verbandes Reformfeindliches oder Stalinistisches herauszulesen. Schwer wird es ihnen nicht gerade gemacht. Im politischen Bericht der letzten Bundesdelegiertenversammlung (Oktober 1988) schleicht der Bundesvorstand wie die Katze um den heißen Brei, spricht von »kritischer Auseinandersetzung mit den innenpolitischen Entwicklungen unter der Regierung Stalins«, die »eine schwierige Phase der sowjetischen Geschichte« sei. »Vor dem Hintergrund einer wachsenden Rolle der Völker in der Politik« breche die Nationalitätenproblematik in der UdSSR »erneut krisenhaft aus«. Rumänien wird wegen »Betonpolitik« verurteilt, die DDR kommt nur implizit im Resümee vor: Jedes Land müsse »entsprechend seinen nationalen Besonderheiten seinen eigenen Weg gehen«.

Aufgeschreckt durch anhaltende Unruhe in der gesamten Linken, legte der Bundesvorstand im Januar 1989 »Thesen zur Lage der Linkskräfte in der BRD« nach. »Bis Mitte der siebziger Jahre«, heißt es dort, »wurde die Überlegenheit des Sozialismus demonstriert durch die Geschwindigkeit des sozialistischen Aufbaus«. Sie zeige sich »heute« »dagegen« an der »friedenspolitischen Konsequenz der Sowjetunion« — eine Überlegenheit also in verschiedenerlei Emanation. Pastoraler Sülz deckt die Probleme zu: »Die Überlegenheit in der Bewältigung des Umbruchs in der Produktivkraftentwicklung und in der Demokratisierung muß der Sozialismus in einer längeren krisenhaften Phase noch unter Beweis stellen.« Kriterien für »die Beurteilung der unterschiedlichen Umgestaltungsprozesse« sind nach Meinung des SHB, »ob die Hegemonie der sozialistischen Kräfte gestärkt« (wer das jeweils ist, bleibt im dunkeln) »und die ökonomische und demokratische Entwicklung vorangetrieben wird«. Nicht zu den

»sozialistischen Kräften« zählt offenbar der »Bund der Sozialdemokraten« in Jugoslawien, der mit dem Hauptziel gegründet worden sei, das Monopol der Kommunisten zu brechen. Der dortige »Bund der Kommunisten« kommt in den Thesen völlig ungeschoren davon. Die Umgestaltung im Osten berge »Identitätsprobleme für die hiesige Linke«, beruhigenderweise aber »insbesondere für die kommunistischen Kräfte«. Der DKP wird nach ihrem katastrophalen Parteitag dann allerdings bescheinigt, sie habe sich mit ihm »eine Grundlage geschaffen, auf deren Basis ein Austragen der inhaltlichen Differenzen ermöglicht« werde. Der SHB scheint weder die Perestrojka noch den Kampf zwischen Bewahrern und Erneuerern in der DKP für eine ideologische Herausforderung zu halten.

Zu allem Überflus hat sich der SHB ausgerechnet zu einer Zeit, in der alte Gewißheiten bröckeln, Organisationen zerbrechen, politische und gedankliche Ereignisse sich überstürzen, eine Programmdebatte auf den Hals geladen. 69 eng beschriebene Schreibmaschinenseiten »Thesen zum Entwurf des Grundsatzprogramms« sind schon fertig; von den Menschheitsproblemen über die Sowjetunion und den »SMK als aktuelle Produktionsweise und Regulierungskrise« bis hin zu den »Grundprinzipien unserer Organisation« ist dort alles eingeschätzt. Im Frühjahr 1990 soll das Programm fertig sein.

Mit seiner Organisationstheorie ist der SHB mit Volldampf in eine Sackgasse gerast. ber einen Rückwärtsgang verfügt das Modell nicht: Nur »Höherentwicklung« ist erlaubt. »Mit jedem Schritt erreichen wir eine neue Stufe in der Entwicklung sozialistischer Demokratie«, steht noch in den Programmthesen. Aus eigener Kraft wird der SHB aus dieser Sackgasse nicht mehr herauskommen. Schon eine Diskussion über die Reorganisation, wie Hannoveraner Kreis und MSB sie vorschlagen, hätte für den SHB den Abschied von der Fetischisierung seiner eigenen Organisationsform zur Voraussetzung. Der ist ohnehin bitter nötig, wenn sich die knapp tausend aktiven Studenten im SHB (der Bundesvorstand spricht offiziell sogar von zweitausend, die realistischere Zahl stammt von Oliver Brosch) nicht in ein sektiererisches Abseits manövrieren sollen.

Marxistische Theorie

Peter Brandt

Die Entwicklung bürgerlicher Herrschaft in Deutschland in der Interpretation des Marxismus

Zur Diskussion über den »deutschen Sonderweg«
Zweiter Teil*

Nationale Besonderheiten in der Sicht der deutschen Sozialdemokratie vor 1933

Unter den Theoretikern der Sozialdemokratie beschäftigt sich vor allem Franz Mehring in seinen historischen Arbeiten mit den Besonderheiten der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands, als deren Ausgangspunkt er die steckengebliebene Emanzipationsbewegung der Reformation analysiert. Seitdem sei in der deutschen Geschichte ein »eigentümliches Verhältnis« von »Gedanke und Wirklichkeit« zu konstatieren: Die Rückständigkeit ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse habe es den Deutschen ermöglicht, die Erscheinungen entfalteter Klassenkämpfe an anderen Nationen zu studieren, »ehe ihnen selbst das Feuer auf den Nägeln brennt« (Demokratischen Blätter v. 13.9.1884, zit. nach Kramme 1980, 208). Fortschrittliche Programme waren aber wegen dieser Inkongruenz in ihren Realisierungschancen entscheidend beeinträchtigt. War die Aufklärung in England und Frankreich in den dortigen bürgerlichen Klassen fest verankert, schwebte sie in Deutschland »wurzellos in der freien Luft« (Mehring GS 9, 206), ohne Verbindung zu einer starken einheimischen Bourgeoisie. So war die Tendenz zum »Kompromiß« mit den »Bajonetten des preußischen Staates«, die sich nach 1848 durchsetzte, in der verspäteten Entwicklung des deutschen Bürgertums angelegt, das zunehmend erkannte, »aus eigener Kraft niemals die Herrschaft« erobern zu können (Mehring GS 9, 33). Stärker noch als für Marx und Engels gilt für Mehring, daß ein gewisses Spannungsverhältnis zwischen der materialistischen Analyse der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands, insbesondere der politisch-ideologischen Rolle des Bürgertums, und der These vom »Verrat« der deutschen Bourgeoisie an den bürgerlichen Zielen und Aufgaben besteht.

Die Einschätzung der speziellen gesellschaftlichen Bedingungen in Deutschland berührt zugleich unmittelbar die Strategie und Taktik der SPD vor 1914. Kautsky zufolge beruht die Hoffnung der deutschen Bourgeoisie »nicht mehr auf dem Parlamentarismus«, sondern auf dessen Schwäche gegenüber »Absolutismus« und »Militarismus« (Kautsky 1893, 117). Politisch-institutionelle Formen könnten je nach historischer

* Wir veröffentlichen diesen Beitrag wegen seiner Länge in zwei Teilen. Der erste Teil erschien in *spw* 47, S.228ff.).
Die Redaktion

Situation und konkreten Kräfteverhältnissen unterschiedlichen Klassen dienstbar gemacht werden. In Deutschland diene die sozialdemokratische Zielsetzung der Parlamentarisierung des Regierungssystems und der Demokratisierung des Wahlrechts für den preußischen Landtag den Interessen des Proletariats, nicht denen der Bourgeoisie. Entsprechend hat Engels 1891 die »demokratische Republik« als »die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats« (MEW 22, 235) bezeichnet.

Die Differenz gegenüber Eduard Bernstein besteht in dessen — und der süddeutschen Reformisten wie Wilhelm Kolb (Franzen 1987) — Hoffnung auf eine Wiederbelebung des politischen Liberalismus und eine reformerische Durchsetzung der bürgerlichen Demokratie im breiten Bündnis, die Bernstein stärker die Konflikte zwischen dem bestehenden Regime und dem »Bürgertum« betonen läßt: »... was heißt Bekämpfung oder Abschaffung der bürgerlichen Gesellschaft ... in Deutschland, in dessen größtem und leitendem Staate, Preußen, es sich noch immer darum handelt, ein großes Stück Feudalismus erst loszuwerden, das der bürgerlichen Entwicklung im Wege steht?« (Bernstein 1902, 128)

Rosa Luxemburg leugnet nicht die »preußisch-deutsche Rückständigkeit« (Luxemburg GW 1/2, 612), das »Stück mittelalterlichen Feudalismus«, mit dem man es noch im 20. Jahrhundert zu tun habe (GW 2, 315). Aber die »Umgestaltung der ganzen politisch-administrativen Staatsmaschine aus einem halb-oder ganzfeudalen in einen kapitalistischen Mechanismus ... ist heute [1899; Anm.d.Verf.] ... in so hohem Maße erreicht, daß die rein demokratischen Ingredienzien des Staatswesens, das allgemeine Stimmrecht, die republikanische Staatsform, gefahrlos ausscheiden können ...« (GW 1/1, 424). Sie warnt vor irgendwelchen Konzessionen an die Liberalen, die als Vertreter weniger der Großbourgeoisie als der bürgerlichen Mittelschichten im Zuge der ökonomischen Entwicklung, des Aufstiegs der Arbeiterbewegung und des Imperialismus unvermeidlich immer tiefer in den »Sumpf der Reaktion« geraten müßten (GW 2, 487). Der Liberalismus sei »für die bürgerliche Gesellschaft wesentlich überflüssig« und »in wichtigen Beziehungen direkt ein Hindernis« geworden (GW 1/1, 424).

Die absolutistischen und feudalen Überbleibsel, die es überdies auch in anderen Ländern gebe (GW 3, 166), sind ein integraler Bestandteil des im Interesse der Bourgeoisie ausgeübten und damit an die bürgerliche Gesellschaftsordnung gebunden politischen Regimes, die Monarchie »ein Instrument der junkerlich-kapitalistischen Klassenherrschaft« (GW 3, 337). Der demokratische Kampf der Arbeiterbewegung sei realistisch nur als Bestandteil des antikapitalistischen Klassenkampfes zu führen. Die »Republik« wird von Rosa Luxemburg nicht als selbständiges Ziel, sondern als eine Art Übergangslösung aufgefaßt, die die Volksmassen an den Sturz der Militärmonarchie heranzuführen soll: Die demokratischen Aufgaben können nur noch von der Arbeiterbewegung gelöst werden. »Sämtliche bürgerliche Parteien stehen uns in einem vereinten Lager der Reaktion gegenüber.« (GW 2, 457) Die »halbabsolutistische Monarchie«, die »äußere, sichtbare Spitze der herrschenden Reaktion«, ist als Hort des preußischen Junkertums zugleich zum »Stützpunkt des Militarismus«, zur »treibenden Kraft der Flottenpolitik«, zum »leitenden Geist der weltpolitischen Abenteuer« geworden. Damit richtet sich die Losung der Republik zusammenfassend gegen alle »Teilerscheinungen

der herrschenden Reaktion« (GW 2, 302 f.). Gegenüber dem auf reformstrategische Initiativen drängenden Bernstein und der nach revolutionärer Massenmobilisierung verlangenden Rosa Luxemburg verteidigt Kautsky gerade mit dem Hinweis auf deutsche Besonderheiten die vorsichtige, prinzipienfeste, aber eher abwartende Politik der SPD: »Hier haben wir es mit der stärksten Regierung der Gegenwart zu tun. Nirgends sind Armee und Bürokratie so straff diszipliniert, vielleicht nirgends ist die Zahl der Staatsarbeiter größer« (»Eine neue Strategie«, in: Die Neue Zeit 1909/10, II, S. 368) Und: »In Deutschland ... sind die Massen darauf gedrillt, immer auf das Kommando von oben zu warten. Die Leute oben werden aber so von Verwaltungsgeschäften des ungeheuren Apparats absorbiert, daß ihnen jeder weitere Blick, jedes Interesse für alles außerhalb ihres Instanzenzuges verloren geht.« (An Adler v. 26.9.1909, in: Victor Adler, Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, 501) So prägt der Obrigkeitsstaat auch die Arbeiterbewegung.

In der Zeit der Weimarer Republik werden die Besonderheiten der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft in Deutschland in erstaunlich geringem Maß thematisiert. Aussagen, die auf die Verspätung und machtstaatliche Verengung der deutschen Nationbildung abheben, beziehen sich auf das Kaiserreich und die davor liegenden Epochen (Heller, Bd. 1, 1971, 350ff.; Rosenberg 1961). Unabhängig davon, ob man die Novemberrevolution von 1918/19 im Hinblick auf ihr Ergebnis als »bürgerliche Revolution« oder als gescheiterte »proletarische Revolution«, die in ihrer ersten Etappe die bürgerlich-demokratische Republik durchgesetzt habe, einschätzt (Brandt 1971), schien die »Normalisierung« der bürgerlichen Ordnung in Deutschland mit dem Sturz der Monarchie im wesentlichen vollzogen. Antirepublikanische, strukturell begünstigte (keine Ausschaltung der alten Eliten: Großgrundbesitz, Schwerindustrie, Offizierskorps, Bürokratie) Bestrebungen gelten als Bestandteile der großkapitalistischen, nicht etwa einer feudalen Konterrevolution. Auch in der Auseinandersetzung mit dem reaktionären Anti- bzw. »Akapitalismus« kleinbürgerlich-bäuerlicher NSDAP-Anhänger zu Beginn der 1930er Jahre (siehe die Nachdrucke, bes. G. Keiser, in: Luthardt, Bd. 2, 1978, 280ff.) geht es weniger um deutsche Eigentümlichkeiten als um die ökonomische und soziale Stellung der Mittelschichten im Kapitalismus der Zwischenkriegszeit generell. Vereinzelt fällt sozialistischen Autoren auf, daß die faschistische »antidemokratische Gegenrevolution« sich hauptsächlich in Ländern ausbreitet, in denen die Demokratie jungen Datums und schwach verwurzelt ist (Fischer 1987, 219).

Vor dem Ausbruch der Wirtschafts- und Staatskrise 1929/30 betonen die sozialdemokratischen Marxisten indes eher die progressiven als die reaktionären Elemente der speziellen gesellschaftspolitischen Entwicklung der Weimarer Republik, die der reformistischen Arbeiterbewegung tatsächlich — wie sich etwa beim Vergleich der jeweils nach 1918 betriebenen Demobilisierungspolitik zeigen läßt — eine stärkere Machtposition beläßt als die westlichen Demokratien. Daß die Theorien des »Organisierten Kapitalismus« und der »Wirtschaftsdemokratie« vor allem in Deutschland Bedeutung erhalten, liegt neben dem relativ frühen Einsetzen und der relativ frühen Durchsetzung der Monopolisierungstendenzen wie des Interventionsstaats im Kaiserreich auch am politischen Einfluß von SPD und Gewerkschaften in der Weimarer Republik und den

sich daran knüpfenden Erwartungen. — Während Otto Bauer in seinem Konzept des »Gleichgewichts der Klassenkräfte« nach 1918 den revolutionären Ursprung und die Labilität dieses Zustands unterstreicht (Bauer 1923), dient die Denkfigur des Klassengleichgewichts deutschen Sozialdemokraten vielfach zur Begründung einer integrationalistischen Linie. Die politischen Mitwirkungsmöglichkeiten in der Demokratie von Weimar, deren Kennzeichnung als »bürgerlich« bzw. »formal« Rudolf Hilferding theoretisch wie historisch ablehnt (»Wir haben sie dem Bürgertum in zähem Kampf abringen müssen« — Hilferding 1927, 172), und die Aufnahme einiger Forderungen der Arbeiterbewegung in den zweiten Teil der Reichsverfassung bestimmen die Haltung der meisten Sozialdemokraten zum bestehenden Staat. Mit der Ersetzung des Obrigkeitsstaats durch die demokratische Republik sei der Staat zu einem Instrument der Volksmassen geworden, das der Überwindung der nach wie vor kapitalistischen Produktionsverhältnisse dienen könne (Hilferding 1927; Dokumente in: Luthardt, Bd. 2, 1978, 22ff.; Saage 1986; Fischer 1987).

Die Diskussion über den »deutschen Sonderweg«

Der Sieg des Faschismus in Deutschland und der Zweite Weltkrieg legen die Frage nach den speziellen nationalgeschichtlichen Wurzeln der Hitlerdiktatur nahe. Neben Liberalen und Linken aus den angelsächsischen Ländern (darunter auch aus Deutschland emigrierten Wissenschaftlern, deren Thesen in der westdeutschen Historiographie seit den sechziger Jahren im Zuge der Soziologisierungstendenzen von einer jüngeren Historikergeneration aufgegriffen und empirisch untermauert werden) wenden auch Marxisten verschiedener Provenienz und marxistisch beeinflusste Autoren dem »deutschen Sonderweg« ihre Aufmerksamkeit zu. Ernst Bloch benennt 1935 die Fragestellung und liefert prononcierte Thesen: »Die Straße, welche das Kapital durchs 'organisch' überlieferte Land gebrochen hat, zeigt als deutsche jedenfalls besonders viel Nebenwege und Bruchstellen.« Die »Junkerkaste« war »nicht nur eine Attrappe«. In Deutschland »bildete sich der Sieg der Bourgeoisie nicht einmal wirtschaftlich, geschweige politisch und ideologisch im gleichen Maß [wie in England und Frankreich; Anm.d.Verf.] aus«. »Mit dem ostelbischen Feudalismus hielt sich jedenfalls ein ganzes Museum deutscher Wechselwirkungen, ein anachronistischer Überbau, der, so ökonomisch überaltert und stützungsbedürftig er ist, dennoch herrscht ...« Deutschland ist »das klassische Land der Ungleichzeitigkeit, das ist, der unüberwundenen Reste älteren ökonomischen Seins und Bewußtseins« (Bloch 1962, 113f.).

Im Hinblick auf die Machtstellung des Junkertums und der Monarchie ist der sozialistische Historiker Arthur Rosenberg in seiner Arbeit über die Vorgeschichte der Weimarer Republik 1928 sogar so weit gegangen, das deutsche Kaiserreich bis 1918 ohne weiteres als einen feudalabsolutistischen Staat aufzufassen (Rosenberg 1961). Vorsichtiger, aber auch unter kritischer Betonung der gesellschaftspolitischen Sonderentwicklung Deutschlands vor 1918, hat zu Beginn der 1930er Jahre der junge linksrepublikanische Historiker Eckart Kehr argumentiert (Kehr 1965).

Stärker noch als die von Bloch haben die Arbeiten Georg Lukács' die marxistische

oder marxisierende Variante der Sonderwegsthese gefestigt. Den Hitlerfaschismus sieht Lukács als »letzte, zugespitzteste paradoxe Folge« der »gesellschaftlich-geschichtlich anomalen Evolution« Deutschlands (Lukács ²1973, 37). Die Deutschen einschließlich der entstehenden bürgerlichen Intelligenz blieben seit der Niederlage der fortschrittlichen Strömungen in der Reformationszeit »hinter der Entwicklung der großen Kulturländer zurück«. Obwohl das vor allem materielle Gründe hat, erwachsen daraus auch »gewisse ideologische Eigentümlichkeiten dieser deutschen Entwicklung«: Sowohl die Enge des Lebens in den Kleinfürstentümern als auch die starke ökonomische Abhängigkeit des Bürgertums von den Höfen hätten — verstärkt durch das Luthertum — die typisch deutsche »innere Unterwürfigkeit« produziert. Diese zurückgebliebene und deformierte Entwicklung habe das Bürgertum im Zeitalter der Industrialisierung und nationalen Einigung Deutschlands angesichts der bereits sichtbaren proletarischen Bedrohung nicht mehr auf den »normalen« Weg lenken können. So wurde für Deutschland der »Widerspruch zwischen ökonomischer und politischer Struktur« (ebd., 59) kennzeichnend. Die aus der Verspätung resultierende Aggressivität des deutschen Imperialismus wurde verstärkt durch die »demokratisch zurückgebliebene soziale und politische Struktur« (ebd., 58), die Tendenz insbesondere auch der bürgerlichen Intelligenz zu Irrationalismus, Byzantinismus, Chauvinismus und Servilität.

Zugespitzt faßt 1947¹ Franz L. Neumann — das Grauen des SS-Staates vor Augen — die vermeintlichen historischen »Besonderheiten, die Deutschland von Westeuropa unterscheiden«, zusammen: »1. Es hat in Deutschland nie eine Revolution gegeben ... 2. Es hat in Deutschland nie eine militante liberale Bewegung gegeben ... 3. Jeder demokratische Fortschritt ist von oben diktiert worden ... 4. Demokratie bildete sich in Deutschland stets als Ergebnis einer militärischen Niederlage ... 5. Die Eigentümlichkeit der modernen deutschen Geschichte läßt sich in der These zusammenfassen, daß sie wesentlich die Geschichte der herrschenden Klassen und nicht die Geschichte des Volkes ist.« (Neumann 1978, 315f.)

Während linke westdeutsche Gesellschaftswissenschaftler wie Reinhard Kühnl (Kühnl 1971, 64-69) einer solchen Argumentation gefolgt sind — in diesem Punkt teilweise in Übereinstimmung mit dem Trend unter nichtmarxistischen Fachhistorikern — wird die Sonderwegsthese seit Mitte der 1970er Jahre auch von links in Frage gestellt. Helga Grebing hat bereits 1974 vorgeschlagen, »die hochstilisierte These von der deutschen Sonderentwicklung auf ein bescheideneres Maß herunter(zu)bringen: auf den permanent wiederholten Versuch, gegenüber der Expansion der Produktivkräfte und dem durch sie bewirkten sozialstrukturellen Wandel effiziente Strategien der Systemsicherung und -legitimation durchzusetzen« (Grebing 1974, 74). Hingegen bestünde »kein Widerspruch zwischen ökonomischer Expansion und gleichzeitiger politischer Kapitulation«. Gegenüber dem entscheidenden Ziel der »ökonomischen Emanzipation« sei »die Form der politischen Herrschaft und wer sie ausübt, ja selbst wer der bürgerlichen Gesellschaft die Normen und Verhaltensmuster leiht oder dominierend aufprägt«, sekundär (ebd., 72). Bei allen, zumal nachträglichen, Liberalisierungsanforderungen an die deutsche Bourgeoisie des 19. Jahrhunderts handle es sich um ein »normatives Postulat« (ebd., 72). Michael Gugel (1975) sucht am Beispiel der preußischen

Liberalen zur Zeit des Verfassungskonflikts (1860-66) nachzuweisen, daß die Politik der Bourgeoisie aus deren sozio-ökonomischen Interessen selbst resultierte und daß der starke Staat preußischen Typs gegenüber den Herrschaftsformen namentlich Frankreichs der Bourgeoisie auch klare Vorteile bot. Und Lothar Machtan/Dietrich Milles (1980) haben in Absetzung von teleologischen Prämissen auf den »sehr konkreten Formierungsprozeß neuer Klassenverhältnisse« in Form der »Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie« ab. »Der kapitalistische Charakter der Staatstätigkeit korrespondierte mit dem Grad der kapitalistischen Determiniertheit der Klassensymbiose« (Machtan/Milles 1980, 58).

David Blackburn/Geoff Eley (1980) wenden sich zwar vorwiegend gegen die linksliberalen Historiker in der Nachfolge Eckart Kehrs, beziehen aber den marxistischen Beitrag zur Sonderwegstheese ausdrücklich mit ein. Sie kritisieren auf der theoretischen Ebene den Eklektizismus des Sonderwegskonzepts und den diesem Konzept zugrunde liegenden Begriff von bürgerlicher Revolution. Die Schaffung günstiger Produktionsbedingungen für den Kapitalismus müsse von der Einführung einer liberalen parlamentarischen Demokratie deutlich getrennt werden. Nicht nur in Deutschland habe die Stärke der Bourgeoisie in dem Erfolg der kapitalistischen Produktionsweise und in der Verbürgerlichung der Gesellschaft und der Kultur gelegen statt in einer politischen Machtübernahme. Der »deutsche Sonderweg« sei ein Mythos.

Die großenteils marxistisch argumentierenden Autoren Helga Grebing/Doris von der Brelie-Lewien/Hans-Joachim Franzen haben jüngst den gelungenen Versuch unternommen, den Stand der nichtmarxistischen und westlich-marxistischen Diskussion dieser Problematik kritisch zu bilanzieren und dabei, Deutschland auch mit England und Frankreich vergleichend, mit der empirischen Forschung der letzten Jahrzehnte zu konfrontieren. An frühere Überlegungen anknüpfend, definieren sie den preußischen Gutsbesitzeradel des 19. und 20. Jahrhunderts als »Auch-Bourgeoisie«, wenn man darunter diejenigen versteht, die die kapitalistische Produktionsweise vorantreiben und tragen« (Grebing u.a. 1986, 36). Insofern habe der »Fundamentalkonsens der beiden Klassen in bürgerlicher Funktion — Junker und Bourgeoisie —« (ebd., 107) eine feste materielle Basis besessen. Zudem warnen die Autoren vor einer Unterschätzung der humanistischen, liberalen und demokratischen Elemente in der neueren deutschen Geschichte. Die »deutsche Eigenproblematik« »erklärt vieles von den Fehlentwicklungen in der deutschen Geschichte mit ihrem Höhepunkt der nationalsozialistischen Diktatur. Aber sie erklärt eben nicht alles: das Erklärungsdefizit ist in den allgemeinen Entwicklungstendenzen des imperialistischen Kapitalismus zu suchen und in der Verarbeitung der geistig-kulturellen Traditionen durch die europäischen Nationen« (ebd., 137).

Die Position der DDR-Historiographie

Auffällig ist, daß die — meines Erachtens im Kern berechtigte — linke Kritik an der These vom »deutschen Sonderweg« die im Rahmen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaft der DDR erarbeiteten Problemstellungen und Thesen unzureichend berücksichtigt. Nur bei oberflächlicher Kenntnisnahme können diese einfach

der »Sonderwegs« oder »Miserekonzeption« zugeordnet werden. Zwar gibt es in der frühen kommunistischen Geschichtsschreibung Elemente einer solchen Betrachtungsweise wie bei Alexander Abusch (1947), der die reaktionär-aggressive Traditionslinie Deutschlands bis zur Ostkolonisation des Mittelalters zurückführt, von wo sie über Luther, Friedrich II. und Bismarck bis zu Hitler in die Gegenwart gezogen wird. Auch beinhaltet die unter Ulbricht vertretene »nationale Grundkonzeption« der SED — verbunden mit ihrem spezifisch gesamtdeutsch-»demokratischen« Patriotismus — sonderwegsähnliche Argumente, die sich zugleich in der Fachwissenschaft niederschlagen. Versagen und Verrat der Bourgeoisie werden bereits für die Zeit der »frühbürgerlichen Revolution« des 16. Jahrhunderts konstatiert und der Kontinuität des Kampfes der Volksmassen für nationale und soziale Befreiung gegenübergestellt. Horst Bartel zufolge »führt unmittelbares Profitinteresse und subjektives Unvermögen [der Bourgeoisie; Anm.d.Verf.], eine wirklich nationale Politik zu entwickeln, zum Verrat an den nationalen Interessen des Volkes« (»Die Reichseinigung 1871 in Deutschland — ihre Geschichte und Folgen«, in *ZfG* 16 [1968], 1161). Entsprechend wird bis heute besonderer Wert auf die bis 1870 vermeintlich gegebene Möglichkeit einer »revolutionären Überwindung der feudalen Kräfte einschließlich der von ihnen aufrechterhaltenen staatlichen Zersplitterung« (»Revolution von unten«) gelegt (ebd., 1160), deren Mißachtung den »Verrat« der Bourgeoisie ausmacht.

Seit den späten sechziger Jahren bemüht sich die DDR Historiographie — auf der Basis einer zunehmend günstigeren Forschungslage und ohne Änderung der Grundposition — indessen um eine sowohl distanziertere als auch differenziertere und zugleich komplexere und weniger nationalgeschichtlich verengte Analyse der bürgerlichen Entwicklung Deutschlands in der Neuzeit, namentlich im 19. Jahrhundert. Dabei dürfte neben der gesellschaftlichen Entwicklung der DDR auch die in den siebziger Jahren veränderte politische und wissenschaftliche Landschaft in der Bundesrepublik eine Rolle spielen: »Die Wertung der negativen historischen Tradition als bestimmender Faktor für den besonders aggressiven Charakter des deutschen Imperialismus läuft in der Konsequenz auf eine Entlastung der Monopolbourgeoisie hinaus.« (Helmut Bleiber, »Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland«, in: *ZfG* 25 [1977] 319). Nach wie vor gehen die DDR-Historiker von der besonderen »relativen Enge des bürgerlichen Fortschritts« (Walter Schmidt, »Zu einigen Problemen der bürgerlichen Umwälzung in der deutschen Geschichte«, in: Bleiber 1977, 33) in Deutschland aus, die sich aus der hegemonialen Rolle des Junkertums in der »bürgerlichen Umwälzung« zwischen 1789 und 1871 mit der industriellen Revolution und der Agrarkapitalisierung als Basisprozessen und besonders bei der »Revolution von oben« 1866/70 ergebe. Typisch für den »deutschen Weg« (LW 34, 402) sei außerdem die große Bedeutung staatlicher Reformen. Ohne den Druck und die Drohung revolutionärer Massenbewegungen hätte allerdings selbst die »Revolution von oben« ihre progressive Funktion nicht wahrnehmen können. Die konkrete Dialektik von Reform, Revolution von unten und Revolution von oben sowie der Klassenstatus von Junkertum und Bourgeoisfraktionen einschließlich der Festigkeit ihrer Klassensymbiose bilden Hauptgesichtspunkte der Diskussionen unter DDR-Historikern über die deutsche Geschichte vom späten 18. bis

zum frühen 20. Jahrhundert. — Die neueren Ergebnisse der Forschung zur deutschen Geschichte in der BRD, der DDR wie im Ausland bestätigen zentrale Annahmen und Thesen früherer marxistischer Autoren, namentlich Marx und Engels, zwingen zur Modifikation anderer und widerlegen manche einfach. Zweifellos müssen heute die autochthonen Fortschrittspotenzen Deutschlands vor der eigentlichen Industrialisierung auf ökonomischem, politischem und ideologischem Gebiet deutlich stärker veranschlagt werden. Für die Jahrzehnte um die Reichsgründung von 1917 können weder die Tatsachenbehauptungen über das politische Verhalten des Bürgertums bzw. der Bourgeoisie noch die damit verbundenen Verdammungsurteile (der immer wiederkehrende Vorwurf des »Verrats« oder Versagens) aus der zeitlichen und analytischen Distanz und angesichts des heutigen Kenntnisstandes ohne weiteres übernommen werden. Zwar sind für die Frühe Neuzeit die Ursachen der relativen Rückständigkeit der bürgerlich-kapitalistischen Entwicklung Deutschlands, für die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts und das frühe 20. Jahrhundert die charakteristische Verbindung des monarchisch-bürokratischen Obrigkeitsstaats und des preußischen Militarismus mit der politisch-sozialen Vorherrschaft des agrar-kapitalistischen (ehemals feudalen) Großgrundbesitzes und des Industriekapitalismus im Kern zutreffend benannt worden. Dem gegenüber kommt die deutsche Besonderheit des von der kapitalistischen Bourgeoisie wie vom Kleinbürgertum zu unterscheidenden, überwiegend beamteten und entsprechend staatsorientierten »Bildungsbürgertums«, das in der Kategorie der »bürgerlichen Intelligenz« nicht einfach aufgeht, zu kurz (Kocka 1988).

Als Ergebnis unserer Untersuchung kann festgehalten werden, daß sowohl die (marxistischen) Vertreter einer Sonderwegthese als auch deren (marxistische) Kritiker sich auf bestimmte Passagen im Werk von Marx und Engels stützen können, die sie jeweils einseitig hervorheben. Im Unterschied dazu kommen die marxistisch-leninistischen Interpreten über eine Synthese der Aussagen der »Klassiker« (also einschließlich Lenins) zu einer mittleren Linie.

Ihre Vorsicht bei der Korrektur selbst von Detailschätzungen der »Klassiker« begrenzt allerdings weiterhin die konzeptionelle Fruchtbarkeit der theoretischen und empirischen Forschung. Während lange Zeit die Auseinandersetzung zwischen der marxistisch-leninistischen Historiographie der DDR und der nichtmarxistischen der BRD — auch auf seiten der überwiegend linksliberalen Vertreter der neueren Sozialgeschichte — in der Regel von Polemik und, teilweise gewolltem, gegenseitigem Mißverstehen gekennzeichnet gewesen ist, lassen die letzten Jahre Ansätze eines echten kooperativen Dialogs zwischen zumindest jeweils einem Teil der ostdeutschen und der westdeutschen Historiker erkennen. Ein Vergleich der DDR-offiziösen neuesten Gesamtdarstellung »Deutsche Geschichte in zwölf Bänden« mit Hans-Ulrich Wehlers »Deutscher Gesellschaftsgeschichte« (beide noch nicht abgeschlossen) zeigt anders als früher ein beachtliches Maß an Übereinstimmung bei der Darstellung des 18. und 19. Jahrhunderts, auch was das Herangehen an die problematischen Bereiche betrifft. Distanzieren sich die DDR-Historiker ausdrücklich von der »von einem Teil der bürgerlichen Historiographie hochstilisierten« Sonderwegthese (Bartel, Bd.4, 1984, 7f.), so relativiert Wehler, einer der Hauptrepräsentanten der These, diese — zumindest für die

Zeit bis 1850 — ganz erheblich (Wehler 1987), ebenso an anderer Stelle Jürgen Kocka (Kocka 1988). Damit ist die Sonderwegsdiskussion keineswegs beendet. Sie wird aber künftig differenzierter geführt werden müssen.

Literaturverzeichnis

- Abusch, Alexander, 1947: Der Irrweg einer Nation. Ein Beitrag zum Verständnis deutscher Geschichte. Berlin
- Bartel, Horst u.a. (Hrsg.), 1984: Deutsche Geschichte in zwölf Bänden. Berlin (DDR) bzw. Köln 1982ff., bes. Bd.4
- Bauer, Otto, 1923: Die österreichische Revolution. Wien
- Bernstein, Eduard, 1902: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie. Stuttgart (zuerst 1899)
- Blackbourn, David, und Geoff Eley, 1980: Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848. Frankfurt/M. u.a.
- Bleiber, Helmut (Hrsg.), 1977: Bourgeoisie und bürgerliche Umwälzung in Deutschland 1789-1871. Berlin (DDR)
- Bloch, Ernst, 1962: Erbschaft dieser Zeit. Frankfurt/M.
- Brandt, Peter, 1971: »Der Charakter der Novemberrevolution«. In: Die vierte Internationale 2, Nr.1, 35-74
- ders., 1987: »Bürgerliche Revolution«. In: *Sozialismus* 10, Hamburg
- Fischer, Benno, 1987: Theoriediskussion der SPD in der Weimarer Republik. Frankfurt/M.
- Franzen, Hans-Joachim, 1987: Auf der Suche nach politischen Handlungsspielräumen. Die Diskussion um die Strategie der Partei in den regionalen und lokalen Organisationen der badischen Sozialdemokratie zwischen 1890 bis 1914. Frankfurt/M.
- Grebing, Helga, 1974: Aktuelle Theorien über Faschismus und Konservatismus. Eine Kritik. Stuttgart
- Gugel, Michael, 1975: Industrieller Aufstieg und bürgerliche Herrschaft. Sozioökonomische Interessen und politische Ziele des liberalen Bürgertums in Preußen zur Zeit des Verfassungskonflikts. Köln
- Heller, Hermann, 1971: Gesammelte Schriften. 3 Bde., Leiden
- Hilferding, Rudolf, 1927: »Die Aufgaben der Sozialdemokratie in der Republik«. In: Sozialdemokratischer Parteitag 1927 in Kiel. Protokoll, 165-184
- Kautsky, Karl, 1893: Der Parlamentarismus, die Volksgesetzgebung und die Sozialdemokratie. Stuttgart
- Kehr, Eckart, 1965: Der Primat der Innenpolitik. Berlin (West)
- Kocka, Jürgen, 1988: »Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert. Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten«. In: ders. (Hrsg.): Bürgertum im 19. Jahrhundert. Deutschland im europäischen Vergleich. Bd.1, München
- Kramme, Monika, 1980: Franz Mehring — Theorie und Alltagsarbeit. Frankfurt/M., New York
- Kühnl, Reinhard, 1971: Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus — Faschismus. Reinbek
- Lenin, W.I., 1955ff.: Werke (LW). 39 Bde., Berlin (DDR)
- Lukács, Georg, 1973: Die Zerstörung der Vernunft. 3 Bde., Darmstadt, Neuwied
- Luthardt, Wolfgang (Hrsg.), 1978: Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Weimarer Republik. Materialien zur gesellschaftlichen Entwicklung 1927-1933. 2 Bde., Frankfurt/M.
- Luxemburg, Rosa, 1972ff.: Gesammelte Werke (GW). 5 Bde., Berlin (DDR)
- Machtan, Lothar, und Dietrich Milles, 1980: Die Klassensymbiose von Junkertum und Bourgeoisie. Zum Verhältnis von gesellschaftlicher und politischer Herrschaft in Preußen-Deutschland 1850-1878/79. Frankfurt/M. u.a.
- Marx, Karl, und Friedrich Engels, 1956ff.: Werke (MEW). 39 Bde., Berlin (DDR)
- Mehring, Franz, 1960ff.: Gesammelte Schriften (GS). 15 Bde., Berlin (DDR)
- Neumann, Franz L., 1978: Wirtschaft, Staat, Demokratie. Aufsätze 1930-1954. Frankfurt/M.
- Saage, Richard (Hrsg.), 1986: Solidargemeinschaft und Klassenkampf. Politische Konzeptionen der Sozialdemokratie zwischen den Weltkriegen. Frankfurt/M.
- Wehler, Hans-Ulrich, 1987: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd.1 und 2. München
- Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) der DDR, 1953ff.*

Besprechungen

Albrecht, Richard: Der militante Sozialdemokrat. Carlo Mierendorff 1897 bis 1943; eine Biographie. Dietz Verlag, Berlin, Bonn 1987 (464 S., br.)

Carlo Mierendorff, vor allem bekannt als vehementer antifaschistischer Redner, gilt in der Regel als »neuer Rechter« (Helga Grebing) der Weimarer SPD. Anders R. Albrecht, der die erste Mierendorff-Biographie, die diesen Namen verdient, verfaßt hat. Er sieht Carlo Mierendorff eher als kämpferischen Einzelgänger im sozialdemokratischen Organisationswesen, als »militanten Sozialdemokraten«. Weder Militanz noch SPD hatten Mierendorffs Kindes- und Jugendzeit geprägt. Aufgewachsen im »residentiellen Darmstadt« (9) als Sohn eines nationalliberalen Kaufmanns, inspiriert von Jugendbewegung, humanistischer Bildung und musikalischen Matineen mit seiner Mutter (deren lebensfrohes Gemüt er »erbt«), meldet sich Mierendorff im August 1914 mit 17 Jahren als Kriegsfreiwilliger. Vom Schützengraben aus sendet er literarische Beiträge an die kleine Darmstädter Literaturzeitschrift »Die Dachstube«, kehrt sich dann aber parallel zu seiner Rückkehr »in die zivile Welt« 1918 von der expressionistischen Literaturpraxis der Politik zu. Der 21jährige propagiert seine Zeitschrift »Das Tribunal. Hessische Radikale Blätter« unter dem Motto »Gegen Hetze — für Gerechtigkeit. Gegen Lauheit — für Erneuerung« (38) zur »Verteidigung des aktivistischen Idealismus« (38), der ihn Mitte 1919 gegen die Politik der »Sozialchauvinisten Ebert-Scheidemann-Hofmann« und gegen die »große Kommunistenverfolgung« (39) schreiben läßt; da will er noch die Welt »aushebeln« (233).

Ein halbes Jahr später ist der »Tatmensch« Mierendorff, der seit 1918 Jura, ab 1919 Staatswissenschaften studiert, SPD-Mitglied — nach Albrecht Folge eines Prozesses der politischen und wissenschaftlichen »Selbstdisziplinierung« (50) des aktivistischen und idealistischen Intellektuellen, der den antiautoritären Gestus des Literaten zurücknimmt und sich zum reformistischen Politiker bzw. militanten Republikaner in einer Partei entwickelt, deren aktivitätsarme Haltung er nur zu genau kannte. Albrecht sieht diese Wandlung in den Worten von Mierendorffs Lehrer Max Weber als Schritt vom »Gesinnungsethiker« zum »Verantwortungsethiker« (65ff.), der aus diesem Politikverständnis heraus in der Republik ein Zusammengehen mit den Kommunisten durchgehend ablehnt.

Statt die Welt »aushebeln« zu wollen, zeigt er jetzt als akademischer Intellektueller auf der Ochsentour durch den Gewerkschafts- und Parteiapparat ein »bewußte(s) Streben ... zur Macht« (233). Übrigens — so Albrecht — »rechnet« er sich nicht zum »rechten« Hofgeismarer Kreis der Jungsozialisten (79) und überwarf sich mit den von ihm als dilettantische »Bonzen« verachteten älteren Herren der Parteispitze wegen des Panzerkreuzerbaus, den er strikt ablehnte.

Carlo Mierendorff hat bis 1933 viel bewegt: Er half, die Umtriebe der »Schwarzen Reichswehr« bloßzulegen und (als Pressesprecher des hessischen Innenministers

Leuschner) 1931 die »Boxheimer Dokumente«, in denen genau der Terrorauftrag der SA für den Tag der »Machtübernahme« festgelegt war, zu veröffentlichen. Bereits im Juni 1930, also noch vor den Septemberwahlen, deutete er in seiner Studie zu »Gesicht und Charakter der nationalsozialistischen Bewegung« zutreffend Motive und Zusammensetzung der Zuläuferschaft der NSDAP aus den Mittelschichten. Am Beispiel der Eisernen Front befaßt sich Albrecht eingehend mit Mierendorffs Propagandastrategie des »Symbolkampfes« (Drei Pfeile gegen das Hakenkreuz) und sieht in den Drei Pfeilen der Eisernen Front den Versuch Mierendorffs, »der massenwirksamen mechanischen Überrationalität des Sozialismus durch eine Re-Utopisierung seiner zentralen Momente massenwirksam zu begegnen« (143). Bekanntlich hat diese psychologische und »aktions-radikale« (Mierendorff) Erneuerung der Partei den Immobilismus der Parteimehrheit nicht aufbrechen bzw. »aushebeln« können, ebensowenig wie Mierendorffs als faszinierend erinnertes Auftreten als öffentlicher Redner gegen die Nazis. Dabei hat er oft versucht, ihnen den Nachweis zu entreißen, daß sie die besseren Deutschen und Soldaten gewesen waren und nicht die Sozialdemokraten; dieses gängige nationalistische Element sozialdemokratischer Agitation ist bei ihm wohl nur zu verstehen als Folge seiner Jugend als Frontsoldat.

Im Juni 1933 festgenommen, überlebt Mierendorff die Konzentrationslager Osthofen, Emslandlager Börgermoor, Lichtenburg und Buchenwald. Nach fünf Jahren KZ wird er 1938 aus unklar gebliebenen Gründen freigelassen, kann dann in der Kriegszeit alte Kontakte mit Genossen und neue im »Kreisauer Kreis« knüpfen, während er nach außen hin als Angestellter eines Rüstungsunternehmens seine Einordnung in den NS-Staat vorführt. Sein hinterlassener Aufruf »Sozialistische Aktion« (1943), der im Kreisauer Kreis eine undiskutierte Minderheitenposition darstellt, fordert die Aktionseinheit von Christen, Sozialisten, Kommunisten und Liberalen und will die »Enteignung der Schlüsselbetriebe der Schwerindustrie zu Gunsten des deutschen Volkes als Grundlage der sozialistischen Ordnung der Wirtschaft, um mit dem verderblichen Mißbrauch der politischen Macht des Großkapitals Schluß zu machen« (223). Carlo Mierendorff starb Anfang Dezember 1943 durch einen englischen Bombenangriff.

Richard Albrecht hat eine immense Fleißarbeit vorgelegt. Alles Belangvolle und weniger Wichtige, was von und über Mierendorff verfaßt wurde und greifbar ist (es gibt keinen Nachlaß), hat er gesichtet und in einem gehaltvollen Anmerkungsstück mit beeindruckenden Recherchen Stilisierungen von Freunden und interessierte Charakterisierungen zurechtgerückt. Freilich sind nicht alle Teile des Werkes von gleicher Dichte: Mierendorffs Entscheidungszeit 1918 bis 1920, der stürmische Aufbruch mit pragmatischem Ausgang, zeigt eine auffällige Parallele zur Entwicklung der »großen Politik« dieser Jahre, ohne daß dieses Thema »Persönliche und Gesellschaftliche/Politische Entscheidungszeit« von Albrecht in den Mittelpunkt gestellt würde. Ferner fehlen genauere Beschreibungen des inneren Zustands der sozialdemokratischen Organisationen bzw. ihrer Repräsentationen im Staat, d.h. vor allem der individuellen Handlungsmöglichkeiten beim Parteivorstand, der Regierung des Volksstaates Hessen und der Reichstagsfraktion vor dem Hintergrund von aufkommender Krise und faschistischer Bewegung. Dieser Vermittlungsversuch gelingt Albrecht sehr viel eher, wo er die

Einschnürung des Widerstandes unter den Bedingungen der »Volksgemeinschaft im Kriege« reflektiert.

Auch wenn der Umschlagtext es ankündigt: Eine »politisch-literarische Biographie« hat R. Albrecht nicht geschrieben, vielmehr verweisen Begrifflichkeit und Stil auf einen durchgehend wissenschaftlich-politischen Biographietyp. Dabei ist der Autor an keiner Stelle der Versuchung erlegen, den traditionellen Konstruktionen um Mierendorff (»Neuer Rechter«, »Charismatischer Politiker«, »Denker im Widerstand«) zu folgen, sondern er versagt sich solchen widerspruchsfreien Persönlichkeitsbildnissen und reflektiert die Spanne von Ahnung und Deutung »tragischer Momente« und offener biographischer Fragen (Mierendorffs später Antimilitarismus — seine Jugend als Frontsoldat, seine Weiblichkeitsvorstellungen, die literarisch-ästhetischen Ambitionen als Politiker und Rhetoriker ...) mit enormem Wissenschaftsbezug. Manchmal habe ich mir gewünscht, er hätte zumindest in der sprachlichen Gestaltung (s. das Zitat zum »Symbolkampf«) der Wissenschaft weniger Tribut gezollt und eine umgänglichere, vielleicht »literarische« Wendung bevorzugt.

Dieser Einwand soll nicht das Gewicht dieser großen Leistung mindern: Albrechts Methode des »sozio-biographischen Rekonstruktionsversuches« (13) hat ein Porträt des »militanten Sozialdemokraten« Carlo Mierendorff erbracht, das seine Vereinnahmung für heutige Zwecke nicht (mehr) erlaubt.

Rolf Winkler (Duisburg)

Steinkühler, Franz, und Siegfried Bleicher (Hrsg.): Zwischen Aufstieg und Rationalisierung — Die Angestellten. VSA-Verlag Hamburg, 1988 (284 S., br., 24,80 DM)

»Die Zahl der Angestellten nimmt zu, der gewerkschaftliche Organisationsgrad hat damit nicht Schritt gehalten. Wenn Gewerkschaften sich auch morgen noch als Interessenvertretung für alle Arbeitnehmer behaupten wollen, können sie diese bedenkliche Entwicklung nicht immer nur beklagen. Die IG-Metall steht deshalb vor der Frage, was sie konkret durch Veränderung ihrer Arbeit tun kann, um eine stärkere Unterstützung auch der Angestellten zu gewinnen.«

Dieses Zitat des 1. Vorsitzenden der IG-Metall, *Franz Steinkühler*, gibt den Gesamttenor des Buches wider, das pünktlich vor Beginn des IG-Metall Zukunftskongresses in Frankfurt erschien. Schwerpunkt ist dabei die Schwäche der DGB-Gewerkschaften im Angestelltenbereich, die sich auf Grund der Verschiebung zwischen ArbeiterInnen und Angestellten verstärkt hat. So gibt es inzwischen etwa gleich viele ArbeiterInnen wie Angestellte. Der DGB organisiert aber nur rund 22 Prozent der Angestellten mit einer besonderen Schwäche bei den kaufmännischen Angestellten.

Diese Schwäche zu beseitigen, ist ohne Zweifel eine große Zukunftsaufgabe. In einem Aufsatz fordert *Siegfried Bleicher*, geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG-Metall, daher eine schonungslose, offene Diskussion über die bisherige Gewerkschaftspolitik mit all ihren Irrtümern und Fehlentscheidungen, um Konsequenzen zu ziehen und alte Fehler in der Zukunft zu vermeiden. Er vertritt zwar die These, daß die IG Metall im Angestelltenbereich nie inaktiv war, aber zu sehr an den traditionellen Strukturen festhielt und punktuelle, unsystematische Einzelaktionen mit wenig Wirkung durchführte. Entscheidend ist seine Forderung nach einer »zeitgemäßen Kapita-

lismusanalyse« (21f.), die die gesellschaftspolitischen und programmatischen Positionen und Utopien in einen Zusammenhang zur täglichen Politik stellen soll. Dieses theoretische Defizit muß beseitigt werden, um die Voraussetzungen für eine neue Gewerkschaftspolitik herzustellen.

An dieser Stelle setzen auch die beiden Autoren *Joachim Bischoff* und *Sebastian Herkommer* an. In ihrer Untersuchung der Qualifikationsstrukturen und Entwicklungstendenzen sehen sie vor allem drei Gründe für die starke Zunahme der Angestelltenzahlen: eine breite Intellektualisierung des Gesamtarbeitskörpers absolut gesehen, die Tendenz zur Feminisierung des gesellschaftlichen Arbeitskörpers sowie die veränderte Arbeitsteilung zwischen den Wirtschaftssektoren. In ihrer Beschreibung des Strukturwandels gehen sie auf veränderte Wertorientierungen ein. Im Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik stellen sie einen Gegensatz zwischen kollektiven Lebens- und Gestaltungsvorstellungen und den individuellen Entfaltungswünschen der einzelnen fest. Die neue, entwickelte Wertorientierung hat dazu geführt, daß die kollektive Interessenvertretungspolitik der Gewerkschaften als Hemmschuh der persönlichen Individualitätsentwicklung wirkt. Um diesen Widerspruch aufzulösen, halten auch beide eine Diskussion der aktuellen Gewerkschaftsprobleme ohne die Einbeziehung der bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und des sozialen Wandels für wenig wegweisend. Sie halten diese Frage für den entscheidenden Schlüssel und sehen für die Linke in der BRD nur dann eine Hoffnung, wenn es gelingt, auf der Grundlage von prinzipiellen Übereinstimmungen in den Zielsetzungen ein breites soziales Bündnis zur Verteidigung und zum Ausbau der Lebensqualität und einer sozial orientierten Individualität zustandezubringen.

Der Band thematisiert die Ausgestaltung der neuen Angestelltenpolitik in verschiedenen Bereichen: Die Gewichtung der Gestaltungsfunktion, die Möglichkeiten geben soll, die fachliche Kompetenz der einzelnen Angestellten einzubeziehen (118-123); die Berücksichtigung der Interessen und Wünsche der Frauen mit dem Schwerpunkt der Weiterentwicklung der Argumentation zur Arbeitszeitverkürzung, die auch den Flexibilisierungsgedanken unter Aufrechterhaltung des Normalarbeitstages beinhaltet (146-158); eine entwickelte Weiterbildungsstrategie (234-250) sowie die Frage der direkten Organisationspolitik des Apparates und der Gremien (195-202). Jedoch wird immer wieder deutlich, daß noch viele Diskussionen, u. a. bezüglich der Umsetzungsstrategien, ausstehen.

Gerhard Rohde, Sekretär in der IG-Metall Hauptverwaltung, faßt in seinem abschließenden Beitrag die wichtigsten Fragen zusammen. Anknüpfend an Gramscis Hegemoniebegriff fordert er eine Meinungsführerschaft der IG-Metall im Angestelltenbereich. Dabei soll berücksichtigt werden, daß die Ansprüche und Vorstellungen von Angestellten sich heute grundsätzlich von den Vorstellungen traditioneller Angestelltenpolitik unterscheiden. Weiter fordert er die »Angestellten dort abzuholen, wo sie stehen« (269) und ihre Vorstellungen und Bedürfnisse nach Emanzipation, Selbstverwirklichung und Individualität nicht als elitär abzulehnen, zumal gerade die Gewerkschaften mit ihren Forderungen nach mehr Einkommen, disponiblen Arbeitszeiten, sozialstaatlichem Sicherungssystem, Verrechtlichung der Arbeitsverhältnisse und dem

Ausbau des Bildungssystems, diese neuen Bedürfnisse mit gefördert haben. Rohde entwickelt drei Handlungsrichtlinien für eine zukünftige Angestelltenpolitik: Die IG-Metall muß neben verteilungspolitischen auch individuelle Entfaltungsmöglichkeiten als gewerkschaftliche Zielsetzung stärker herausstellen; sie muß auf den Betrieb zugeschnittene Interessenvertretungsangebote formulieren; sie muß ein Politikkonzept entwickeln, welches die Individualisierungstendenzen mit den gesellschaftlichen Entwicklungen verbindet.

Wie schon einleitend festgestellt, muß dieser Band im Zusammenhang mit den Zukunftsdiskussionen der IG-Metall, die bereits in *spw* 42 und 44 behandelt wurden, gesehen werden. Er dokumentiert, daß es die IG-Metall mit ihrer »anderen Zukunft« ernst meint und dabei auch zu einer umfassenden Selbstkritik und zur Erprobung neuer Wege bereit ist. Auch in diesem Zusammenhang und nicht nur zur Angestelltenfrage ist der Band lesenswert.

Andreas Bach (Dortmund)

Götz, Christian: Macher und Methoden. Apparate, Funktionäre, Bürger. Ein satirisches Lesebuch, Bund-Verlag, Köln 1988 (172 S., br., 19,80 DM)

Nicht nur Parteien und Gewerkschaften verfügen über Apparate und Funktionäre. Arbeitgeber, Kirchen, Sportler, Hausbesitzer und Mieter haben sich ebenso organisiert. Es gibt nun im bundesdeutschen Bücherwald eine ganze Reihe von — vor allem politikwissenschaftlichen — Untersuchungen über diese Organisationsformen. Ein Funktionär, *Christian Götz*, immerhin Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen, hat nun ebenfalls ein Buch über das Thema geschrieben. Eigentlich nichts Besonderes, wenn nicht die Form des Buches neuartig wäre. In Form eines satirischen Lesebuches unterbreitet Götz den Lesern seine Gedanken. Schon der Aufbau des Buches erleichtert die Lektüre, es ist nicht notwendig, das Buch »von vorn bis hinten« in einem Stück zu lesen, sondern es kann selektiv gelesen werden. So schildert Götz unter dem Titel »Rund um den Kongreß« (23ff.) untergliedert nach Stichworten den Ablauf von Partei- und Gewerkschaftskongressen. Dabei werden z.B. die Eröffnungszeremonien aufs Korn genommen, die »strenge Beachtung protokollarischer Regeln« bei den Begrüßungsansprachen. Auch die Funktion von Ausschüssen und Kommissionen wird satirisch geschildert (30ff.), nicht ohne das gewünschte Ergebnis auch gleich mitzuteilen: daß nämlich »Vertreter des Apparats«, die mit in die Kommissionen berufen werden, am Ende die Kommission dazu bringen, Entscheidungen zu fällen, die »im Sinne des Apparats« sind. Auch das Steuerungsinstrument der Tagesordnung wird einer Würdigung unterworfen, wenn Götz schildert, wie versucht wird, unter dem Tagesordnungspunkt »Verschiedenes« wichtige Entscheidungen herbeizuführen, die vorher nicht angekündigt wurden (werden konnten?). Unter der Überschrift »Idealisten — Wasserträger — Opportunisten« (57ff.) wird der Frage nachgegangen, wozu Apparate und Funktionäre fähig sind, wenn ihnen freier Lauf gelassen wird. Hier wird der Taktiker aufs Korn genommen und sein oberster Grundsatz mit den Worten charakterisiert: »Entscheidend ist nicht, was richtig, sondern was durchsetzbar ist« (60). Auch der Opportunist und der Schaumschläger, der selten präzise Forderungen stellt oder konkrete Leistungen

abfordert, wird beschrieben. — Auch »der Alte« wird dargestellt (71ff.). Das sind die Personen, denen nach Götz eine widersprüchliche Ehre zuteil wird. Zum einen kommen damit Distanz, Ablehnung und Besserwisserei bis hin zur Mißachtung zum Ausdruck, zum anderen wird damit aber auch Anerkennung manifestiert. Teilweise greift Götz auf Texte anderer Autoren von Einstein bis Tucholsky zurück, um gegen die freiwillige Knechtschaft zu argumentieren (79ff.). Hier geht es ihm vor allem darum, auch diejenigen zu kritisieren, die ihre Kontrollfunktionen in Verbänden und deren Organen nicht oder nur sehr unzureichend wahrnehmen. Hier findet sich Tucholskys Geschichte über »Die Zentrale« genauso wie die Kritik von Ossietzkys an den Realpolitikern.

In dem Kapitel »Geschichten aus der Wende-Republik« werden Ereignisse aus den letzten Jahren karikiert, wie die Wiederholung der Neujahrsansprache Kohls am Silvesterabend 1986. Auch die »Enkel-Diskussion« in der SPD wird auf die Schippe genommen. So werden Gerhard Schröders Standortbestimmungen aus dem letzten Landtagswahlkampf aufs Korn genommen, in denen dieser die Aufgabe der Gesellschaft darin sieht, »dafür zu sorgen, daß der Unterschied zwischen oben und unten, zwischen Privilegierten und Nichtprivilegierten, nicht so riesig ist, wie bei uns heute«. Für Götz bedeutet dies, daß der Wiederaufstieg der SPD zur Volkspartei damit gesichert ist, sie eines Tages vielleicht mit den Enkeln wieder in Bonn regiert — »und dabei ganz gewiß eine bessere CDU darstellt« (155).

Abgeschlossen wird das Buch mit dem Kapitel »Sprüche, Spott und Ketzereien« (189ff.). Hier werden unter Schlagworten wie z.B. *Hierarchie, Experte, Schwäche* nachdenkliche Sprüche präsentiert. Viele kennen den Spruch: »Wem Gott eine Funktion gibt, dem gibt er auch den Geist.« Massen von Funktionären sind damit in Funktionen gedrängt worden. Götz macht daraus: »Wem 'Gott' eine Funktion gibt, dem gibt er nicht unbedingt auch 'den Geist', aber immerhin die Freude, die hierarchischen Möglichkeiten zu nutzen« (172).

Das (Lese-)Buch ist insgesamt gesehen sehr lesenswert, es provoziert zum Schmunzeln, aber auch zum Nachdenken. Natürlich kann eingewendet werden, es biete keine Perspektive, übertreibe. Sicherlich ist beides richtig. Nur, viele politikwissenschaftliche Bücher über innerorganisatorische Strukturen kommen über eine Analyse auch nicht hinaus. Zum anderen sind in einem ausdrücklich als satirisch gekennzeichneten Werk Vergrößerungen und Verallgemeinerungen zulässig. Denn um die im großen und ganzen zutreffend geschilderten Zustände überwinden zu können, müssen sie verstanden sein. Dazu bietet das Buch einiges an Möglichkeiten.

Herbert Grimberg (Niederhausen/Ts)

Meyer, Gert (Hrsg.): Wir brauchen die Wahrheit. Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln, 2., überarb. u. erw. Auflage, Köln 1989 (434 S., br., 19,80 DM)

An die Stelle einer schematisierten Darstellung der eigenen Geschichte, deren Fälschungen manchmal geradezu von magischem Denken bestimmt schienen, ist in der Sowjetunion in den letzten Jahren, besonders nach dem 70. Jahrestag der Oktoberrevo-

lution, weithin eine offene, selbstkritische Diskussion getreten. Das von dem Osteuropa-Historiker Gert Meyer herausgegebene Buch enthält fünfzig, teilweise sehr kurze Beiträge sowjetischer Historiker (darunter von so bekannten wie Juri Afanasjew und Isaak Minz), literarische Texte (wie von Michail Schatrow) und persönliche Erinnerungen (etwa von Anna Larina an ihren Mann, Nikolai Bucharin). Das politische Spektrum reicht von einem ehemaligen »linken« Dissidenten wie Roy Medwedjew bis zu einzelnen Apologeten der Breschnew-Ära.

In der Einleitung beschreibt Meyer präzise und kenntnisreich die Entwicklung der sowjetischen Geschichtswissenschaft, ihre dogmatische Tradition sowie ihre Einbeziehung in den Prozeß der »Perestrojka« und die mühsame Neubesinnung auf die Kriterien einer materialistischen Wissenschaft (oder elementarer Wissenschaftlichkeit überhaupt). Mit eigenen Wertungen hält Meyer sich auffallend zurück. Die dokumentierten Texte verdeutlichen, daß die sowjetische Geschichtswissenschaft, was die Geschichte des eigenen Landes angeht, vor einem Neuanfang steht. Es geht derzeit noch vor allem um das Formulieren von Fragen und Forschungshypothesen.

Etlliche Beiträge, etwa von Afanasjew und Nikolai Maslow, schildern den Druck, dem die sowjetischen Historiker seit Anfang der dreißiger Jahre ausgesetzt waren. Abweichungen von dem Geschichtsbild, das die jeweilige Parteiführung — meist zur Rechtfertigung ihrer aktuellen Politik — entwarf, gerieten leicht in den Verdacht ideologischer Subversion. Für die Geschichte der Sowjetunion galt das Dogma einer steten, geradezu triumphalen Aufwärtsentwicklung. Widersprüche der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung, aber auch Konflikte innerhalb der Partei wurden mit »imperialistischen Einflüssen« erklärt, bagatellisiert oder einfach verschwiegen. Diese Geschichtsschreibung berief sich weiter auf den Marxismus, während sie zu einer Karikatur von dessen kritischer Methode geworden war. Zudem wurden einige »riskante« Forschungsbereiche wie die Situation der Frauen oder die Beziehungen der Nationalitäten weitgehend tabuisiert.

Im Zentrum der Beiträge dieses Buches steht die Stalin-Ära. Aber auch die ersten Jahre des Sowjetstaates, selbst die Oktoberrevolution, werden inzwischen nüchterner und differenzierter gesehen. Dies betrifft etwa die anderen Organisationen der russischen Linken (Menschewiki, Sozialrevolutionäre oder Anarchisten), die nicht mehr pauschal als »Agenten des Kapitals« abgetan werden, und die Konflikte in der bolschewistischen Partei selbst. Gruppen wie die »Arbeiteropposition« oder Politiker wie Bucharin, Sinowjew, Kamenjew, Rykow, Trotzki werden neu bewertet. Neben ihre juristische ist teilweise bereits eine politische Rehabilitierung (besonders im Fall Bucharins) getreten. Selbst die Kritik an Trotzki hat sich spürbar abgeschwächt.

Ein Prozeß, dessen Bedeutung immer mehr erkannt wird, dessen Analysen aber noch sehr rudimentär und oberflächlich wirken, ist die verblüffend rasche Bürokratisierung von Partei, Staat und Wirtschaft in den zwanziger Jahren und die Beseitigung nahezu aller basisdemokratischen Elemente der frühen Sowjetgesellschaft. Häufig wird dieser Übergang zur Diktatur Stalins, so in dem Beitrag von Djmitri Wolkogonow, primär aus den individuellen Charakterzügen und Überzeugungen oder aus den Machtkämpfen der »führenden Persönlichkeiten« erklärt. Noch sind Aufsätze wie der von

Viktor Kisseljow (»Der Stalinkult — Ursachen und Folgen«), in denen versucht wird, die Zusammenhänge von ökonomischen, politischen und kulturellen Strukturveränderungen aufzuzeigen, seltene Ausnahmen. Ein völlig neues Bild wird auch von der Kollektivierung der Landwirtschaft um 1930 gezeichnet. Die Beiträge von W. Leltschuk/L. Koschelow und V.A. Danilow/N.V. Tepzow hierzu gehören zu den argumentativ differenziertesten des Buches. In Frage gestellt werden sowohl die moralische Legitimation als auch die ökonomische Zweckmäßigkeit dieser »terroristischen Modernisierung«, die Millionen Menschenleben forderte. Ebenso wird die bedingungslose Disziplinierung der Arbeiterklasse in der sowjetischen Industrialisierung kritischer gesehen. Die Terrorwelle in der zweiten Hälfte der dreißiger Jahre, die sich vor allem gegen wirkliche und vermeintliche Oppositionelle *innerhalb* der Partei und des Staatsapparats richtete und die bisher in der sowjetischen Geschichtsschreibung nur vage umschrieben wurde, wird nun ebenfalls genauer dargestellt. Das Gleiche gilt für das Schicksal der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Für die schweren Niederlagen zu Beginn des Krieges werden gravierende politische und militärische Fehleinschätzungen der sowjetischen Führung, aber auch die Ermordung zahlloser Offiziere in den Jahren zuvor verantwortlich gemacht. Davon handeln etwa die Beiträge Valentin Iwanows über Tuchatschewski und Konstantin Simonows Aufzeichnung von Gesprächen mit Marschall Shukow. — Die Auseinandersetzung mit den historischen Erfahrungen der Sowjetunion zeigt, daß sozialistische Politik, die nicht strikte Transparenz und Kontrolle aller gesellschaftlichen und politischen Macht auch in den eigenen Reihen durchsetzt, nichts wert ist. Das Buch »Wir brauchen die Wahrheit« bringt im Vergleich zur marxistischen und liberalen Geschichtsschreibung im Westen kaum neue Fakten oder Einsichten, es ist aber als Überblick über die aktuelle Geschichtsdiskussion in der Sowjetunion und damit als Dokumentation eines wichtigen Aspekts von »Perestroika« und »Glasnost« lesenswert. Winfried Roth (Berlin/West)

Michael Ruck: Bollwerk gegen Hitler? Arbeiterschaft, Arbeiterbewegung und die Anfänge des Nationalsozialismus. Bund-Verlag, Köln 1988 (229 S., br.)

Daß die faschistische Massenbewegung sich vor allem aus den Mittelschichten rekrutierte, ist gleichsam Konsens der Geschichtswissenschaft. Umstrittener ist die Frage, inwieweit Arbeiter zur NSDAP tendierten. Waren die Arbeiter in der Nachkriegskrise 1922/23 tatsächlich ein »Bollwerk gegen Hitler«? Ruck untersucht, wie sich in dieser Zeit von Hyperinflation, Kaufkraftverlust, Massenarbeitslosigkeit und Ruhrkampf jene Arbeiter verhielten, die keine oder nur eine oberflächliche organisatorische »Sozialisation« in der sozialdemokratischen oder katholischen Arbeiterbewegung erhalten hatten, mithin also die Hälfte der damaligen deutschen Arbeiterschaft. Seine zentralen Quellen sind die erstmals gedruckt wiedergegebene Umfrage des ADGB bei seinen Bezirksgliederungen über die »Ausdehnung des Faschismus und der gewerkschaftsfeindlichen nationalistischen Bewegung« vom 27. März 1923 sowie das Protokoll einer Landesausschußsitzung der VSPD Bayern vom November 1922. — Ruck konstatiert in ihrem Ausmaß bislang unterschätzte »Einbruchstellen« der NSDAP in der Arbeiterklasse. »Der typische 'Nazi-Arbeiter' des Jahres 1923 war jugendlichen Alters, arbeitete in einem handwerklich-patriarchalischen Klein- oder Mittelbetrieb, lebte in ländlich-kleinstädtischer Um-

gebung oder stammte zumindest von dort und war bislang politisch eher indifferent gewesen.« (167) Dieser Typus finde sich unter den Berufsgruppen der Fleischer, Textilarbeiter, Bäcker und Schornsteinfeger in den Gebieten Bayern, Oberschlesien und Ostpreußen, während für die übrigen Gegenden Deutschlands keine Belege vorlägen; im Gegensatz zur KPD, die grelle Farben der NS-Bedrohung malte, erklärten — so Ruck — die ADGB-Funktionäre in der Regel ihre Reihen für fest geschlossen und bagatellisierten die Gefahr.

Im zweiten Teil seines Buchs befaßt sich Ruck mit den Strategien der Arbeiterbewegung gegen die Gefahr von rechts. Die Anläufe der KPD für eine antifaschistische Einheitsfront (Selbstverteidigung in »Proletarischen Hundertschaften«, Generalstreik) wertet er als Vehikel der Revolutionsstrategie, die ebenso wie die Vorschläge der SPD-Linken zum kaum zu gewinnenden Bürgerkrieg geführt hätten. Die »legalistisch-statistische« ADGB- und SPD-Linie, sich nicht auf die eigene Kraft zu besinnen, durch die Zusammenarbeit mit dem Bürgertum die parlamentarische Demokratie abzusichern und auf die Staatsmacht zu setzen, sieht er durch den Bruch der Großen Koalition im November 1923 scheitern. Freilich vermag Ruck keine erfolgversprechende Alternativstrategie zum SPD/ADGB-Kurs auszumachen. — Unverständlich bleibt, welche Erkenntnisse diese beiden Abhandlungen füreinander ergeben sollen. Die quellenkritische Erarbeitung des Sozialisationstypus steht beziehungslos neben einer summarischen Darlegung der gegensätzlichen Strategielinien zweier Großorganisationen. Hier wäre an Vermittlungspunkten nachzufragen. Angenommen, es gab ihn tatsächlich, den oben skizzierten Typus: Hat die gouvernemental-etatistische Strategie des Klassenkompromisses nicht gerade diesen Adressaten von vornherein außer Acht gelassen? Gingen nicht manche auch deswegen in die falsche Richtung, weil die Angebote des Stillhaltens und Überwinterns (aber vielleicht auch der Revolution?) kein Handlungsmuster ergaben, wie der täglich steigenden Unsicherheit und Not zu begegnen sei? Schließlich, bezogen auf gewerkschaftliche Strukturmängel: War dieser »Typus« nicht teilweise ein Resultat der Vernachlässigung betrieblicher Arbeit durch die Gewerkschaften?

Immerhin ist zu konstatieren, daß die Arbeit von Ruck auf einen Forschungsbedarf hindeutet. So problematisch die Stilisierung der Quellenbefunde zur Typologie des frühen Nazi-Arbeiters ist, so bedenkenswert sind eben doch seine Hinweise auf Anfälligkeiten bei bestimmten Teilen der Arbeiterschaft. Skepsis ist da angebracht, wo der Autor gegen manche Quellenaussagen den Werdegang eines vermutlichen Polizeispitzels als inspirierenden Beleg einsetzt, um für Bayern 1922/23 eine »Verbindungslinie Unorganisierte/Gelbe — Linksradikale — Nationalsozialisten« (77) zu ziehen, umgekehrt aber nicht der Frage nachgehen mag, ob sich »anpolitisierte« MSPD-Wähler nach 1919 enttäuscht nach rechts abwandten. Überhaupt verstimmt Rucks Art, Quellen von SPD und KPD mit zweierlei Maß zu messen, ebenso wie die offensichtliche Fixierung der Arbeit auf Aussagen von Organisationen und deren Spitzenrepräsentanten. — Das eigentliche Novum dieser Arbeit sind die Fingerzeige auf regionale und branchenmäßige Erfolge der Nazis in der Frühphase der NS-Bewegung. Dort müßte nachgefaßt werden, um Rucks Überlegungen aus mancher (notwendigen) spekulativen Unsicherheit und Unklarheit herauszuführen und zu überprüfen.

Rolf Winkler (Duisburg)

Über die Autorinnen und Autoren

Bach, Andreas, geb. 1960; Student der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Mitglied der SPD, GEW und im Landesausschuß der Jusos NRW

Brandt, Peter, geb. 1948; Historiker. Arbeitsgebiete: Geschichte der Arbeiterbewegung, Bürgertum und bürgerliche Umwälzung im 18. und 19. Jahrhundert; Mitglied im SB und in der ÖTV

Grimberg, Herbert, geb. 1956; Jurist, tätig in der gewerkschaftlichen Erwachsenenbildung. Veröffentlichungen u.a.: Der gewerkschaftliche Warnstreik im Arbeitskampfrecht (1983), Mitautor der Buchreihe: Die kleine Betriebsratsbibliothek (1983-1989). Mitglied in SPD und NGG. U.a.: 1979-1983 stellvertretender Juso-Landesvorsitzender in Bremen, 1982-1983 Mitglied im Juso-Bundesausschuß

Heidenreich, Frank, geb. 1956; Doktorand. Wichtigste Veröffentlichung: Arbeiterbildung und Kulturpolitik (1983). Mitglied: SPD, GEW und SJD — Die Falken sowie *spw*-Redaktion

Huffschmid, Jörg, geb. 1940; Hochschullehrer für pol. Ökonomie an der Universität Bremen. Arbeitsgebiete: Wirtschaftsentwicklung, Alternative Wirtschaftspolitik, Monopolisierung, ökonomische Fragen von Rüstung und Abrüstung

Jansen, Mechtild, geb. 1952; 1975 bis 1978 Vorsitzende des SHB, 1978 Ausschuß aus der SPD, Mitglied der GEW und des Büros des »Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit«. Veröffentlichungen zu Fragen des demokratischen Kampfs, der Frauen- und der Friedensbewegung in der BRD

Ludwig, Andreas, geb. 1954; Mitarbeiter der Berliner Geschichtswerkstatt. Arbeitsschwerpunkte: Regionalgeschichtliche Museen, Stadtgeschichte um die Jahrhundertwende

Mappes-Niediek, Norbert, geb. 1953; Fachjournalist für Medizin, Gesundheits- und Sozialpolitik. Mitglied in SPD und IG Medien

Otto, Karl A., geb. 1934; Hochschullehrer für Politische Soziologie und Didaktik der Sozialwissenschaften an der Universität Bielefeld. Arbeitsgebiete u.a.: Außerparlamentarische Opposition, Arbeiterbewegung, Soziologie der Arbeit, Mitglied des Unterbezirksvorstands der SPD Bielefeld

Schöler, Ulrich, geb. 1953; Jurist, Doktorand, Mitglied in SPD und ÖTV

Schuster, Joachim, geb. 1962, Student der Politikwissenschaften, Mitglied der SPD und GEW, Mitglied der Projektgruppe Europa beim Juso-Bundesvorstand, Mitverfasser der »53 Thesen«

Thomasberger, Claus, geb. 1952; Dr.rer.pol., Dipl.-Soziologe, Dipl.-Volkswirt, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), Berlin (West)

Weinzen, Hans Willi, geb. 1953, Dr.rer.pol., Mitglied des Fachausschusses I — Berlin, Deutschland, Internationales beim Landesvorstand der Berliner SPD, in SPD, GEW und der *spw*-Redaktion. Z.Zt. wiss. Angestellter Paul Löbe Institut Berlin, Zukunft dann ungewiß

Wendl, Michael; Studium der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften; München und Berlin (West), Berufstätigkeit in der Luft- und Raumfahrtindustrie, seit 1980 Gewerkschaftssekretär bei der ÖTV (Bezirk Bayern)

Westphal, Andreas, geb. 1958; Dipl. Volkswirt, wiss. Mitarbeiter am Institut für Wirtschaftspolitik der FU Berlin, Arbeitsgebiete: Geld- und Währungstheorie, westeuropäische Integration. Mitglied der SPD und der *spw*-Redaktion

Winkler, Rolf, geb. 1952; Gesamtschullehrer, Arbeitsgebiete: Kindererziehung, Geschichte der Arbeiterbewegung, Antifaschismus; Mitglied in SPD, GEW und VVN

der Zukunft

F. Heidenreich
H. Lienker
K. Neumann

Chaplin in: „Modern Times“



Mit
Beiträgen von
Diether Dehm
Joachim Ebert
Jürgen Egert
Katrin Fuchs
Frigga Haug
Jürgen Herter
Hans Janßen
Michael Krätke
Manfred Muster
Heinke Salisch
Andreas Westphal

Grundlagen für das neue Programm der SPD

spw

ISBN 3-922489-11-7

17,50 DM

Bestellung: spw-Vertrieb · Graefestraße 71 · 1000 Berlin 61